



# GESCHÄFTSBERICHT 2003 | 2005





## Vorwort

### Wir machen Sie größer

„Wir wollen größer werden. Sie auch?“, das ist Titel des aktuellen Werbematerials für Mitglieder. Seit 2001 hat die FDP insgesamt 22.500 Neumitglieder gewonnen, seit 2003 sind davon 7.400 neu in die FDP eingetreten, viele direkt über die Bundespartei, über das Internet, auch durch die bessere Erreichbarkeit der FDP gegenüber anderen Parteien. Bei uns können Sie von 8:00 Uhr morgens bis 20:00 Uhr abends auch noch freitags beim Telefonanruf mit einem Menschen im „Info-Point“ sprechen, wo bei anderen nur noch Anrufbeantworter arbeiten. Bei uns bekommen Neumitglieder direkt über die Bundespartei ein Willkommens-Paket, weitere Informationen, Hilfe und Rat, bis sie dann durch Entscheidungen der Vorstände an der Basis aufgenommen sind. Das wollen wir weiter ausbauen, bis hin zu einem „Premium-Info-Paket“ mit noch mehr Dialog, bis hin zum „SMS-Voting“ mit Abstimmungen über Themen und Kampagnen, denn: Wir wollen den Einzelnen größer machen.

„Wir machen **Sie** größer“, das gehört zum Credo der einzigen Partei in Deutschland, die den einzelnen Menschen und seine individuelle Freiheit in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt und sich überall für weniger Staat, weniger Steuern, weniger Bürokratie einsetzt. Gerade die heutige Entwicklung zur Informationsgesellschaft, die Herausforderungen der Globalisierung, die extreme Schnelligkeit des Wandels machen den einzelnen Menschen scheinbar immer unbedeutender, ohnmächtiger und kleiner gegenüber dem scheinbar entfesselten Gang der Dinge und den gewaltigen

Veränderungen. Deshalb muss es eine politische Kraft geben, die den Einzelnen wieder größer macht, ihm mehr Gewicht und eigene Stärke gibt. Deshalb wollen wir den Einzelnen und seine Eigeninitiative, seine Selbstverantwortung und seine Leistungsbereitschaft stärken, denn nur dann kann und wird er mehr Freiheit zum Gestalten auch als eigene Chance für mehr Zukunftssicherheit für sich selbst und die Gesellschaft sehen.

„Wir schreiben **Sie** größer“, das gilt auch in der Parteiarbeit. Wir wollen das einzelne aktive Mitglied und die Arbeit an der Basis der FDP stärken. Deshalb haben wir LiPS, den gemeinsamen Liberalen Parteiservice der Bundespartei und der Landesverbände, gegründet und immer weiter ausgebaut. Wir wollen die Mitglieder, die Orts- und Kreisverbände, von Organisation und Bürokratie entlasten, sie freier machen für die eigentliche politische Arbeit mit den Menschen vor Ort. Deshalb gibt es über die Bundespartei und LiPS Dienstleistungen vom Info-Stand bis zur Rückwanddekoration bei Veranstaltungen, im Bereich Finanzen Hilfsangebote vom Beitragseinzug bis zur Buchführung. Denn: Bundespartei und Landesverbände wollen sie in der Organisation entlasten und für die Politik vor Ort stärker machen.

„Wir zeigen **Sie** größer“, das gilt natürlich auch für direkte inhaltliche Service-Angebote der Bundesgeschäftsstelle für ihre Parteiarbeit. In den letzten zwei Jahren hat die Bundesgeschäftsstelle insgesamt sieben Kampagnen durchgeführt von der Frauenkampagne über die Kampagne zur Volksabstimmung zur EU-Verfassung und die Seniorenkampagne „Alt macht neu“ bis zur Kampagne gegen die Abschaffung des Bankgeheimnisses. Vom Kampagnenmaterial für die Parteiarbeit vor Ort haben regelmäßig über 100 Kreisverbände Gebrauch gemacht für ihre politische Arbeit. Denn: Trotz der wachsenden Bedeutung von zentralen Medienauftritten, trotz der notwendigen größeren Investition in öffentlichkeitswirksame Aktionen, in bildhafte Darstellungen von Politik, muss die Chance zum direkten Dialog mit den Menschen auf der untersten politischen Ebene im Zentrum der politischen Arbeit unserer FDP bleiben. Und: Eine politische Bewegung wird letztlich nicht durch gute Fernsehberichterstattung größer, sondern vor allem durch die ganz persönliche Ansprache, den individuellen Kontakt und die direkte Überzeugung von Menschen.

„Wir denken **Sie** größer“, das gilt in der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle auch für die inhaltlichen Akzentsetzungen durch politisch programmatische Arbeit. Das ist der Stoff, der den Träumen des Ortsvorsitzenden für seine Diskussionsstärke bei spannenden neuen Themen das Hintergrundmaterial liefert. Deshalb führt die Bundesgeschäftsstelle zu wichtigen Schwerpunktthemen eigene Kongresse durch – wie z. B. zur Gesundheitspolitik im letzten November oder zum Thema der alternden Gesellschaft („Generation Jungbrunnen“) im Februar 2005. Deshalb haben wir auch Organisationsforen eingesetzt zu Querschnittsthemen wie Globalisierung, demografischer Wandel, Grundlagen der Wissensgesellschaft sowie Bürgerbeteiligung, die auf dem Kölner Bundesparteitag ihre Ergebnisse präsentieren bzw. bereits auf dem Bundesparteitag in Dresden präsentiert haben. Deshalb haben in diesen Foren nicht nur Parteimitglieder, sondern auch viele externe Experten mitgewirkt. Und bei zentralen Themen haben Arbeitsgruppen des Bundesvorstands z. B. zur Innen- und Rechtspolitik Grundsätze und Lösungen erarbeitet, die auf dem Kölner Bundesparteitag – aber auch in unserer gesamten Parteiarbeit – deutlich machen, dass Bürgerrechte bei der FDP besonders gut aufgehoben sind. Wir wollen Themen der Zeit vor der Zeit diskutieren, den Denkvorsprung der FDP bei der Lösung zentraler politischer Probleme dokumentieren und natürlich vor allem auch für das einzelne aktive Parteimitglied guten Diskussionsstoff für die politische Diskussion liefern.

Wir wollen **Sie** größer: Das trifft auch insbesondere auf unsere Vorfeld- und Zielgruppenarbeit zu: von der Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen, den Liberalen Frauen und den Liberalen Senioren über die gezielte Ansprache von älteren Wählern durch unsere Kampagne „alt macht neu“ bis hin zum direkten Informations- und Dialogangebot im Internet. Wir wollen direkt mit den Bürgern, unseren Sympathisanten und Mitgliedern in einen Dialog treten, und die Menschen erwarten das auch zu Recht von uns. Wir müssen auf sie zugehen – nicht umgekehrt. Dazu gehört auch eine sympathische, offene Mitgliederwerbung. Die Zeiten, in denen sich ein hoher Anteil der Bevölkerung aktiv in der Politik beteiligte, sind vorbei. Es gibt – das müssen wir anerkennen – weit attraktivere Freizeitbeschäftigungen als eine Parteiversammlung am Mittwochabend, 21.30 Uhr, im Gasthof „Waldesruh“. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen in diesem Bereich auch intensivieren. Zwar hat die FDP als einzige Partei seit 2000 netto Mitglieder hinzugewonnen, aber ohne weitere Aktivitäten, und dazu gehört auch die Neumitgliederbetreuung, ist dieser positive Effekt sehr schnell zerronnen. Die Bundespartei hat dafür im vergangenen Jahr neue Werbemittel und einen umfangreichen Katalog mit Aktionsideen erarbeitet. Außerdem wurde die Tradition des Liberalen 1. Mai begründet als liberale Antwort auf die roten Mai-Demonstrationen und gleichzeitig ein bundesweites Neumitgliedertreffen, das sich überwältigender Resonanz erfreute. Zudem wurden neue Initiativen zur Öffnung der Partei, z. B. durch

Schnuppermitgliedschaften für Arbeitlose und Senioren, angestoßen. Denn: Nur wenn wir uns stärker öffnen, werden wir stärker.

„Wir wünschen **Sie** größer“: Deshalb strengen wir uns gemeinsam als FDP bei Wahlen an – sei es eine Kommunalwahl, eine Landtagswahl, eine Bundestags- und Europawahl. Die FDP hat unter Vorsitz von Dr. Guido Westerwelle in den vergangenen Jahren bei 29 Wahlen 27-mal hinzugewinnen können. So ist es der FDP gelungen, mit sieben Parlamentariern und ihrem historischen besten Ergebnis ins Europaparlament einzuziehen.

Der Erfolg liegt auch darin begründet, dass die Wahlkampfhilfe und die Zusammenarbeit im Wahlkampf zwischen den verschiedenen Ebenen, zum Beispiel zwischen Landes- und Bundesverband, hervorragend funktionierten. Gemeinsam über LiPS und mit dem liberalVerlag konnte erfahrene personelle Unterstützung für schwächere Landesverbände organisiert und finanziert werden. Über einen eigens dafür geschaffenen Wahlkampfkoordinator wurde die Zusammenarbeit zwischen wahlkampfführenden Verbänden, Dienstleistern und Bundespartei organisiert und Synergieeffekte zum Vorteil aller Beteiligten erzielt. Gerade hierbei zeigte sich, dass schiere Größe im Wahlkampf, egal ob bei Budget oder Personal, nicht den letzten Ausschlag gibt: Die FDP mag über geringere Ressourcen verfügen, aber was ihre Kreativität und ihr Engagement angeht, ist sie eindeutig größer als ihre Mitbewerber.

Wir brauchen **Sie** größer: Die Entwicklung der letzten Wahlen – auch international – hat gezeigt, dass der großen Politikverdrossenheit nur durch besseren direkten Dialog begegnet werden kann. Gerade bei den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlen konnten wir beobachten, daß die Republikaner vor allem durch ein breites Dialogmarketing an der Basis, durch neue Methoden des Grassroots-campaigning letztlich entscheidend gewonnen hatten. Gerade CRM, „Customer Relationship Management“, setzt in der Wirtschaft Maßstäbe für Kundenbetreuung und Kundenbindung. Politik würde noch unattraktiver, wenn wir diesen Maßstäben nicht so gut wie möglich gerecht werden. Die Menschen auch in Deutschland haben heute mehr „Kontakt“ zum Hersteller ihrer Kaffeemaschine als zu den Parteien, die sie wählen sollen. Gerade für die Partei des Einzelnen, für unsere FDP, wird es die größte Herausforderung werden, wieder mehr Dialog mit den einzelnen Menschen auf allen Ebenen herzustellen. Denn: Größere Bereitschaft zu Verantwortung und Eigeninitiative beginnt auch in unserer FDP mit größeren Chancen der Einzelnen dafür. ■

Hans-Jürgen Beerfeltz  
Bundesgeschäftsführer der FDP



55. Ordentlicher Bundesparteitag in Dresden.

## Inhaltsverzeichnis

### I. Tätigkeit der Bundespartei

6	I. 1.	Bundesparteitage
7	I. 2.	Präsidium und Bundesvorstand
12	I. 3.	Bundessatzungsausschuss
12	I. 4.	Wahlprüfungsausschuss
13	I. 5.	Bundesschiedsgericht
13	I. 6.	Haushalts- und Finanzkommission
14	I. 7.	Kommunalpolitischer Beirat
16	I. 8.	Veranstaltungen
17	I. 9.	Kampagnen
19	I. 10.	Hauptgeschäftsführer-Sitzungen
20	I. 11.	LI und ELDR

20	I. 11.1.	Liberales Internationales (LI)
21	I. 11.2.	Europäische Liberaldemokratische Partei (ELDR)
22	I. 12.	Internet
23	I. 13.	Netzwerk mit Nutzwert im Internetintern
23	I. 14.	Landesverband Iv-net
24	I. 15.	Bürgerfonds
25	I. 16.	Wahlkämpfe
25	I. 16.1.	Wahlkämpfe in Landesverbänden
26	I. 16.2.	Europawahlkampf
28	I. 17.	Liberaler Parteiservice LiPS

### II. Programmarbeit

31	II. 1.	Liberales Foren
31	II. 1.1.	Forum 1: „Frauen, Kinderfreundliches Deutschland, Generationengerechtigkeit“
32	II. 1.2.	Forum 2: „Globalisierung – mehr als nur eine Frage der Marktwirtschaft“
32	II. 1.3.	Forum 3: „Grundlagen der Wissensgesellschaft – Bildung, Werte, Kultur“
33	II. 1.4.	Forum 4: „Bürgerpartei FDP – weniger Bürokratie, mehr Teilhabe“
34	II. 2.	Bundesfachausschüsse
34	II. 2.1.	Internationale Politik
36	II. 2.2.	Wirtschaft und Arbeit
38	II. 2.3.	Finanzen und Steuern
39	II. 2.4.	Ernährung und Landwirtschaft
41	II. 2.5.	Soziales
43	II. 2.6.	Gesundheitspolitik
44	II. 2.7.	Innen und Recht
45	II. 2.8.	Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
45	II. 2.9.	Umwelt, Landesplanung und Raumordnung
48	II. 2.10.	Wohnungspolitik und Städtebau

50	II. 2.11.	Verkehr
52	II. 3.	Kommissionen
52	II. 3.1.	Kommission Internet und Medien
53	II. 3.2.	Sportkommission
55	II. 3.3.	Kirchenkommission
56	II. 3.4.	Kommission Ethik und Freiheit
57	II. 4.	Arbeitsgruppen
57	II. 4.1.	Arbeitsgruppe Innen und Recht
58	II. 4.2.	Arbeitsgruppe Großstadtoffensive
58	II. 4.3.	Arbeitsgruppe Frauenoffensive
60	II. 4.4.	Arbeitsgruppe Liberale Gemeindefinanzreform
60	II. 4.5.	Kommission Bürgergeld/Negative Einkommensteuer (KoBüNE)
61	II. 4.6.	Arbeitsgruppe Programmkommission

### III. Liberales Vorfeld

63	III. 1.	Liberales Vorfeld
63	III. 1.1.	Bundesverband Junge Liberale (JuLis)
63	III. 1.2.	Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand
64	III. 1.3.	Bundesverband Liberale Frauen
64	III. 1.4.	Bundesverband der Liberalen Senioren
65	III. 1.5.	Bundesverband Liberale Hochschulgruppen LHG

### IV. Bundesgeschäftsstelle

66	IV. 1.	Struktur des Thomas-Dehler-Hauses
67	IV. 2.	Abteilung Strategie und Kampagnen
69	IV. 3.	Abteilung Organisation und Finanzen
71	IV. 4.	Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit
72	IV. 5.	fdp-point
73	IV. 6.	Galerie im Thomas-Dehler-Haus

### V. Statistik

78		Organigramm der Bundesgeschäftsstelle
----	--	---------------------------------------



## I. Tätigkeit der Bundespartei



### I. 1. Bundesparteitage

Im Berichtszeitraum fanden zwei ordentliche Bundesparteitage und zwei Europatage statt.

16. bis 18. Mai 2003 in Bremen

54. Ord. Bundesparteitag

17. Januar 2004

Europatag in Saarbrücken

28. März 2004

Wiederholung Europatag in Bonn

5. bis 6. Juni 2004 in Dresden

55. Ord. Bundesparteitag

Der 54. Ordentliche Bundesparteitag hatte mit dem Leitantrag „Wir schaffen das moderne Deutschland“ und der „Bremer Erklärung“ einen innenpolitischen und mit dem Beschluss zum EU-Beitritt der Türkei einen außenpolitischen Schwerpunkt.

Die Liberalen haben sich auf dem programmatischen 55. Ordentlichen Bundesparteitag insbesondere mit dem FDP-Modell zur Reform des Gesundheitswesens beschäftigt. Er stand zudem ganz im Zeichen der Europawahlen im Juni. Die Delegierten beschloss die zehn liberalen Leitsätze zum transatlantischen Verhältnis und positionierten sich u. a. mit dem Beschluss „Arbeitsplätze schaffen – Machtkartelle aufbrechen“ auch wirtschaftspolitisch.

### I. 2. Präsidium und Bundesvorstand

Insgesamt trat das Präsidium zu 72 Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Sitzungen mit Verbandsvertretern und Organisationen durchgeführt:

18. August 2003

Gespräch mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks

1. September 2003

Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Bayern

13. Oktober 2003

Gespräch mit dem Rat der Evangelischen Kirchen Deutschlands

17. November 2003

Gespräch mit dem Bundesvorstand der VLK

16. Februar 2004

Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Hamburg

10. Mai 2004

Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Thüringen

28. Juni 2004

Gespräch mit dem Bundesverband Freier Berufe

13. September 2004

Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Sachsen

18. Oktober 2004

Gespräch mit Vertretern von EADS

13. Dezember 2004

Gespräch mit dem Bundesvorstand der VLK

31. Januar 2005

Gespräch mit Vertretern EADS Hamburg

Das Präsidium tagt in der Regel jeden Montag.

Der Bundesvorstand trat zu 21 Sitzungen zusammen. Ihm gehören folgende Mitglieder an:

#### Ehrenvorsitzende

Walter Scheel

Hans-Dietrich Genscher

Otto Graf Lambsdorff

## Präsidium

Guido Westerwelle

Rainer Brüderle

Andreas Pinkwart

Walter Döring bis 30. Juni 2004

Günter Rexrodt † 19. August 2004

Hermann Otto Solms

Cornelia Pieper

Wolfgang Gerhardt

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Birgit Homburger

Jürgen Koppelin

Silvana Koch-Mehrin seit 13. Juni 2004

Hans-Jürgen Beerfoltz

## Ständige Gäste des Präsidiums

Hermann Otto Solms bis 3. September 2004

Wolfgang Gerhardt seit 3. September 2004

Jörg van Essen

Werner Hoyer seit 5. Juli 2004

## Beisitzer des Bundesvorstandes

Dr. Gisela Babel

Daniel Bahr

Uwe Barth

Hans-Artur Bauckhage

Ernst Burgbacher

Jorgo Chatzimarkakis

Mehmet Daimagüler

Ulrike Flach

Angela Freimuth

Paul K. Friedhoff

Jörg-Uwe Hahn

Barbie Haller

Christoph Hartmann

Walter Hirche

Dr. Burkhard Hirsch

Dr. Werner Hoyer

Claus Jäger

Gerry Kley

Silvana Koch-Mehrin

Hans Kreher

Horst Krumpfen

Wolfgang Kubicki

Heinz Lanfermann

Markus Löning

Dirk Niebel

Karl-Heinz Paqué

Alexander Pokorny

Sebastian Ratjen

Reinhard Soltau

Michael Theurer

Carl-Ludwig Thiele

Dieter Thomae

Ruth Wagner

Holger Zastrow

## ständige Gäste des Bundesvorstandes

Alexander Alvaro

Bertold Bahner

Rolf Berndt

Peter Bollhagen seit 3. November 2003

Jan Dittrich bis 4. März 2005

Jörg van Essen

Wolfgang Gerhardt

Martin Hörig seit 16. Juni 2004

J. Michael Heynen bis 16. Januar 2004

Alexander Graf Lambsdorff

Ina Lenke

Marcel Luthe bis 16. Juni 2003

Maja Pfister seit 4. April 2005

Olaf Prüßmann seit 1. März 2004

Leif Schrader seit 16. Januar 2004

Gerhard Schübler



**Präsidiumssitzung im Thomas-Dehler-Haus: Cornelia Pieper, Guido Westerwelle, Silvana Koch-Mehrin und Rainer Brüderle.**

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Gerhardt, hat mit Schreiben vom 3. September 2004 seine Mitgliedschaft im Präsidium der Partei nach § 17 Abs. 1 Nr. 1d der Bundessatzung niedergelegt. Die Bundestagsfraktion hat Hermann Otto Solms als ihren ständigen Vertreter im Präsidium der Partei bestimmt. Damit wurde Hermann Otto Solms ab dem 3. September 2004 ordentliches Mitglied im Präsidium der FDP.

Das Präsidium hat auf seiner Sitzung am 6. September 2004 beschlossen, Wolfgang Gerhardt zu kooptieren.

Hermann Otto Solms wurde gemäß § 17 Abs. 2 Satz 3 der Bundessatzung durch den Bundesvorstand am 6. September 2004 zum Bundesschatzmeister der FDP bestellt. ■



**Das FDP-Präsidium besucht das Airbus-Werk in Finkenwerder. Guido Westerwelle mit Airbus-Chef Gerhard Puttfarcken im neuen A 380.**



**Der Bundesvorstand der FDP hatte im Berichtszeitraum oft Gelegenheit, den glücklichen Wahlkämpfern zu gratulieren – hier nach der Europawahl.**

### I. 3. Bundessatzungsausschuss

**Vorsitzender:** Thomas Taeglichsbeck  
**Stellvertreter:** Bodo Chemnitz

Am 1. Januar 2004 begann die neue Amtsperiode des Bundessatzungsausschusses für die Jahre 2004 – 2007. Im Jahr 2004 hatte der Bundessatzungsausschuss drei Sitzungen in Berlin. Am 24. Januar 2004 konstituierte sich der neue Bundessatzungsausschuss und beriet die Satzungsanträge für den ordentlichen Bundesparteitag 2004.

In der weiteren Sitzung vor dem Bundesparteitag am 3. April 2004 beriet der Bundessatzungsausschuss die Endfassung der vom Bundesvorstand und die von anderen gestellten Änderungsanträge und nahm dazu Stellung. Zugleich wurde in Aussicht genommen, im Herbst 2004 über die Fragen zu beraten, die mit den Kandidatenaufstellungen bei öffentlichen Wahlen zusammenhängen.

Am 2. Oktober 2004 fand dann eine Beratung statt und führte zu Vorlagen an den Bundesvorstand zur Stellung von Satzungsänderungsanträgen auf dem Ordentlichen Bundesparteitag 2005. ■

#### Wussten Sie,

- dass die FDP im Fünf-Jahresvergleich als einzige Partei netto einen Mitgliederzuwachs von 62.721 (2000) auf 64.146 (2004) verzeichnen kann?



### I. 4. Wahlprüfungsausschuss

**Vorsitzender:** Dr. Burkhard Hirsch,  
Vizepräsident des Deutschen  
Bundestages a. D.

Der Wahlprüfungsausschuss prüft vor jedem Bundesparteitag und Europatag gem. § 12 Abs. 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung und die Zahl der den Landesverbänden zustehenden Delegierten und deren Stimmberechtigung.

Er prüfte dieses vor dem 54. Ordentlichen Bundesparteitag in Bremen, dem Europatag in Saarbrücken, dem Europatag in Bonn und dem 55. Ordentlichen Bundesparteitag in Dresden.

Mitglieder des Ausschusses waren Wolfgang Bodeit, Bodo Chemnitz, Ernst Eggers, Roland Eibold, Ulrike Flach, Otto Fricke, Burkhard Hirsch, Hans-Helmut Lawatsch, Michael Reichelt und Matthias A. Starke. ■

### I. 5. Bundesschiedsgericht

**Präsident:** Dr. Peter Lindemann  
**Stellvertreter:** Dr. Gerhard Wolf

Das Bundesschiedsgericht der Partei amtiert bis Ende 2005 in der Besetzung Dr. Peter Lindemann, Präsident, Dr. Gerhard Wolf, stellvertretender Vorsitzender, Hermann Bach, Michael Reichelt und Dr. Paul Becker, Beisitzer.

Beim Bundesschiedsgericht sind in den Jahren 2002 bis 2004 je 6 Verfahren anhängig geworden. Schwerpunkte waren Richtungskämpfe innerhalb des Landesverbandes Berlin, Wahlanfechtungen, u. a. des ersten Europawahlparteitages, von Wahlparteitagen zur Kommunalwahl 2004 in NRW, und Ausschlüsse aus bzw. Feststellungen der Mitgliedschaft in der FDP, die in der Regel Ausdruck von Streitigkeiten innerhalb einer Gliederung der Partei sind. Ein Verfahren aus 2004 bedarf weiterer tatsächlicher Aufklärung, alle anderen sind erledigt. ■

#### Wussten Sie,

- dass die FDP in Nordrhein-Westfalen bei der Kommunalwahl 2004 mit 6,8 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis seit 30 Jahren erzielt hat?

### I. 6. Haushalts- und Finanzkommission

**Vorsitzender:** Dr. Günter Rexrodt bis 19. August 2004  
Hermann Otto Solms  
seit 6. September 2004

Die Kommission tagte unter dem Vorsitz des verstorbenen Bundesschatzmeisters, Dr. Günter Rexrodt, am 9. Mai und 14. November 2003.

Gegenstand der Beratungen war die Aussprache mit den Rechnungsprüfern zu den Prüfungsfeststellungen 2001 und 2002, die Haushaltsentwicklung 2003, die Haushalts- und mittelfristige Finanzplanung 2004 der Bundespartei sowie Informationen zum Sachstand Spenden NRW.

Mitglieder der vom Bundesvorstand gewählten Kommission in der Berichtsperiode waren Rainer Brüderle, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Klaus von Lindeiner, Ulrich Heinrich, Otto Fricke und Paul Friedhoff.



Bedingt durch die Krankheit und den unerwarteten Tod des Bundesschatzmeisters, Dr. Günter Rexrodt, am 19. August 2004 wurde im Jahre 2004 zunächst keine Sitzung der Haushalts- und Finanzkommission einberufen.

Auf einstimmigen Beschluss des Bundesvorstandes wurde am 6. September 2004 Dr. Hermann Otto Solms aus den Reihen des Präsidiums zum Nachfolger bestimmt.

Walter Eschweiler ist als Bevollmächtigter des Bundesschatzmeisters vom Präsidium erwartungsgemäß bestätigt worden. Da die Festsetzung der staatlichen Parteienfinanzierung für 2004 aufgrund erneuter Novelle des Parteiengesetzes erst zum 15. Februar 2005 erfolgte, konnte die Haushaltsberatung der Bundespartei erst im Februar 2005 stattfinden. Am 18. Februar 2005 trat die Haushalts- und Finanzkommission unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeisters, Dr. Hermann Otto Solms, zu einer Sitzung zur staatlichen Parteienfinanzierung, zur Haushaltsplanung 2005 sowie zur mittelfristigen Finanzplanung bis 2008 zusammen. ■



**Der Dresdner Oberbürgermeister Ingolf Roßberg und der Oberbürgermeister von Wetzlar, Wolfram Dette, im Gespräch in Dresden.**

## I. 7. Kommunalpolitischer Beirat

**Vorsitzender:** Oberbürgermeister Wolfram Dette  
**Stellvertreter:** Jochen Dürrmann

Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker kann auf eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Bundespartei und der Bundestagsfraktion der FDP in den vergangenen zwei Jahren zurückblicken. Insbesondere durch die Einbeziehung der VLK bei kommunalrelevanten Themen vor der Beschlussfassung in der Fraktion und im Plenum wurde die Arbeit der VLK wesentlich gestärkt. Vor allem bei den Themen Hartz IV und Gemeindefinanzreform war und ist die Kooperation und Kommunikation zwischen den Kommunalpolitikern in den Landesverbänden, der Bundespartei und Bundestagsfraktion der FDP eng und intensiv.

Die Finanzlage der Kommunen bleibt weiter kritisch. Vor allem wegen dramatisch gestiegener Sozialausgaben bleibt den Kommunen kaum Geld für dringend notwendige Investitionen. Es besteht weiterhin dringender Diskussionsbedarf über die unzureichende Gemeindefinanzreform von Rot-Grün.

Aber nicht nur das Thema Finanzen stand im Mittelpunkt der Beratungen der liberalen Kommunalpolitiker. Die Mitglieder des Kommunalpolitischen Beirats setzten sich auch mit dem von der Generalsekretärin Cornelia Pieper vorgelegten Papier zum Thema „Kinderschule“ auseinander. Die Bedeutung eines frühzeitigen Abbaus von Lern- und Bildungsdefiziten wird von den Kommunalpolitikern anerkannt, da dadurch die schulischen Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder verbessert werden und das allgemeine Bildungsniveau gehoben wird. In einem

Beschluss haben die liberalen Kommunalpolitiker dafür erforderliche Maßnahmen aufgezeigt, die in einem ausgewogenen Verhältnis von Staat einerseits und Kommunen andererseits auf den Weg gebracht werden müssen. Basierend auf dem Konzept der FDP zur Gemeindefinanzreform setzen sich die liberalen Kommunalpolitiker für eine bessere Gesamtausstattung der Schulen ein.

Wesentliches Thema der inhaltlichen Arbeit des Kommunalpolitischen Beirats ist nach wie vor die Diskussion um die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Gemeinsam mit ihrem Vorsitzenden, dem Oberbürgermeister von Wetzlar, Wolfram Dette, forderten die Mitglieder des Kommunalpolitischen Beirats die Bundestagsfraktion auf, sich für das Optionsmodell bzw. für die stärkere Entlastung der Kommunen einzusetzen. Ein entsprechender Antrag wurde seitens der Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker dem 55. Ord. Bundesparteitag in Dresden zur Beratung vorgelegt.

Weiterer Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit der VLK und des Kommunalpolitischen Beirats ist die Integrationspolitik auf kommunaler Ebene. Unter dem Motto „Integration durch aktive Teilhabe“ stellte die VLK das Thema Integrationspolitik in Verbindung mit Kultur in den Mittelpunkt ihrer XX. Delegiertenversammlung am 17. und 18. September 2004 in Bonn. Ziel der kommunalen Integrationspolitik muss es sein, sowohl in Städten und deren Stadtteilen als auch in Gemeinden, ein friedliches kulturelles Leben miteinander zu ermöglichen. Cornelia Schmalz-Jacobsen deckte in ihrem Grundsatzreferat die Probleme auf und zeigte den kommunalen Mandatsträgern Lösungsmöglichkeiten.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Klausursitzung des VLK-Bundesvorstandes und des Kommunalpolitischen

Beirats am 19./20. November 2004 in Wiehl stand die Diskussion um die Fortschreibung des Baugesetzbuches und die Folgen für die Kommunen. Anlass war der Beschluss des Deutschen Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates, das Gesetz zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien (EAG-Bau) zu beschließen. In dieser Novellierung des Baugesetzbuches wird u.a. die Integration der EU-Plan-Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie in das Deutsche BauGB geregelt. Es soll zu erheblichem Bürokratieabbau führen.

Am 13. Dezember 2004 trafen sich Mitglieder des FDP-Präsidiums und des VLK-Bundesvorstandes zu einem gemeinsamen Gespräch im Thomas-Dehler-Haus in Berlin. Anlässlich des Entwurfs der Föderalismuskommission der Bundesregierung erklärten sie in einer gemeinsamen Pressemitteilung, dass die bisherigen Ergebnisse der Föderalismuskommission die Kommunen entweder vernachlässige, nicht berücksichtige oder zusätzlich belaste. Die VLK teilt die Kritik der FDP-Führung an der Kleinmütigkeit des Entwurfs. Die hervorragenden Ergebnisse der Liberalen bei den Kommunalwahlen im Jahr 2004 sind sichtbarer Beweis dafür, dass der Ansatz der FDP richtig ist: Die Kommunen benötigen eigenständige Finanzierungsquellen.

Am 5. Mai 2005 trafen sich VLK-Bundesvorstand und Kommunalpolitischer Beirat in der Lutherstadt Wittenberg. Gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Holger Krahrmer, stv. Mitglied im EU-Ausschuss für regionale Entwicklung, wurde über Fragen zur kommunalen Selbstverwaltung in Europa diskutiert. Der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die liberalen Kommunalpolitiker machten deutlich, dass es auch in einem geeinten Europa vor allem auf Bürgernähe, Transparenz und Eigenverantwortung ankäme. Dabei könne auch die EU Kompetenzen an die Kommunen abgeben.

Gerhard Schübler, ehemals kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion vertritt die VLK im FDP-Bundesvorstand. Die von ihm seinerzeit ins Leben gerufene Arbeitsgruppe Kommunalpolitik bei der FDP-Bundestagsfraktion wird von der neuen kommunalpolitischen Sprecherin, Gisela Piltz, fortgeführt. Als Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Stadtrat und als ehemalige Mitarbeiterin der VLK sorgt sie dafür, dass die Kontakte zur VLK eng und effizient bleiben und Kommunalpolitiker in die Beschlussfassung der Fraktion zu kommunalrelevanten Themen einbezogen werden.

Über die Arbeit der liberalen Kommunalpolitiker berichten sowohl Abgeordnete wie auch Mitglieder des Kommunalpolitischen Beirats und des Bundesvorstandes der VLK regelmäßig in der „elde“ oder in der kommunalpolitischen Zeitschrift „das rathaus“.





## I. 8. Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum fanden neben den Bundesparteitagen und den Europatagen folgende Veranstaltungen der Bundespartei statt:

5. Juli 2003

Frauenaktionstag der FDP

13. September 2003

Kommunalpolitischer Aktionstag der FDP

10. November 2003

Empfang anlässlich des 85. Geburtstags von Werner Maihofer in Berlin

8. Februar 2004

Ostgipfel der FDP in Erfurt

1. Mai 2004

Aktionstag zum Tag der Arbeit in Berlin, in Verbindung mit dem bundesweiten Neumitgliedertreffen der FDP

8. Mai 2004

2. Ostgipfel der FDP in Erfurt

6. September 2004

Empfang anlässlich des 85. Geburtstags von Walter Scheel in Berlin

11. September 2004

3. Ostgipfel der FDP in Leipzig

10. November 2004

Gesundheitskongress der FDP in Berlin

29. November 2004

Journalistenadvent der FDP in Berlin

21. Februar 2005

Empfang anlässlich des 70. Geburtstages von Cornelia Schmalz-Jacobsen in Berlin

23. Februar 2005

Generationenkongress der FDP in Berlin



FDP-Kongresse in Berlin: Generation Jungbrunnen und Gesundheitskongress.

## I. 9. Kampagnen

Im Berichtszeitraum fanden folgende Kampagnen der FDP statt:

Im Jahr 2003

- ▮ Februar 2003 – Start der Offensive für den Arbeitsmarkt „Arbeitslose brauchen endlich eine Lobby“
- ▮ Bundesweiter Steuerpolitischer Aktionstag am 1. Mai 2003
- ▮ Mitgliederwerbekampagne anlässlich des Neumitgliederkongress am 01 Mai 2003
- ▮ Frauenkampagne der FDP, Start am 30. Juni 2003
- ▮ frauenpolitischer Aktionstag am 5. Juli 2003
- ▮ Bundesweiter Steuerzahlertag am 26. Juli 2003
- ▮ Aktion vor der Zentrale der IG Metall gegen „Betonkopf-Entscheidungen“ der Gewerkschaften am 31. August 2003
- ▮ Steuerkampagne der FDP, Start am 1. September 2003
- ▮ Kinderbetreuungsaktion im Thomas-Dehler-Haus am 12. September 2003
- ▮ kommunalpolitischer Aktionstag zum Thema Gemeindefinanzreform am 13. September 2003 gemeinsam mit der VLK und FDP-Bundestagsfraktion
- ▮ Kampagne zum EU-Referendum gemeinsam mit der Projektgruppe Europawahl, Start am 29. September 2003
- ▮ europapolitischer Aktionstag zum Thema Volksabstimmung zur EU-Verfassung am 4. Oktober 2003
- ▮ Aktion zum Christopher-Street-Day

Im Jahr 2004

- ▮ Seniorenkampagne „Alt macht Neu“ seit 1. Januar 2004 im Internet
- ▮ mehrere Aktionen im Rahmen der Europawahlkampagne, u. a. Aktion zur Europawahl mit Silvana Koch-Mehrin am Brandenburger Tor mit einem symbolischen Stier und die Aktion „Frühjahrsputz für Europa“ sowie zum EU-Referendum mit der Einrichtung eines Abstimmungslokals in der Bundesgeschäftsstelle zur Abstimmung zum Volksentscheid
- ▮ Eröffnung der Silvana Lounge anlässlich des Tages für Arbeit und des Neumitgliederkongresses am 1. Mai 2004
- ▮ Aktion Verteilung von blau-gelben Ostereiern, Protest gegen bürokratische Überregulierung aufgrund EU-Diskussion über ein Verbot von „Überraschungseiern“





Arbeit hat Vorfahrt fordern die Liberalen für Nordrhein-Westfalen.

- Aktion zu EU-Werbeverboten am 30. Mai 2005: Silvana Koch-Mehrin trifft Ecclestone während des Rennens um den Großen Preis von Europa auf dem Nürburgring
- Aktionen zum Christopher-Street-Day in Hamburg und Berlin
- Aktion zum bundesweiten Steuerzahlertag am 17. Juli 2004
- Kampagne zur Ausbildungsplatzabgabe „Ausbildungsvernichtungsabgabe stoppen!“
- Aktion zum Tanktourismus

**Im Jahr 2005**

- Kampagne gegen die Einführung einer Radioquote am 15. Februar 2005
- Kampagne gegen die Abschaffung des Bankheimnisses vor dem Bundesfinanzministerium am 31. März 2005

**Wussten Sie,**

- dass die FDP mit ihrem bisher besten Wahlergebnis von 6,1 Prozent in das Europaparlament mit sieben Mandaten einziehen konnte?



Guido Westerwelle mit einem Plakat gegen die Klassenkampffarolen des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering.

### I. 10. Sitzungen der Hauptgeschäftsführer

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 10 Hauptgeschäftsführersitzungen, inklusive zweier Klausurtagungen, durchgeführt:

Vom 2. bis 4. Juli 2003 Klausurtagung in Fleesensee, am 1. Oktober 2003, am 10. Dezember 2003, 3. März 2004 und 12. Mai 2004 jeweils in Berlin. Vom 21. bis 23. Juni 2004 Klausurtagung in Berlin. Sowie am 6. Oktober 2004, 8. Dezember 2004, 9. März 2005 und 13. April 2005 ebenfalls in Berlin.

Hauptschwerpunkt der Arbeit dieses Kreises, der von FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz geleitet wird und dem auch das Dienstleistungsumfeld der FDP angehört, ist die Koordinierung und Abstimmung verschiedenster Maßnahmen zwischen Landes- und Bundesebene, die gegenseitige Information über wichtige Projekte und die weitere Professionalisierung der Parteiarbeit.

Neben organisatorischen und administrativen Abstimmungsprozessen, z. B. bei der Vorbereitung von Bundesparteitagen, spielte die Vor- und Nachbereitung von Kommunal-, Landtags- und Europawahlen insbesondere im Superwahljahr 2004 eine große Rolle. Aufgrund knapper Ressourcen wurden Wahlkämpfe als Gemeinschaftsaufgabe begriffen. Mit gegenseitiger Unterstützung und in enger Abstimmung konnten Ressourcen effektiv genutzt und organisatorische wie finanzielle Synergieeffekte geschaffen werden, die der Partei insgesamt zugute kamen.

Initiiert durch die Hauptgeschäftsführerrunde wurde ein Innovationsteam „Liberaler Konzern“ ins Leben gerufen, das in erster Linie aktuelle Trends und Entwicklungen in den Bereichen Kommunikation und Organisation ausmachen, bewerten und der Partei gegebenenfalls zur Nachahmung empfehlen soll. Unter anderem befasste sich das Innovationsteam mit elektronischen Abstimmungsverfahren, der Erarbeitung eines einheitlichen Newslettertools mit sogenanntem Dynamic Content System und mit Strategien zur Eindämmung von Spam und Viren – diese Projekte sind inzwischen auf den Weg gebracht.

Maßgeblich beteiligt waren die Hauptgeschäftsführer an der Umgestaltung

der bis 2004 im Zeitungsformat erschienen Liberalen Depesche hin zum Magazin elde, an der Vorbereitung der „Großstadt-Offensive“ der FDP und der Initiative „Lebendige Partei vor Ort“.

Auch bundesweite Kampagnen wurde im Kreis der Hauptgeschäftsführer intensiv beraten, z. B. die Kampagne „Alt-macht-neu“, die Frauenkampagne und die Mitgliederwerbekampagne „Wir wollen größer werden. Sie auch?“. Gerade in Bezug auf Mitgliederwerbung und Neumitgliederbetreuung wurde von den Hauptgeschäftsführern und der Bundespartei weiterer Handlungsbedarf für die Parteiarbeit gesehen.

Die Runde der Hauptgeschäftsführer hat zudem bereits mit der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 2006 begonnen. Diese wird – das liegt in der Natur der Sache – Hauptschwerpunkt der künftigen Arbeit sein. ■



## I. 11. LI und ELDR

### I. 11. 1. Liberale Internationale (LI)

In mittlerweile 28 Ländern weltweit sind Mitgliedsparteien der Liberalen Internationalen (LI) in Regierungsverantwortung. Allein in Europa stellen die Liberalen heute sieben Ministerpräsidenten: in Dänemark, Finnland, Belgien, Bulgarien, Rumänien, Island und Andorra. Die LI hat derzeit 62 Mitgliedsparteien bzw. -organisationen sowie 27 weitere, die sich mit einem Beobachterstatus an die LI annähern oder Kooperationspartner sind. Die Zahl der Mitgliedsparteien ist in letzter Zeit wieder leicht angestiegen.

#### Wussten Sie,

■ dass in den vergangenen zwei Jahren fast 30.000 Antwortbriefe von der Bundespartei verschickt wurden?

Der einzige Weltkongress der LI innerhalb des Berichtszeitraums fand im Oktober 2003 in Dakar/Senegal statt. Die deutschen Liberalen waren wiederum mit einer sehr engagierten Delegation

vertreten. Besonders erfreulich war aus unserer Sicht, dass Dr. Wolfgang Gerhardt in Dakar mit sehr gutem Wahlergebnis als Vize-Präsident mit Sitz im Präsidium



**Annemie Neyts-Uttebrock übergibt den Friedenspreis der LI an Grigori Javlinski.**

wiedergewählt wurde. Auch die regelmäßige Präsenz unseres Ehrevorsitzenden Dr. Otto Graf Lambsdorff bei Veranstaltungen der Liberalen Internationale zeigt die Bedeutung, die dem internationalen Netzwerk der Liberalen aus deutscher Sicht eingeräumt wird.

Das Executive Committee der LI trat in Dakar ebenfalls zusammen. Weitere Sitzungen fanden im Berichtszeitraum im März 2004 in Kaoshiung (Taiwan) und im November 2004 in San José (Costa Rica) statt.

Der Freiheitspreis der Liberalen Internationale wurde 2004 im Thomas-Dehler-Haus in Berlin an den russischen Liberalen Grigori Javlinski verliehen. Grigori Javlinski engagiert sich seit vielen Jahren für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Rußland und führt unsere Partnerpartei Jabloko. Die LI hat damit auch ein Zeichen gegen die bedenkliche Verschlechterung in punkto Demokratie und Menschenrechte in Rußland gesetzt. ■

**ELDR-Präsident Werner Hoyer mit dem belgischen Premier Guy Verhofstadt während eines Meetings**



### I. 11.2. Europäische Liberaldemokratische Partei (ELDR)

Gemeinsam mit 49 weiteren liberalen Parteien ist die FDP auf europäischer Ebene in der Europäischen Liberaldemokratischen Partei (ELDR) organisiert.

Zum Kongress der ELDR (großer Parteitag) stellt die FDP 54 Delegierte, zum Rat der ELDR (kleiner Parteitag) 9 Delegierte. Innerhalb der ELDR ist die FDP damit die zweitgrößte Delegation nach unseren Parteifreundinnen und Parteifreunden der Liberal Democrats aus Großbritannien.

Auf dem ELDR-Kongress vom 12.-14. November 2003 in Amsterdam wurde der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Werner Hoyer mit 94% der Stimmen in seinem Amt als Präsident der ELDR bestätigt, das er seit dem Jahre 2000 innehat. Die Delegierten erarbeiteten und verabschiedeten im Rahmen dieses Parteitages darüber hinaus ein gemeinsames Wahlprogramm der ELDR für die Europawahlen, die im Juni 2004 stattfanden.

Ihr 25-jähriges Bestehen feierte die ELDR im Rahmen eines Kongresses in Brüssel am 30. April 2004, unmittelbar vor den Europawahlen. Auf diesem Parteitag verabschiedete die ELDR eine neue Satzung, auf deren Basis sie in eine „gemeinnützige internationale Organisation“ („international non-profit organisation“/„association sans but lucratif“) nach belgischem Recht überführt wurde. Notwendig wurde diese Anpassung durch eine Änderung des Europäischen Parteienstatuts, das die rechtliche Stellung und Finanzierung der europäischen politischen Parteien neu regelt. Im Zuge dieser Änderungen verlegte die ELDR ihre Parteizentrale aus dem Europäischen Parlament in eigene Büroräume in der Rue Montoyer in Brüssel.

Bis zu den Europawahlen, die erstmals in einer durch 10 neue Mitgliedsstaaten erweiterten Europäischen Union stattfand, lag der Schwerpunkt der politischen Arbeit bei der Suche nach und Stärkung der Partnerparteien in Mittel-, Ost-, und Südosteuropa, um die Bildung einer starken liberalen Fraktion auch für das neu gewählte Parlament zu gewährleisten. Einen großen Erfolg konnte die ELDR u.a. mit der Aufnahme der polnische UW (Unia Wolnosci) feiern, die seit den Europawahlen mit vier Abgeordneten die liberale Fraktion im Europäischen Parlament verstärkt.

Nach der Europawahl bildeten die 61 Abgeordneten der ELDR-Mitgliedsparteien zusammen mit 27 Abgeordneten der neu gegründeten EDP (European Democratic Party) für die 6. Wahlperiode des Europäischen Parlaments eine gemeinsame Fraktion mit dem Namen ALDE (Alliance of Liberals and Democrats for Europe). Zur stellvertretenden Vorsitzenden der ALDE wurde die FDP-Europaabgeordnete Dr. Silvana Koch-Mehrin gewählt. Mit insgesamt 88 Abgeordneten konnte diese gemeinsame liberaldemokratische Fraktion ihre Position als drittstärkste politische Kraft im Europäischen Parlament klar behaupten.

Zu Beginn des Jahres 2005 sind ELDR-Mitgliedsparteien an acht nationalen Regierungen in Mitgliedsstaaten der EU beteiligt. Hinzu kommen Beteiligungen an Regierungskoalitionen in Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Norwegen sowie der Schweiz. In Dänemark, Finnland und Belgien sowie den beiden voraussichtlich zukünftigen Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien stellen Mitgliedsparteien der ELDR die jeweiligen nationalen Regierungschefs. Mit acht Kommissaren in der neu gewählten Europäischen Kommission ist die dortige liberale Vertretung stärker als je zuvor. ■

## I. 12. Internet

Die FDP bietet den Internet-Nutzern im Unterschied zu allen anderen Parteien ein breites, professionelles und überaus interaktives Internetangebot. Eine herausgehobene Funktion erfüllt dabei das Nachrichten- und Informationsportal [www.fdp.de](http://www.fdp.de). Es ist für Journalisten, Parteimitglieder oder einfach politisch Interessierte die virtuelle Visitenkarte der Liberalen. Diese Visitenkarte überzeugt jeden Tag Hunderte von Menschen, sich über liberale Politik zu informieren. Die hohen Zugriffszahlen von durchschnittlich ca. 600.000 Seitenabrufen pro Monat belegen die positive Resonanz. Diese Zahl entspricht konservativ gerechnet mehr als 100.000 Menschen, die jeden Monat auf die FDP-Seiten zugreifen.

Die Anziehungskraft des Portals liegt in der professionellen Aufbereitung oftmals schwerer politischer Kost durch eine Internet-Redaktion von liberalen Journalisten, die ihr Handwerk verstehen und sich für die FDP engagieren. Der FDP-Internet-Redaktion gelingt es immer wieder, Pläne, Beschlüsse und Initiativen der Liberalen innerhalb und außerhalb des Parlaments vorzustellen und so zu erklären, dass sie verständlich und nachvollziehbar sind. Erreicht wird damit eine Mobilisierung für liberale Politik, die sonst vermutlich nicht stattfinden würde, denn die Zielgruppen, die über das Internet angesprochen werden, sind über die üblichen Wege politischer Kommunikation oft nicht tangiert. Davon profitiert die FDP insgesamt. Sie zieht aber auch Nutzen aus dem Herausgeber-Modell, das hinter dem Internet-Portal steht. Bundespartei, Bundestagsfraktion und Friedrich-Naumann-Stiftung tragen gemeinsam und in enger Absprache ausbalanciert die finanziellen Aufwendungen, die nötig sind, um eine tagesaktuelle Redaktions- und Serviceeinheit zu ermöglichen.

Durch die Entwicklung immer neuer interaktiver Angebote erfüllt das Webangebot eine wichtige Funktion in der Kommunikation der drei Institutionen. Die Interaktivität ist ein wichtiges Merkmal des liberalen Portalauftritts und ermöglicht es, zunehmend mehr Internet-Nutzer nicht nur für liberale Politik, sondern sogar als Mitglieder zu gewinnen. Online-„Tagebücher“, Abstimmungen zu politischen Initiativen der Fraktion, Chats mit liberalen Politikern, Bewertungsmöglichkeiten für liberale Programmatik, insbesondere aber das liberale Diskussionsforum überzeugen viele vorwiegend junge Bürger, sich in der FDP zu engagieren oder libe-



ral zu wählen. Mit bis zu 25.000 Meinungsbeiträgen monatlich bewältigt die FDP-Internet-Redaktion jedes Jahr eine immer weiter ansteigende Welle an Vorschlägen, Ideen, Kritik oder einfachen Äußerungen zur Politik der FDP. Der Webauftritt der FDP hat damit eine permanente Brücke zu einer Zielgruppe geschaffen, die für die FDP höchst wertvoll ist, denn sie ist jung, liberal, offen und tolerant, gleichzeitig aber auch technisch interessiert und modern. Pläne für eine stärkere Nutzung des hohen Interesses der Forumsteilnehmer an liberaler Politik sind in der Diskussion. Sie sollen erreichen, dass der Weg über das Forum in die Partei leichter wird. Potentielle Mitglieder sollen möglichst schnell und problemlos auch Kontakte zu den örtlichen Untergliederungen der Partei oder zu ihrem Bundestagsabgeordneten herstellen können.

Durch ein individuelles Webangebot wurden zum Europa-Wahlkampf insbesondere jüngere Wähler angesprochen, die noch immer das Gros der Internet-Nutzer stellen. Eine eigenständige Europa-Plattform wurde konzipiert und erstellt, die sich ausschließlich mit den europapolitischen Aktivitäten der Partei beschäftigte und die ersten sieben Kandidaten der FDP mit ihrem Engagement vorstellte. Zusätzlich erhielt die Spitzenkandidatin Silvana Koch-Mehrin eine individuelle Website. Hier wurde eine neue Idee umgesetzt: Silvana Koch-Mehrin führte in den letzten Monaten des Wahlkampfs täglich per SMS ein Wahlkampftagebuch, auf das die Internet-Nutzer in einem Forum reagieren konnten. Während des Europa-Wahlkampfs wurden Themen und Initiativen von Partei, Fraktion und Stiftung für die Internetnutzung koordiniert und abgesprochen.

Das Angebot der Partei an Mandatsträger und Untergliederungen, sich im Corporate Design der FDP einen eigenen Webauftritt einzurichten, wurde weiter entwickelt. Bei stabilen Preisen wurden die abrufbaren Grafikvorlagen und die Serviceleistungen verbessert. Ein spezielles Angebot für Landesverbände ist in Vorbereitung.

Für die Zukunft ist eine Weiterentwicklung des Webangebots inklusive des Portals geplant. Entscheidende Kriterien dabei sind mehr Interaktivität, Aktualität, Transparenz der politischen Arbeit sowie verbesserte Serviceangebote an Mitglieder und Interessenten. Vorgeschlagen wird z. B. das Abstimmen von thematischen Schwerpunkten in der Berichterstattung auf den Internetseiten des Portals, der Partei, der Fraktion und der Stiftung. Das Ergebnis wird eine moderne und sehr aktuelle Aufbereitung politischer Inhalte sein, wie es sie bisher in der politischen Online-Kommunikation in Deutschland nicht gibt. In einer Innovations-Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den drei liberalen Institutionen wurden in mehreren Sitzungen völlig neue Ideen für die liberale Präsenz im Internet entwickelt. ■

## I. 13. Netzwerk mit Nutzwert im InternetIntern



Mitglied der FDP zu sein, lohnt sich und das nicht nur politisch. Denn die FDP bietet ihren Mitgliedern eine Reihe von Vorteilen und Rabatten ganz handfester Art, vom günstigen Autoreifen über billige Hotelübernachtung bis zum liberalen Gastronom, der beim Sonntagsausflug gern seine Gäste bewirtet (mehr dazu unter <http://www.liberales-wirte.de>).

Es gehört zu den Zielen der FDP, ihren Mitgliedern im Rahmen der weiteren Öffnung und Professionalisierung der Parteiarbeit den Zugang zu interessanten Angeboten zu ermöglichen, die immer auch ein Stück Belohnung für die viele ehrenamtliche Arbeit sein soll, das ist die Philosophie hinter diesem Projekt.

Neben dem blau-gelben Branchenbuch im InternetIntern, das sich als Verzeichnis liberaler Anbieter von Dienstleistungen und Gütern immer größer werdender Beliebtheit erfreut, gibt es im „Netzwerk mit Nutzwert“ eine Reihe von Rabatten und Vergünstigungen exklusiv für FDP-Mitglieder.

Für reisefreudige Liberale besteht eine Reihe von Kooperationen mit verschiedenen Hotelketten, die Sonderkonditionen für Mitglieder anbieten. Weiterführende Informationen dazu und die Möglichkeit sofort zu buchen, findet man im InternetIntern. ■

### Wussten Sie,

- dass die Zahl der kommunalen Mandate in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2004 von 741 auf 1143 erhöht werden konnten?

## I. 14. Landesverband lv-net

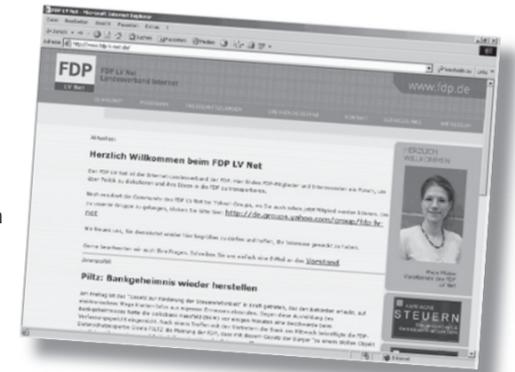
**Vorsitz:** Maja Pfister seit 15. Januar 2005  
Alexander Graf Lambsdorff  
bis 15. Januar 2005

Der Internet-Landesverband der FDP (FDP lv-net) verzeichnete in den vergangenen zwei Jahren eine Stabilisierung der Mitgliedschaft. Mit derzeit ca. 320 Mitgliedern hielten sich Ein- und Austritte in etwa die Waage. Diese Entwicklung zeigt, dass auch nach dem Abflauen des Internet-Hypes der 90-er Jahre weiterhin Interesse und Bedarf an politischer Partizipation über die neuen Medien, insbesondere e-Mail und Internet, besteht.

Das größte Projekt des lv-net, der Aufbau und Umzug in eine eigene Community, die die Rahmenbedingungen für die politische Partizipation über das Internet verbessert, wurde vom Vorstand vorbereitet und befindet sich in der Testphase. Im Laufe des Jahres 2005 wird der FDP lv-net die Community in Betrieb nehmen. Die Community wird sich dann als mitgliederöffentlicher Teil in den Webauftritt des Verbandes einfügen.

Anfang 2005 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Alexander Graf Lambsdorff, der seit der Gründung des Verbandes mit großem Engagement als Vorsitzender fungierte, kandidierte nicht mehr für den neuen Vorstand, um sich ganz seinen Aufgaben als neugewähltes Mitglied des Europaparlaments widmen zu können. Der Verband dankte ihm und den anderen Vorstandsmitgliedern für das Engagement. Vorsitzende ist seit Januar 2005 Maja Pfister aus Berlin. Weitere Vorstandsmitglieder sind die Stellvertreter Matthias Steppuhn und Gregor von Rosen sowie Ulrich Schauenberg (Datenschutzmeister und Schriftführer) und Claus Gramckow (Schatzmeister).

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des FDP lv-net war die Erarbeitung eines Steuer- und Bürgergeldkonzeptes sowie eines europapolitischen Papiers. Der FDP lv-net diskutierte intensiv über verschiedene Modelle des Bürgergeldes sowie dessen konsistente Einbindung in ein liberales Steuerkonzept. Der Verband entschied sich für einen Flat-Tax mit integriertem Bürgergeld. Der Beschluss sowie weitere programmatische Papiere des FDP lv-net sind im Internet unter [www.fdp-lv-net.de](http://www.fdp-lv-net.de) zu finden. ■



## I. 15. Bürgerfonds

Nach der Gründung des FDP Bürgerfonds im Juni 2001 und der erfolgreichen Begleitung des Bundestagswahlkampfes – zur letzten Bundestagswahlkampagne hatte der Bürgerfonds mit mehr als 2,3 Millionen Euro Bruttoeinnahme bei 1,18 Millionen Kosten erheblich beigetragen – war die Arbeit 2003 und 2004 geprägt von der deutlichen personellen Verkleinerung und der Anpassung an die Rolle der FDP in der Opposition.

Die Arbeit des Bürgerfonds unterstützt die Arbeit des Bundesschatzmeisters aktiv in seinen Bemühen der Spendenwerbung. Der Schwerpunkt der Arbeit lag im Bereich des Fundraising, d. h. der Spendensammlung, der Spenderpflege sowie dem Aufbau von Netzwerken und der Gewinnung Externer zur Unterstützung liberaler Politik in Deutschland.

Der Bürgerfonds will erreichen, dass das Werben für Spenden zur Unterstützung liberaler Politik in Deutschland die gleiche gesellschaftliche Anerkennung findet wie Spendenwerbung für andere gemeinnützige Zwecke. Der Ansatz des Bürgerfonds ist es, offen und transparent für die materielle Unterstützung der FDP im demokratischen Wettbewerb zu werben. Eine „Spende“ muss als ein Investment in eine bessere, freiheitliche Politik bewertet werden. Nur wer investiert, kann auch mit einem return on investment, sprich einer besseren Politik, rechnen. Eine Spende an die FDP



**Unterstützung für die FDP: Wolfgang Joop, Mirija du Mont und Sky du Mont.**

lohnt sich z.B. dreifach: der Spender investiert in freiheitliche und marktwirtschaftliche Politik, er erhält eine Spendenquittung für die steuerliche Absetzbarkeit der Spende und erreicht eine Steuersenkungspolitik nach der Wahl.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, Menschen spenden dann gerne, wenn sie konkrete Projekte,

Veranstaltungen und Ziele kennen und teilen. Vor diesem Hintergrund ist der Bürgerfonds nicht nur Spendensammler, sondern auch Vermittler liberaler Politik.

Diese Vermittlung liberaler Politik erfolgt ganz direkt. So erhielten Spender exklusive Einladungen zu den Fachkongressen des Bürgerfonds zu den Themen „Gesundheitspolitik: Die liberale Alternative“ und „Generation Jungbrunnen: Chancen einer alternierenden Gesellschaft“ sowie Einladungen zu besonderen Empfängen und weiteren Veranstaltungen.



**Georgia Tornow und Günter Rexrodt beim Fundraising-Dinner.**

Aber nicht nur der persönliche Kontakt zu Vertretern der FDP waren wichtig, auch die Informationen über politische und programmatische Inhalte (z.B. Thesen zur Europapolitik, Grundsatzreden des Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle, das Steuerkonzept von Dr. Hermann Otto Solms) aus der Arbeit der FDP wurden den Spendern des Bürgerfonds zur Verfügung gestellt.

### Für eine neue Politik in Deutschland.

FDP-Bürgerfonds | Dresdner Bank Köln/Bonn  
Konto: 216 603 302 | BLZ: 370 800 40  
Internetspende: [www.fdp.de](http://www.fdp.de)



**Günter Rexrodt wirbt für einen liberalen Ladenschluss.**

Eine Reihe regionaler Fundraising Dinner und ein bundesweites Dinner am 1. Mai 2004 waren sehr erfolgreich für die Spendensammlung. Zum ersten bundesweiten Fundraising Dinner hatten prominente Unterstützer eingeladen. Diese Dinner brachten Spenden für die FDP in Höhe von über 60.000 Euro. Durch diese Dinner haben sich Netzwerke gebildet, die von hohem Wert – nicht nur im materiellen Sinne – für die Arbeit der FDP sind.

Aber nicht nur bisherige Spender sind wichtig, auch die Gewinnung neuer Spender gehört zu den Aufgaben des Bürgerfonds. Im Laufe der Jahre 2003 und 2004 sind daher eine große Anzahl von Mailings an ausgewählte Zielgruppen versandt worden, haben Präsentationen auf Veranstaltungen und viele Gespräche zur Gewinnung von Sponsoren stattgefunden.

Zur Bundestagswahl 2006 wird die Arbeit des Bürgerfonds wieder verstärkt und kann dann auf einer soliden und gewachsenen Grundlage sehr aktiv zur Unterstützung der Wahlkampagne der FDP beitragen.

Bei aller positiver Bewertung der Arbeit des Bürgerfonds haben wir mit dem plötzlichen Tod von Dr. Günter Rexrodt im August 2004 einen sehr schmerzhaften Einschnitt erleben müssen. Wir haben nicht nur den Schatzmeister der FDP, sondern auch den Vorsitzenden des Bürgerfonds verloren. Dr. Günter Rexrodt hat mit seinem Elan, seiner Fröhlichkeit und seinem Engagement die Arbeit des Bürgerfonds geprägt und zum Erfolg „seines Kindes“ beigetragen. Alle, die auch im Bürgerfonds mit ihm arbeiten durften, werden ihn nicht vergessen. ■

## I. 16. Wahlkämpfe

### I. 16.1. Wahlkämpfe in den Landesverbänden

Im Berichtszeitraum hat die Bundespartei gemeinsam mit dem liberal Verlag die Zusammenarbeit mit den wahlkampf führenden Landesverbänden erheblich intensiviert und vielfältig professionalisiert. Unterstützt wurden im Berichtszeitraum die Wahlkämpfe in Sachsen, Saarland, Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Bremen und in Hamburg. Durch das kooperative Miteinander wurde eine noch konkretere politische strategische Abstimmung zwischen der Bundespartei und den wahlkampf führenden Landesverbänden erreicht.



Besonders wichtig dabei ist, dass die Landesgeschäftsstellen von zahlreichen organisatorischen Aufgaben entlastet werden konnten und somit mehr Freiraum für die politische Arbeit und für die Mitglieder motivation zur Verfügung stand.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Synergien genutzt, was zu einer weiteren Professionalisierung des politischen Marketings, zu einem deutlich wahrnehmbaren und einheitlichen Erscheinungsbild und zu Kostenersparnissen in den Wahlkämpfen führte.

Neben den in der Vergangenheit bereits bewährten Unterstützungsmaßnahmen stellte die Bundespartei gemeinsam mit dem Liberalen Parteiservice und dem liberal Verlag eine Vielzahl neuer Unterstützungsleistungen zur Verfügung. So haben sich in den vergangenen Wahlkämpfen besonders bewährt:

- die Unterstützung in der Zusammenarbeit mit Werbeagenturen und die Hilfe bei der Erarbeitung von Verträgen mit den Agenturen;
- der Einsatz von erfahrenen Wahlkampf Helfern;
- ein mobiles Einsatzteam – gemeinsam mit LiPS;
- die Veranstaltungsorganisation sowie

- das Direktmarketing und
- die Budgetierung und eine Budgetkontrolle.

Insbesondere in Landesverbänden, die nicht im Parlament vertreten sind, konnten durch diese kooperative Zusammenarbeit zwischen Bundespartei, liberal Verlag und Landesverband eine deutliche Professionalisierung des Wahlkampfes erreicht werden.

Das hatte zur Folge, dass mit den begrenzten finanziellen Möglichkeiten eine wesentlich höhere Wirkung erzielt werden konnte, was sich erfreulicherweise auch in den Wahlergebnissen niedergeschlagen hat.

### 1.16.2. Europawahlkampf

Bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl 2002 begann die langfristige Vorbereitung der Europawahl.

Unter der Leitung des Bundesgeschäftsführers Hans-Jürgen Beerfeltz konstituierte sich ein zunächst in größeren Abständen tagendes Wahlkampfteam. Auf einer Klausurtagung unter Beteiligung von externen Experten des politischen Marketings aus dem In- und Ausland wurden die strategischen Ziele diskutiert, die Arbeitsplanung konkretisiert und erste Entscheidungen zu den Aufgabenfeldern Agentur, Strategieberatung, Organisation, Logistik und PR getroffen.

Im Bereich der Kommunikation wurden ganz neue Wege bestritten und vor allem Möglichkeiten geschaffen, einen weitaus größeren Kreis innerhalb der Partei mit regelmäßigen Informationen aktuell auf dem Laufenden zu halten.

Auf dem Europatag in Bonn wurde in Anwesenheit des damaligen Kandidaten für das Bundespräsidentenamt, Horst Köhler, der politische Auftakt für die Europawahl gegeben. Der Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz stellte die Kampagne vor und erläuterte das mediale Konzept. Nach einer umfangreichen Ausschreibung und mehreren Präsentationen erhielt die Agentur „Etwas Neues entsteht“ den Zuschlag. Später wurde die Agentur von Mannstein in die Kampagne integriert, insbesondere für den Bereich der Spitzenkandidatin Silvana Koch-Mehrin. Die organisatorischen Aufgaben wie Werbemittelproduktion und Logistik, PR- und Veranstaltungsorganisation und alle Werbemaßnahmen wurden mit dem bewährten Dienstleister, dem liberal Verlag, abgewickelt.

Die Werbelinie bestach durch das knallige Gelb, durch außergewöhnliche Typografie und setzte auch ganz auf die junge, attraktive Spitzenkandidatin. Nie zuvor bei einer Europawahl war die FDP-Mitgliedschaft so motiviert, was sich unter anderem in einer Rekordzahl von aufgestellten Plakaten und verteilten Faltschriften, Flugblätter etc. niedergeschlagen hat.



Silvana Koch-Mehrin und Cornelia Pieper am Europa-Glücksrad.

Aus Sicht der Wahlkampforganisation war die Kampagne außerordentlich erfolgreich. Der Schwerpunkt der werblichen Maßnahmen lag in der Schlussphase. Auf über 1.000 mobilen Großflächen wurde Silvana Koch-Mehrin als unsere „Powerfrau für Europa“ personalisiert, landesweit wurde ein sehr professioneller Kinospot und Hörfunkspots ausgestrahlt, in ausgewählten Gebieten mit hohem FDP-Potential Postwurfsendungen und Verteilaktionen durchgeführt. Mit kreativen Last-Minute-Aktionen war die FDP bis in die letzten Stunden aktiv. Zehn Großveranstaltungen trugen merklich zur hohen Motivation in den letzten Tagen vor der Wahl bei.

Das Internet spielte im Wahlkampf eine noch wichtigere Rolle als in den Wahlkämpfen vorher. Telefonmarketing, multimediale Aktionen und vor allem zahlreiche PR-Aktivitäten trugen wesentlich zur hohen Präsenz der FDP, auch in den Medien, bei.

Durch viel Kreativität konnte der Nachteil des geringen Budgets gegenüber den Mitbewerbern ausgeglichen werden. So rollten z. B. sechs LKW, attraktiv werblich gestaltet mit der Botschaft „Silvana Koch-Mehrin für Europa“, durch Deutschland. Dadurch wurden nicht nur zahlreiche Kontakte auf den Straßen erreicht, sondern vor allem auch mediale Aufmerksamkeit geschaffen.

Mit ihrer jungen Spitzenkandidatin und einem jungen Team dahinter setzte die FDP einen deutlichen Kontrastpunkt zu allen anderen Parteien. Als am Abend des 13. Juni die Hochrechnungen das beste Ergebnis der FDP seit Beginn der Europawahlen vor 25 Jahren verkünden, dreht Silvana Koch-Mehrin vor Freude fast eine Pirouette. „Wir sind wieder im Europäischen Parlament!“

Im Thomas-Dehler-Haus, wo sich zahlreiche Liberale zur Wahlparty versammelt haben, bricht Jubel aus. Stakkato-Applaus begleitet die Spitzenkandidatin und den FDP-Vorsitzenden auf dem Weg zum Presse-Statement. „Es hat sich gelohnt, auf die Spitzenkandidatin Silvana Koch-Mehrin zu setzen. Es hat sich gelohnt, einen Wahlkampf mit europapolitischen Themen zu führen“, analysierte Guido Westerwelle.

Im Bundesdurchschnitt hat die FDP bei der Europawahl ihren Stimmanteil von 3 Prozent in 1999 auf 6,1 Prozent verdoppelt. Es gibt kein Bundesland, in dem die FDP nicht klar hinzugewonnen hätte. Die besten Länderergebnisse lieferten Hessen mit 7,6 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 7,5 Prozent, das zudem mit einem Plus von 4 Prozent gleichzeitig den höchsten Zugewinn erzielte. ■

## I. 17. Liberaler Parteiservice LiPS

**Vorsitz des LiPS-Beirates:** Hans-Jürgen Beerfeltz  
**Geschäftsführender**  
**Koordinator:** Karl-Heinz Rübesamen

„Frei für Politik“, unter diesem Motto hat der Bundesvorstand vor einigen Jahren ein Bündel an Maßnahmen beschlossen, die das Ziel haben, die Parteiarbeit auf allen Ebenen zu professionalisieren und die ehrenamtlichen Funktionsträger von administrativen Aufgaben zu entlasten. Eine Konsequenz aus diesen Entscheidungen war am 10. November 1999 die Gründung des Liberalen Parteiservice (LiPS) durch den Bundesverband und die Landesverbände.

Der Tätigkeitsschwerpunkt dieser Organisationseinheit, die finanziell je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden getragen wird, liegt im Bereich der Buchhaltung und Rechenschaftslegung für die Gliederungen der Partei. Aufgrund der erheblich verschärften Anforderungen des Parteiengesetzes, die am 1. Juli 2003 und am 1. Januar 2004 in Kraft getreten sind, hat der Bundsschatzmeister gemäß § 19 der Finanzordnung Anweisungen zur einheitlichen Gestaltung des Rechnungswesens im Sinne des Parteiengesetzes erlassen und verbindliche Richtlinien herausgegeben. Dazu gehörte die Einführung einer einheitlichen Software für die gesamte Partei und die Verpflichtung der Gliederungen, ihre Buchhaltung und Rechenschaftslegung durch den Liberalen Parteiservice in zentralen Buchungszentren erledigen zu lassen. Die Konferenz der Landesschatzmeister hat dieses Konzept

bei der Sitzung am 3. Dezember 2002 nachdrücklich unterstützt.

Nach einer sorgfältigen Auswahl wurde die neue Buchhaltungssoftware Mitte 2003 in Betrieb genommen. Gleichzeitig richtete der Liberale Parteiservice Buchungszentren in Bonn, Berlin und Stuttgart ein.

Die Akzeptanz für das neue System ist in der Partei ständig gewachsen. Über 80% der Gliederungen der Partei haben inzwischen die Zusammenarbeit mit LiPS vertraglich geregelt. Neben der Buchhaltung und Rechenschaftslegung können die Verbände auf Wunsch weitere Dienstleistungen wie den Zugang zur Buchhaltung über ein Web-Portal, den Beitragseinzug einschließlich des Mahnwesens und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs in Anspruch nehmen. Einige Verbände mit einem Jahresumsatz von mehr als 20.000€ machen von der Möglichkeit Gebrauch, über eine direkte Anbindung an das Rechenzentrum selbst zu buchen. Mit der Erstellung des konsolidierten Rechenschaftsberichtes für 2003 direkt aus der Buchhaltung heraus hat das neue System seine erste große Bewährungsprobe bestanden.

Mit der Einführung einer neuen Buchhaltungssoftware für alle Gliederungen der Partei wurde beschlossen, auch die Mitgliederverwaltung über diese Plattform abzuwickeln. Für die Bundespartei und die Landesverbände ist das seit Oktober 2004 realisiert. Ab Mitte Mai 2005 steht auch den Kreis- und Ortsverbänden diese Software über ein Web-Portal zur Verfügung. Der große Vorteil liegt darin, dass nunmehr alle Ebenen auf den gleichen Datenbestand zugreifen können und zeitraubende Abstimmungsarbeiten vermieden werden. Gleichzeitig

wird ein Online-Änderungsdienst für die Gliederungen eingeführt und damit der Arbeitsablauf vereinfacht und beschleunigt.

Auch die übrigen Tätigkeitsbereiche wurden in den vergangenen zwei Jahren weiter entwickelt. Regelmäßig hat LiPS durch ein mobiles Einsatzteam aus langjährig erfahrenen Wahlkämpfern Landesverbände bei Wahlkampagnen unterstützt und damit personelle Engpässe auf der Seite der wahlkampfführenden Verbände ausgeglichen.

In der klaren Erkenntnis, dass unter den heutigen medialen Bedingungen ein moderner, zeitgemäßer Auftritt der Partei eine unerlässliche Voraussetzung für einen Erfolg darstellt, wurde im organisatorischen Bereich vor allem die Unterstützung der Gliederungen bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen weiter verstärkt. Hier arbeitet LiPS eng mit dem liberal-Verlag zusammen, der über die entsprechende Kompetenz verfügt. Von der Bühnendekoration über Beamer-Präsentationen bis zur Gestaltung und der Produktion aller benötigten Drucksachen kann bei Bedarf dort eine vollständige Event-Organisation abgerufen werden.

Weitere Dienst- und Service-Leistungen hat LiPS im Bereich der Druck- und Versandarbeiten, der Mediaschaltungen und der Schulungen angeboten. Alle Maßnahmen dienen einzig und allein dem Ziel, den Liberalen Parteiservice zu einem Dienstleistungs- und Servicezentrum für alle Bereiche der Parteiarbeit zu machen und damit die Kampagnenfähigkeit der Partei zu verbessern.

Über die Arbeit des Liberalen Parteiservice berät und entscheidet der LiPS-Beirat, dem der Bundesgeschäftsführer als Vorsitzender und die Hauptgeschäftsführer der Landesverbände angehören. Er wählt einen geschäftsführenden Koordinator, der die Beschlüsse des Gremiums umsetzt und die Einhaltung des Haushalts überwacht.

Im Berichtszeitraum hat der LiPS-Beirat neunmal getagt.

Bei der Klausurtagung am 3. Juli 2003 in Fleesensee nahm der Beirat ein umfassendes Dienstleistungsangebot für die Planung, Vorbereitung und Organisation von Wahlkämpfen und Veranstaltungen zur Kenntnis und empfahl den Landesverbänden, im Sinne der Erhöhung von Synergieeffekten dieses Angebot zu nutzen. Gleichzeitig setzte er eine Arbeitsgruppe ein, die den Auftrag erhielt, ein Konzept für die zukünftige Unterstützung von Wahlkämpfen in den Landesverbänden zu entwickeln.

Der Beirat befasste sich auch mit dem Stand der Einrichtung von Buchungszentren und legte fest, dass zusätzliche Kosten, die durch Nichtbeteiligung von Gliederungen an der zentralen Buchhaltung entstehen, von den Verursachern zu tragen sind. Karl-Heinz Rübesamen wurde zum geschäftsführenden Koordinator und Sandro Schilder und Knut-Michael Wichalski zu Rechnungsprüfern des

### Wussten Sie,

- dass die FDP im Jahr 2004 die Landtage Sachsen (5,9 Prozent) und Saarland (5,2 %) zurückerobern konnte?



Liberalen Parteiservice gewählt. Am 9. Dezember 2004 wählte der Beirat Ralph Sterck und Horst Krumpfen zu neuen Rechnungsprüfern, nachdem Sandro Schilder und Knut-Michael Wichalski aus dem Gremium ausgeschieden waren.

In den weiteren Sitzungen des LiPS-Beirates standen folgende Themen im Mittelpunkt:

- Reorganisation des Rechnungswesens und Einführung der neuen Buchhaltungssoftware NAVISION Attain
- Umstellung der Mitgliederverwaltung auf NAVISION Attain und Verknüpfung mit der Buchhaltung
- Bereitstellung der Mitgliederverwaltung für die Gliederungen über ein Web-Portal
- Wahlkampfunterstützung für Landesverbände
- Haushalts- und Finanzfragen
- Entwicklung und Angebot weiterer Dienst- und Service-Leistungen für die Gliederungen
- Herausgabe einer Informationsbroschüre über den Liberalen Parteiservice
- Satzungsfragen

Der Liberale Parteiservice sieht seine Aufgabe weiterhin darin, durch maßgeschneiderte, am Bedarf orientierte Angebote von Dienst- und Service-Leistungen die organisatorische Schlagkraft der Partei auf allen Ebenen zu verbessern. ■



**Der Liberale Parteiservice bietet Hilfe vor Ort auf dem Bundesparteitag in Dresden.**



## II. Programmarbeit

### II.1. Liberale Foren

#### II.1.1. Forum 1: „Frauen, Kinderfreundliches Deutschland, Generationengerechtigkeit“

**Vorsitz:** Ina Lenke und Daniel Bahr

Das Forum traf sich im Berichtszeitraum zu fünf Sitzungen: Das Impulsreferat auf der konstituierenden Sitzung wurde von Frau Prof. Dr. Barbara Schaeffer-Hegel von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft gehalten. Unter dem Titel „*Was geschieht, wenn nichts geschieht?*“ verschafften Peer Ederer, Dr. Philipp Schuller und Stephan Willms von der Initiative „Deutschland Denken! e.V.“ den Mitgliedern des Forums am 13. Oktober 2003 einen Überblick über die demografische Entwicklung in Deutschland und deren bereits heute absehbare Konsequenzen.

Auf der Sitzung des Forums am 10. Dezember 2003 zeigte Dr. Svenja Falk von accenture Deutschland in ihrem Vortrag „*Wege zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen*“ auf.

Welche Chancen der demografische Wandel älteren Arbeitnehmern und der Wirtschaft bietet, berichteten am 24. Dezember 2004 André Schleiter von der Bertelsmann-Stiftung und Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin a.D., in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Liberalen Senioren Berlin.

Auf der fünften und letzten Sitzung des Forums am 24. November 2004 in Berlin berichtete Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstituts, über die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und zeigte auf, welche Weichenstellungen für eine kinderfreundliche Gesellschaft notwendig sind.

Zum Bundesparteitag 2004 haben die Vorsitzenden Ina Lenke und Daniel Bahr ein Positionspapier vorgelegt, in dem die Ergebnisse der ersten vier Sitzungen dargestellt wurden. Die Vorträge und Diskussionen im Forum zeigten immer wieder deutlich: Die aktuelle wirtschaftliche Schiefelage Deutschlands und die Instabilität der sozialen Sicherungssysteme im Hinblick auf die künftigen demografischen Probleme unserer Gesellschaft sind strukturell bedingt. Korrekturen an einzelnen Stellschrauben der Systeme verschieben die Probleme bestenfalls kurzfristig in die Zukunft, tragen aber nicht zu ihrer langfristigen Lösung bei.

Zum Bundesparteitag 2005 in Köln wird ein umfassender Antrag zur Beratung vorlegt. Darin werden die Konsequenzen und Handlungsempfehlungen aus der zweijährigen konstruktiven Diskussion im Forum formuliert. ■

## II. 1.2. Forum 2: „Globalisierung – mehr als nur eine Frage der Marktwirtschaft“

**Vorsitz:** Markus Löning

Das Forum wurde am 2. Dezember 2002 eingesetzt und tagte bereits zum fünften Mal. Die Leitung des Forums wurde Barbie Haller und Markus Löning im Oktober 2004 vom Präsidium der FDP übertragen. Die Neubesetzung war wegen des Austritts von Martin Matz aus der FDP und des Verzichts von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger aufgrund der hohen Arbeitsbelastung erforderlich. Im Januar 2005 ist darüber hinaus René Hagemann-Miksits ausgeschieden, der das Forum von Seiten der Bundesgeschäftsstelle bis dahin betreut hat. Seine Aufgabe hat Helmut Metzner, Abteilungsleiter Strategien und Kampagnen, übernommen.

In seiner ersten Sitzung am 2. Juni 2003 konstituierte sich das Forum und steckte die Schwerpunkte und Ziele ab. Als Ziel wurde die Schärfung der Argumentation und die Vermittlung der FDP-Programmatik in die Öffentlichkeit definiert. Die Programmatik sollte vertieft, auf den neuesten Stand gebracht und mit Fakten untermauert werden. Für die öffentliche Wahrnehmung ist dabei die Zuspitzung der Argumentation von zentraler Bedeutung.

In der zweiten Sitzung am 8. Dezember 2003 stand die Bestandsaufnahme der Probleme durch die Globalisierung und die weitere Entwicklung im Vordergrund. Diskutiert wurden auch die Folgen des Scheiterns der WTO-Verhandlungen in Cancun und das Problem der internationalen Konkursverfahren.

Ein Thema, das sich aus der bis dahin erfolgten Diskussion ergeben hat, wurde in der dritten Sitzung am 29. März 2004 aufgegriffen. Anhand einer von Dr. Otto Lampe erarbeiteten Vorlage wurde über die Demokratisierung der globalen Institutionen diskutiert. Es bestand Einigkeit, dass der Ausbau der Transparenz, Rechenschaft und Kontrolle bei den internationalen Organisationen von zentraler Bedeutung und Kernpunkte eines Antrages für den Bundesparteitag sein sollten.

Neben einem Antrag der Jungen Liberalen zum Bundesparteitag wurde im Forum am 29. Januar 2005 ein Thesenpapier von den Vorsitzenden vorgestellt und diskutiert, das dann in der letzten Sitzung am 7. März 2005 schließlich endgültig beraten und beschlossen wurde.

Das Thesenpapier „Globalisierung – Freiheit, Menschenrechte und Marktwirtschaft weltweit durchsetzen“ ist ein Ergebniss des Forums, das zum Bundesparteitag 2005 als Antrag eingebracht wird und am 31. März 2005 in einem Pressegespräch interessierten Journalisten vorgestellt wurde. Weitere Fachjournalisten haben das Thesenpapier per Mail erhalten. ■

## II. 1.3. Forum 3: „Grundlagen der Wissensgesellschaft – Bildung, Werte, Kultur“

**Vorsitz:** Christoph Hartmann

### Präsenz Sitzungen:

13. September 2003, Saarbrücken  
30. Januar 2004, Berlin

### Arbeitsweise:

Aufgrund der zukunftsorientierten Ausrichtung des Forums haben sich die Teilnehmer dafür entschieden, in erster Linie virtuell zu arbeiten. Dazu nutzte das Forum seit dem 20. Oktober 2003 die virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Diskussion. So gab es z. B. Diskussionsrunden zur Lehrerbildung oder zur Ganztagschule.

Darüber hinaus haben sich die Mitglieder zu zwei Präsenzveranstaltungen getroffen. Im Mittelpunkt der konstituierenden Sitzung stand die Diskussion über die zu ziehenden Konsequenzen einer Synopse der teilweise diametral abweichenden Positionen im Bereich der Bildungspolitik in den einzelnen Bundesländern. Des Weiteren erfolgte eine Diskussion über „Schulen in privater Trägerschaft als Teil und Impulsgeber des öffentlich verantworteten Schulwesens“ auf Grundlage eines Vortrages des Forumsmitgliedes Dr. Peter Littig, DEKRA Akademie, und eine Einführung in die Problematik „Was sollen Lehrer der Zukunft können“.

In der zweiten Sitzung hat sich das Forum vor allem mit den Schwerpunkten „Selbständigkeit der Bildungseinrichtungen“ sowie „frühkindliche Bildung und Erziehung“ befasst. Dazu erfolgte ein Vortrag des Forumsmitgliedes Nelson Killius, McKinsey & Comp. Inc, zum Thema „Größere Autonomie der Schulen und eine konsequente Qualitätssicherung“. Des Weiteren führte der Forumsvorsitzende Christoph Hartmann in den Themenkomplex „frühkindliche Bildung“ ein.

### Ergebnisse:

Das Forum hat eine Synopse erarbeitet, die die zentralen bildungspolitischen Forderungen und Aussagen der FDP in den einzelnen Bundesländern als Grundlage für die Arbeit des Forums zusammengefasst hat.

Das zentrale Ziel hat das Forum mit der Erarbeitung des Antrages „Schule von ihren Fesseln befreien“ erreicht und diesen auf dem Bundesparteitag 2004 in Dresden eingebracht. Dieser Antrag ist in die Programmkommission verwiesen worden. ■

**Birgit Homburger für Bürokratieabbau in Deutschland unterwegs.**



## II. 1.4. Forum 4: „Bürgerpartei FDP – weniger Bürokratie, mehr Teilhabe“

**Vorsitz:** Birgit Homburger und Jan Mücke

Die konstituierende Sitzung des Forums fand am 27. Juni 2003 in Berlin statt. In der Folge wurden fünf weitere Beratungen, davon drei zweitägige Klausursitzungen durchgeführt.

Das Forum nahm zunächst eine Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland vor, die nach Auffassung der Mitglieder insbesondere durch fehlende Zukunftsvisionen, Reformstau, politische Zögerlichkeit und daraus entspringender Frustration und Unsicherheit der Bürgerinnen und Bürger geprägt ist. Dies wird als ganz wesentliche Ursache für die abnehmende Akzeptanz von Politik und Politikern gesehen. Dazu setzte sich das Forum auch in einer eingehenden Diskussion mit dem Phänomen der vielfältigen „Bürgerinitiativen“ auseinander, deren z. T. diffuse Zielstellungen einerseits das Problem mangelnder geistiger Führung in Deutschland aus einem anderen Blickwinkel heraus deutlich machen, andererseits als Beleg für das Bedürfnis der Bürger nach aktiver Mitwirkung an der Lösung der anstehenden Probleme gelten können. Auch im Verlaufe der Auseinandersetzung mit den Zielen und Inhalten der Bürgerinitiativen wurde das Thema Bürokratieabbau als eines der drängendsten Probleme identifiziert. Deshalb befasste sich das Forum im Verlaufe der weiteren Arbeit in einer breit angelegten, alle Facetten des Themas umfassenden Diskussion mit der Erarbeitung eines einschlägigen Antrages zum Bundesparteitag 2004 in Dresden.

Wesentlichster inhaltlicher Ansatzpunkt dabei war die zunehmende Einschränkung der Freiheitsräume der Bürger durch die bürokratische Überregulierung der Gesellschaft, die die Bürger in immer stärkere Abhängigkeiten drängt. Die Übernahme persönlicher Verantwortung wird so durch immer neue staatliche Interventionen eingeengt und behindert. Dies wächst sich in der Konsequenz zu einer ernstzunehmenden Bedrohung der Funktionsfähigkeit des Staates aus, der nach liberaler Auffassung seine Legitimation und Lebenskraft aus der aktiven Mitwirkung der Menschen bezieht.

Im genannten Antrag skizzierte das Forum anhand konkreter Maßnahmen zum Bürokratieabbau in allen Bereichen die Grundlinien des moderierenden Staates, der nach Auffassung der Mitglieder zwingend an die Stelle des derzeitigen intervenierenden Staates treten muss.

Anhand einer Fülle wesentlicher konkreter Forderungen zeigte der Antrag des Forums Möglichkeiten eines raschen und durchgreifenden Bürokratieabbaus auf und unterstützt damit auch die einschlägigen Initiativen und Aktivitäten der FDP-Bundestagsfraktion. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit vom Bundesparteitag 2004 in Dresden angenommen.

Die Arbeit des Forums, die wesentliche Impulse durch die Hinzuziehung auch externen Sachverständigen erhielt, ist als außerordentlich fruchtbar und weiterführend einzuschätzen, da über die Erarbeitung des genannten Antrages hinaus weitergehende Ansätze sowohl im Bereich Bürokratieabbau als auch im Themenfeld Teilhabe der Bürger diskutiert werden konnten. Dies wird in weitere Initiativen der Bundestagsfraktion als auch des Bundesvorstandes einfließen. ■

## II.2. Bundesfachausschüsse



### II. 2.1. Internationale Politik

**Vorsitz:** Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos

Im Februar 2003 übernahm Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos, Unternehmerin und Honorarprofessorin für US-Außenpolitik und Internationale Sicherheit an der Universität Potsdam, den Vorsitz des Bundesfachausschusses „Internationale Politik“ von Ulrich Irmer. Der Ausschuss, der insgesamt 122 Mitglieder umfasst, kam jeweils gemeinsam mit dem AK I „Internationale Politik“ der Bundestagsfraktion zusammen. Im Rahmen der Tagesordnung tagten jeweils die Unterausschüsse „Allgemeine Außenpolitik“, „Sicherheitspolitik“, „Europapolitik“ und „Globalisierungs- und Entwicklungspolitik“.

Zentrale Themen der ersten Tagung unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos am 14./15. März 2003 waren eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei und der Stand der transatlantischen Beziehungen. Dazu sprach der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Wolfgang Gerhardt als Gastredner des BFA. Auf Einladung der BFA-Vorsitzenden und des AK I - Vorsitzenden trafen die Delegierten mit dem Botschafter Italiens in Deutschland, Silvio Fagiolo, zum Abendessen zusam-

**Der Bundesfachausschuss „Internationale Politik“ tagte zusammen mit dem AK I der FDP-Fraktion sowie den FDP-Mitgliedern des MdEP im Januar 2005 in Brüssel auf Einladung der NATO. Auf dem Bild in der Mitte die Vorsitzende, Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos, links der Abgeordnete im Europäischen Parlament, Dr. Jorgo Chatzimarkakis, daneben die Europapolitische Sprecherin der FDP, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Rechts Dr. Rainer Stinner, Alexander Graf Lambsdorff und Helga Daub.**

men. Der Botschafter berichtete über die Prioritäten seiner Regierung zur bevorstehenden italienischen EU-Präsidentschaft.

Im Rahmen der Sitzung am 12./13. Dezember 2003 waren Themen: „Was ist die Ausgangslage der FDP?“ und „Profilierung der FDP im Ausland“. Es sprach dazu der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Wolfgang Gerhardt. Ferner wurde mit der Arbeit begonnen, für den Dresdener Parteitag am 4./5. Juni 2004 „Zehn liberale Leitthesen zum Transatlantischen Verhältnis“ zu erarbeiten. Am Abend lud die BFA-Vorsitzende die Bundesfachausschuss – sowie AK I - Mitglieder zu einem Festlichen Adventskonzert unter der Leitung des Chefs der „Philharmonie der Nationen“ Justus Frantz und anschließend zu einem Adventsdinner im Grand Hyatt Hotel Berlin ein.

Das erste Halbjahr 2004 stand ganz im Zeichen des Entwurfs „Zehn liberale Leitthesen zum Transatlantischen Verhältnis“. Auf seiner Sitzung am 23./24. April 2004 verabschiedete der BFA und seine Unterausschüsse das Papier, das am 26. April 2004 dem Bundesvorstand vorlag. Dieser hat nach eingehender Beratung den Antrag des BFA „Zehn liberale Leitthesen zum Transatlantischen Verhältnis“ sich auch zu eigen gemacht. Der gemeinsame Antrag wurde auf dem Dresdener Parteitag im Juni 2004 verabschiedet.

Am 24./25. September 2004 tagte der BFA „Internationale Politik“ wieder gemeinsam mit dem AK I der FDP-Bundestagsfraktion. Zentrales Thema der Sitzung war der Auftrag des Bundesvorstandes an den BFA, „Grundsätze der Freien Demokratischen Partei Deutschlands für eine Liberale Außenpolitik“ für den Kölner Parteitag am 5. bis 7. Mai 2005 zu erarbeiten. Die Vorsitzenden der Unterausschüsse des BFA, Allgemeine Außenpolitik (Dr. Rainer Stinner), Sicherheitspolitik (Helga Daub), Europapolitik (Alexander Graf Lambsdorff) und Entwicklung und Globalisierung (Marcus Löning) berichteten bereits in der September-Sitzung über erste Ergebnisse ihrer Beratungen, die daraufhin den einzelnen Landesfachausschüssen zur weiteren Bearbeitung weitergeleitet wurden.

Am 21./22. Januar 2005 fand die Tagung des BFA „Internationale Politik“ und des AK I der FDP-Bundestagsfraktion zusammen mit den FDP-EU-Parlamentariern vor Ort in Brüssel auf Einladung der NATO statt. Im Verlauf eines anspruchsvollen Besuchsprogramms referierten als Experten am 21. Januar 2005:

Martin Erdmann, Deputy Permanent Representative, Permanent Delegation of the Federal Republic of Germany to the NATO;

Lt.Gen. Thomas L. Baptiste, Deputy Chairman of the Military Committee zum Thema: *“NATO’s Military Transformation”*;

Dr. Stefanie Babst, Head NATO Countries, Public Diplomacy Division;

Matthew Kidd, Deputy Permanent Representative of the United Kingdom to NATO;

Marshall Billingslea, Assistant Secretary General for Defence Investment zum Thema *“NATO’s Role in Combating Terrorism”*; und

Dr. Jamie P. Shea, Deputy Assistant Secretary General for External Relations, Public Diplomacy Division zum Thema *“Transatlantic Relations”*.

Im Rahmen eines Abendessens sprach schließlich auf Einladung der BFA-Vorsitzenden Robert Cooper, Director-General for External and Politico-Military Affairs, Council of the European Union zum Thema *“Prospects and Mission of a European Foreign Policy”*.

Neben ca. 70 BFA-Mitgliedern nahmen an dem NATO-Programm auch zahlreiche FDP-Bundestagsabgeordnete sowie EU-Parlamentarier der FDP teil. Am 2. Tag in

Brüssel stand wieder die Arbeit des BFA und seiner Unterausschüsse an den „Grundsätzen der Freien Demokratischen Partei Deutschlands für eine Liberale Außenpolitik“ im Mittelpunkt.

Die letzte BFA-Sitzung vor dem Bundesparteitag in Köln fand am 4./5. März 2005 in Berlin statt. Zunächst sprach als geladener externer Experte der Politische Direktor des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Dr. Michael Schaefer, am 4. März 2005 zum Thema „Perspektiven der Transatlantischen Beziehungen“. Im Anschluss stand er den BFA- und AKI-Delegierten für eine Stunde zur Diskussion zur Verfügung. Anschließend wurden die letzten Beratungen und einzelnen Anträge der Landesfachausschüsse zum Grundsatzpapier „Grundsätze der Freien Demokratischen Partei Deutschlands für eine Liberale Außenpolitik“ im Plenum behandelt und verabschiedet. Das BFA-Grundsatzpapier wird dem Bundesvorstand am 4. April 2005 vorliegen mit der Bitte, dieses als gemeinsamen Antrag in den Kölner Parteitag zu geben und möglichst eine Verabschiedung zu erreichen. ■

### Wussten Sie,

■ dass die FDP in vier Landesregierungen direkte Regierungsverantwortung trägt?

## II. 2.2. Wirtschaft und Arbeit

**Vorsitz:** Dr. Klaus von Lindeiner  
**Stellvertreter:** Michael Denzin, Patrick Döring,  
Ulrike Kuhlo

Bei der Neukonstituierung der Bundesfachausschüsse durch den im Mai 2003 in Bremen gewählten Bundesvorstand wurde der bis dahin bestehende Bundesfachausschuss Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik aufgeteilt: in einen BFA Finanzen und Steuern und einen BFA Wirtschaft und Arbeit. Damit wurde in etwa der bis 1997 bestehende Zustand wieder hergestellt, unserem Ausschuss allerdings zusätzlich

### Wussten Sie,

■ dass nach der Europawahl im Jahr 2004 88 liberale Abgeordnete die Alliance of Liberals and Democrats for Europe bilden?

zu seinen „klassischen“ Feldern Ordnungs- und Wettbewerbspolitik – in Anlehnung an das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit – die Zuständigkeit für Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht zugewiesen. Unbeschadet der Aufteilung des bisherigen Ausschusses wird zur Thematik „Finanzen und Steuern“ auch fürderhin Verbindung gehalten: durch eine personelle Verflechtung sowie durch übergreifende Arbeitsgruppen, z. B. bei den Themen „Unternehmensbesteuerung“ sowie „Finanzierung des weiteren Aufbaus Ost“.

Nach wie vor sieht der BFA seine wichtigste Aufgabe in der Entwicklung grundsätzlicher und langfristiger Lösungskonzepte zu den zentralen Problemen unserer Wirtschaftsordnung und den aktuellen, konkret bestehenden Defiziten deutscher mittelständischer und großer Unternehmen im globalen Wettbewerb. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion nimmt der Ausschuss bei Bedarf auch zu allen aktuellen Themen des AK II Stellung. Schließlich unterstützt er die Partei bei Kampagnen zu den dem BFA anvertrauten Politikfeldern.

Im Berichtszeitraum 2003 bis 2005 kam der BFA zu sechs regulären Plenarsitzungen und einer Sondersitzung zusammen. Ergänzend fanden eine größere Zahl von Sitzungen der Unterausschüsse „Mittelstandspolitik“ unter Leitung von Peter-Jürgen Rau, „Europawahlprogramm“ (Klaus Stöver), „Wirtschaftliche Aspekte der Gesundheitspolitik“ (Kurt Hansen/Albert Cuntze) sowie „Energiepolitik“ (Michael Denzin, danach Klaus Bünger) statt. Wir verstehen es als Zeichen besonderer Wertschätzung unserer Arbeit, dass der stellvertretende Bundesvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle an nahezu jeder Sitzung teilgenommen hat. Ebenso wertvoll war für uns die ebenso häufige Präsenz von Gudrun Kopp zu den Schwerpunkten Wettbewerb und Energiepolitik.

Als Neuerung in diesem Berichtszeitraum waren wir dreimal zu Gast bei der FDP angehörenden Landeswirtschaftsministern, im September 2003 bei Walter Döring in Stuttgart, im Dezember 2003 bei Hans-Artur Bauckhage in Mainz und im Dezember 2004 bei Walter Hirche in Hannover. Unter Beteiligung der wirtschaftspolitischen Sprecher der jeweiligen Landtagsfraktion wurden wir umfassend über die Probleme der regionalen Wirtschaft und die Lösungsansätze unserer Minister informiert, bis hin zu Fragen der Koalitionspolitik und der Haltung des betreffenden Landes zu umstrittenen Entscheidungen im Bundesrat. Gerade durch diese Einsichtnahme in die tägliche Praxis liberaler Wirtschaftspolitik vor Ort wurde unsere programmatische Arbeit wesentlich befruchtet. In der kommenden Amtsperiode steht ein Besuch bei Horst Rehberger in Magdeburg an.

Die wichtigsten Arbeitsergebnisse unseres BFA in der Amtsperiode 2003 bis 2005:

- Das von unserem Ausschuss erarbeitete Grundsatzprogramm „Mehr Wettbewerbsgleichheit für den Mittelstand“ wurde beim Bundesparteitag in Dresden nahezu einstimmig verabschiedet. Der bewusst gewählte Titel dieses Programms deutet bereits seine Zielrichtung und sein die Einzelforderungen übergreifendes Leitmotiv an: Es geht für mittelständische Unternehmen und Freie Berufe um die Beseitigung von Diskriminierungen und Sonderlasten sowie um einen fairen Ausgleich für die Nachteile, unter denen der Mittelstand auf vielen Feldern – z. B. Steuern, Bürokratie, Arbeits- und Tarifrecht – derzeit leidet. Der Ausschuss will mit dieser Initiative die FDP in ihrer Tradition als „Partei des Mittelstandes“ stärken. Viele wesentliche Forderungen des Programms finden sich in dem Antrag der Bundestagsfraktion „Anti-Benachteiligungsgesetz für den deutschen Mittelstand auf den Weg bringen“ vom 20. Januar 2005 wieder.
- Umfassende Beiträge zu dem vom Europatag in Saarbrücken beschlossenen FDP-Programm zur Europawahl 2004: Forderungen zur Wirtschafts-, insbesondere Arbeitsmarktpolitik, sind weitestgehend im BFA entwickelt worden. Hauptkritikpunkte am damaligen Entwurf des EU-Verfassungsvertrags: die fehlende Absicherung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, die damals noch fehlende Aufnahme der Geldwertstabilität in den Zielkanon von Art. 3 und ihre Aufweichung, die missverständlich formulierte Zuständigkeit der EU für die „Daseinsvorsorge“.
- Ein eigener Unterausschuss befasste sich mit der Gesundheitsreform aus ordnungspolitischer Sicht. Einige wichtige Anregungen des BFA wurden in den Beschluss des Bundesparteitages in Dresden übernommen. Der Ausschuss hat sich vorgenommen, das Thema im Zuge der Vorbereitung des Programms für die Bundestagswahl 2006 weiter konstruktiv kritisch zu begleiten.



### Lob für die FDP

Danke für die schnelle Antwort. Sie waren die einzige Partei, die noch so spät „offen“ hatte. Bei der Union hieß es: „Ich habe doch gesagt, hier ist der Besucherdienst. Woher soll ich denn sowas wissen? Rufen Sie gefälligst zu den Geschäftszeiten an!“

Terence Freibier

- Für den Bundesparteitag 2005 in Köln hat der BFA in intensiver Beratung mit der energiepolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion, Gudrun Kopp, einen Grundsatzantrag zur Energiepolitik und einen Antrag für Wettbewerb auf den Energiemärkten eingebracht. Wesentliche Leitprinzipien: so viel Markt und so wenig Bürokratie wie möglich, Trennung von Stromnetzen einerseits und Produktion und Vertrieb andererseits sowie die Abkehr von der Politik, die ohnehin schon hohen deutschen Energiepreise durch nicht-wirtschaftliche Ziele weiter zu verteuern. Weitere Anträge: Arbeit und Bildung; Pressefreiheit.

Sonstige, in der Form von Anträgen oder Stellungnahmen an den Bundesparteitag, den Bundesvorstand oder die Fraktion behandelte Einzelthemen beispielhaft:

- An der Pflichtmitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern wird festgehalten; der BFA verbindet dies jedoch mit konkreten Reformforderungen an die Kammern, insbesondere den Verzicht auf Dienstleistungen, bei denen die Kammern in Wettbewerb zu ihren Mitgliedsfirmen stehen.
- Beim Thema „Handwerksordnung“ hat sich der BFA zwar für die Erhaltung des Meisterbriefes als historisch gewachsenem, noch heute gültigem Qualitätsmerkmal des deutschen Handwerks ausgesprochen. Dieser sollte jedoch nicht mehr Zugangsvoraussetzung für die Gründung eines selbständigen Betriebes sein.

- Beim Thema „Föderalismusreform“ unterstützte der BFA mit konkreten Anregungen voll die Position der FDP-Vertreter in der Bundesstaatskommission.
- Nachdrücklich begrüßt wird die Initiative von Rainer Brüderle, die seit 1976 bestehende paritätische Unternehmens-Mitbestimmung abzuschaffen und in den Aufsichtsräten von Großunternehmen wieder zu der davor geltenden so genannten „Drittelparität“ zurückzukehren. Eine besondere Profilierungschance für die FDP: Mit dieser Initiative einer Gegenposition zu „Rot-Grün“ und Bundeskanzler Schröder beweist die FDP zugleich Eigenständigkeit gegenüber der Union.
- Der BFA befürwortet das Konzept, dringend erforderliche Verkehrsinvestitionen durch Privatfinanzierung zu beschleunigen.



### II. 2.3. Finanzen und Steuern

**Vorsitz:** Hermann Rind  
**Stellvertreter:** Matthias Lefarth, Siegfried Pick

Der BFA Finanzen und Steuern ist in dieser Amtsperiode erstmals wieder auf Beschluss des Bundesvorstands – vom früheren BFA Wirtschaft, Finanzen und Steuern abgetrennt – als eigener BFA tätig geworden.

Er begründete in seiner konstituierenden Sitzung folgende Unterausschüsse:

1. Umsatzsteuer  
**Vorsitz:** Siegfried Pick
2. Unternehmenssteuerreform  
**Vorsitz:** Dr. Hans-Jürgen Lethaus
3. Finanzverfassung  
**Vorsitz:** Gerhard Schüssler
4. Aktuelle Steuergesetzgebung  
**Vorsitz:** Hermann Rind
5. Finanz- und Kapitalmärkte  
**Vorsitz:** Brigitte Bremer
6. Finanzierung Aufbau Ost  
**Vorsitz:** Dr. Lydia Hüskens

In den UA Finanz- und Kapitalmärkte und Finanzierung Aufbau Ost arbeiten Mitglieder der BFAs Wirtschaft und Finanzen und Steuern zusammen.

Zahlreiche Mitglieder unseres BFA haben sich zudem an der Arbeit der Kommission Bürgergeld – Negative Einkommensteuer beteiligt.

Seitens der Bundesregierung gab es in dieser Amtsperiode keine großen steuerpolitischen Vorhaben. Nachdem in der Periode davor unsere Arbeiten am „Berliner Entwurf – Die neue Einkommensteuer“ mit dem Beschluss des Bundesparteitags in Dresden abgeschlossen waren, haben wir uns den weiteren anstehenden Reformvorhaben zugewandt.

- Der UA Umsatzsteuer hat u.a. Konzepte zur Ist-Besteuerung und zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs sowie zum Abbau von Subventionen beim ermäßigten Steuersatz entwickelt.
- Der UA Finanz- und Kapitalmärkte befasste sich mit Fragen der Finanzierung des Mittelstands und dem Regelungsbedarf bei neuen Kapitalmarktinstrumenten.
- Der UA Finanzverfassung hat die Arbeit unserer Mitglieder in der Föderalismuskommission begleitet.
- Der UA Finanzierung Aufbau Ost, am 12. November 2004 neu eingesetzt, hat seine Arbeit erst zu Beginn des Jahres 2005 aufgenommen. Ziel seiner Arbeit ist es, Konzepte für eine bessere Verteilung der Mittel „Aufbau Ost“ in stärkerer Verantwortung der neuen Bundesländer vorzulegen.

Ein Schwerpunkt im Berichtszeitraum war die Entwicklung eines Konzepts zur Reform der Unternehmensbesteuerung, gemeinsam mit der Bundestagsfraktion unter tatkräftiger Unterstützung von Hermann-Otto Solms. Dieses ausgereifte Konzept, welches dem Bundesparteitag zur Beschlussfassung vorliegt, sichert der FDP erneut die Meinungsführerschaft in der derzeitigen Diskussion zu diesem Thema.

Nach der Entwicklung eines Konzepts zur Reform der Gemeindefinanzen unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Pinkwart und der Vorlage eines ausformulierten Einkommensteuer-Reformgesetzes unter Leitung von Dr. Hermann-Otto Solms, ergänzt durch das Konzept Bürgergeld – Negative Einkommensteuer ist dies ein weiterer Meilenstein liberaler Steuerpolitik, auf den die Partei stolz sein kann.

Unsere Arbeit erfolgte in ständigem Kontakt mit der Bundestagsfraktion. Davon zeugt die regelmäßige Teilnahme von Dr. Hermann-Otto Solms. Prof. Dr. Andreas Pinkwart und Dr. Volker Wessing haben ebenfalls unsere Arbeit aktiv begleitet. Der BFA hat in dieser Amtsperiode vier Sitzungen abgehalten, die vorbereitenden Arbeiten haben in zahlreichen Sitzungen der Unterausschüsse stattgefunden. ■

### II. 2.4. Ernährung und Landwirtschaft

**Vorsitz:** Hans-Michael Goldmann

Der Bundesfachausschuss „Ernährung und Landwirtschaft“ traf sich in der letzten Amtszeit zu fünf ordentlichen Sitzungen: 1. November 2003 in Hannover, 27./28. Februar 2004 in Potsdam, 25./26. Juni 2004 in Bad Emstal, 10./11. September 2004 in Bautzen und 5. März 2005 in Hannover. Außerdem gab es jeweils zur Internationalen Grünen Woche 2004 und 2005 ein optionales Besuchsprogramm für den BFA und am 22. Januar 2005 tagte eine Arbeitsgruppe des BFA zur Zuckermarktreform.

Der Arbeitsschwerpunkt des BFA lag in den letzten zwei Jahren bei der Ausgestaltung der nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform und bei der Reform der europäischen Zuckermarktordnung. Daneben hat sich der BFA unter Hinzuziehen von externem Sachverstand immer mit aktuellen Themen wie Hochwasserschutzgesetz,

Bei der Tagung im Institut für Agrartechnik in Potsdam konnten sich die BFA-Mitglieder aus erster Hand über die Möglichkeiten der nachwachsenden Rohstoffe informieren und sich davon überzeugen, welche großen Potenziale für die Landwirte in diesem Bereich gegeben sind. Der BFA beschäftigte sich auch ausführlich mit den Risiken und Chancen der grünen Gentechnik und unterstützte den Kurs der Bundestagsfraktion und insbesondere von Dr. Christel Happach-Kasan, die innovativen Chancen herauszustellen und gegen die Verweigerungshaltung der grünen Ministerin Position zu beziehen.

In Bad Emstal besichtigten 28 BFA-Teilnehmer den Gutsbetrieb Merxhausen und ließen sich die Umstrukturierung des staatlichen hessischen Forstwesens zu Hessen-Forst erläutern. In einem weiteren Vortrag wurde dem BFA verdeutlicht, welche Fortschritte es bei Tiertransporten im Hinblick auf den Tierschutz gegeben hat und dass die eigentlichen Probleme durch mangelnde Kontrollen im Ausland verursacht werden sowie beim Zusammenfahren der Tiere vor Ort entstehen.



Guido Westerwelle auf der Grünen Woche in Berlin.

Tierarzneimittelgesetz, Futter- und Lebensmittelgesetz, EEG, Legehennen- und Schweinehaltungs-Verordnung, Dioxin in Hühnereiern, Paratuberkulose bei Rindern und anderen grundsätzlichen Themen der Landwirtschaft beschäftigt.

In Hannover referierte als Gast der Präsident des niedersächsischen Landvolkes, Werner Hilse, über die Auswirkungen der EU-Agrarreform auf die Landwirtschaft. Im Anschluss erarbeitete der BFA eine Position, wie der Übergang zur Flächenprämie ausgestaltet sein sollte.

In Bautzen setzten wir uns erstmals mit den Vorschlägen der EU-Kommission zur Reform der europäischen Zuckermarktordnung auseinander. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit einer umfassenden Reform bestätigt. Der BFA setzte deshalb eine Arbeitsgruppe ein, die Leitlinien für eine WTO-konforme Reform erarbeiten sollte. Weiterhin hatten wir Gelegenheit, mit dem Staatssekretär im brandenburgischen Landwirtschaftsministerium, Dietmar Schulze, über die Situation und die Probleme der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern zu diskutieren. Hierbei kamen unter

anderem die Themen BVVG und landwirtschaftliche Altschulden zur Sprache.

Im März 2005 befassten sich die BFA-Mitglieder in Hannover noch einmal intensiv und kontrovers mit der Reform der Zuckermarktordnung. Es wurde deutlich, dass die Betroffenheit der Zuckerrübenbauern nur schwer in Einklang zu bringen ist mit sehr notwendigen Reformen. Zwischenzeitlich konnte zwischen dem Beschlusspapier der FDP-Bundestagsfraktion und der Position des BFA weitestgehend Einigung erzielt werden: Reform mit Augenmaß.

In zwei Vorträgen beschäftigte sich der BFA außerdem nochmals mit dem Thema der „Landwirt als Energiewirt“ und ließ sich über die Potenziale der Wasserstofftechnik insbesondere für die Landwirtschaft unterrichten. Globalisierung und Leistungsdruck auf Landwirte, das hohe Leistungspotential der Ernährungswirtschaft, Marktzwänge der Fleischwirtschaft, aber leider auch ständige „grüne Attacken“ gegen die konventionelle, qualitätsstarke Landwirtschaft prägen immer wieder die aktuelle Diskussion im BFA.

Der BFA Ernährung und Landwirtschaft hat durch seine engagierte Arbeit entscheidend dazu beigetragen, die fachliche Arbeit der Bundestagsfraktion und der Partei insgesamt zu verbessern. Er hat Anteil daran, dass das unternehmerische, marktorientierte liberale Agrarprofil geschärft wurde und zunehmende Akzeptanz gefunden hat. Für die besonderen Herausforderungen der Agrarwirtschaft – EU-Erweiterung, EU-Agrarreform, Globalisierung – hat er gute Antworten entwickelt.

Insgesamt ist der BFA Ernährung und Landwirtschaft zu „agrarlastig“. In Zukunft ist der Bereich Ernährung, der eine außergewöhnlich bedeutende Wirtschafts- und Arbeitsmarktkraft darstellt auszubauen, der Bereich Verbraucherschutz muss mit klarem liberalem Informationsprofil unbedingt mehr Gewicht bekommen. ■

### Wussten Sie,

■ dass die Pressestelle der FDP im Jahr 2004 496 fdk's („freie demokratische Korrespondenz“) herausgegeben hat?

### II. 2.5. Soziales

**Vorsitz:** Michael Kauch

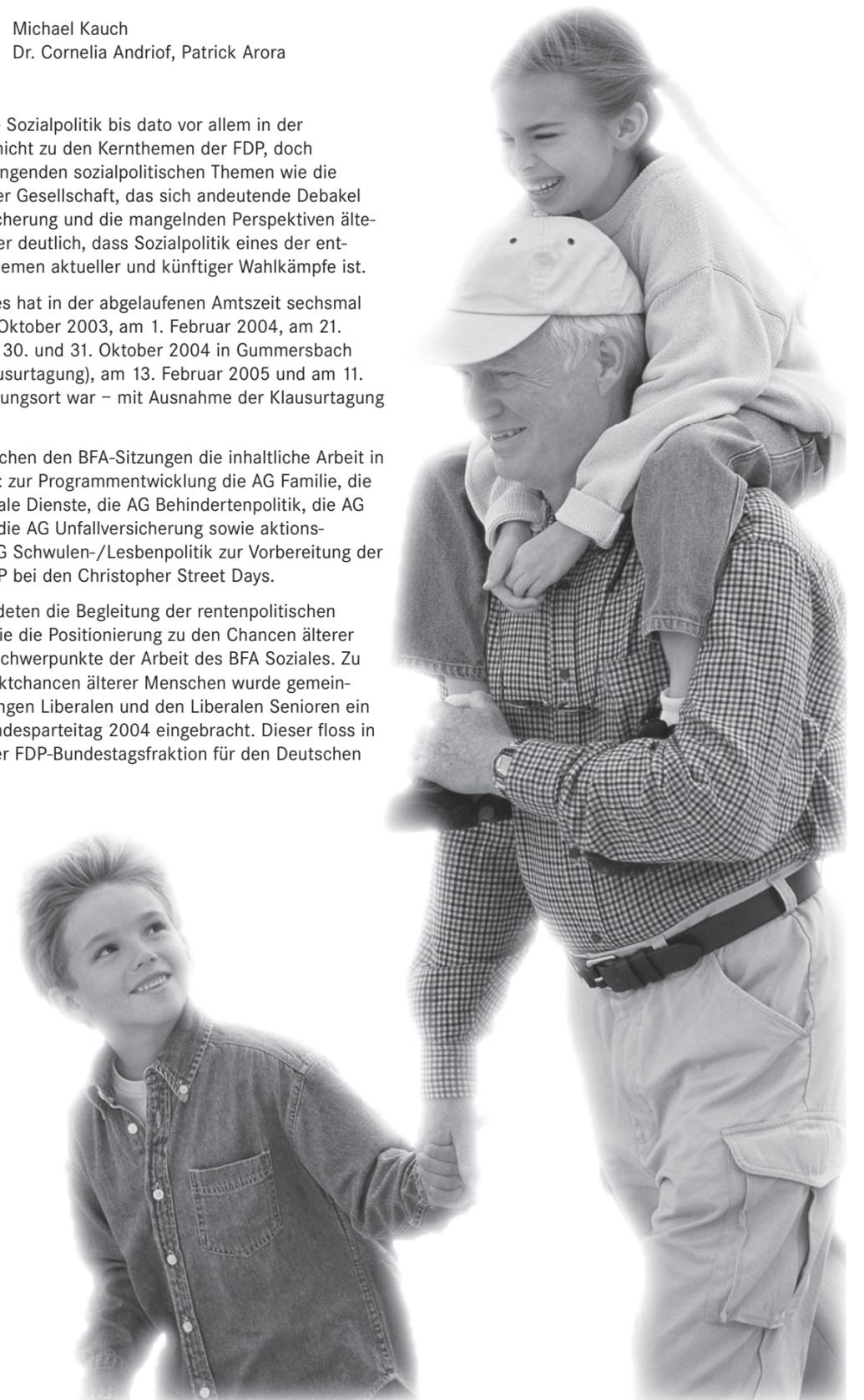
**Stellvertreter:** Dr. Cornelia Andriof, Patrick Arora

Zwar gehört die Sozialpolitik bis dato vor allem in der Außenwirkung nicht zu den Kernthemen der FDP, doch machen die drängenden sozialpolitischen Themen wie die Überalterung der Gesellschaft, das sich andeutende Debakel der Pflegeversicherung und die mangelnden Perspektiven älterer Arbeitnehmer deutlich, dass Sozialpolitik eines der entscheidenden Themen aktueller und künftiger Wahlkämpfe ist.

Der BFA Soziales hat in der abgelaufenen Amtszeit sechsmal getagt: am 19. Oktober 2003, am 1. Februar 2004, am 21. März 2004, am 30. und 31. Oktober 2004 in Gummersbach (zweitägige Klausurtagung), am 13. Februar 2005 und am 11. März 2005. Tagungsort war – mit Ausnahme der Klausurtagung – Berlin.

Hinzu kam zwischen den BFA-Sitzungen die inhaltliche Arbeit in Arbeitsgruppen: zur Programmentwicklung die AG Familie, die AG Pflege/Soziale Dienste, die AG Behindertenpolitik, die AG Migranten und die AG Unfallversicherung sowie aktionsorientiert die AG Schwulen-/Lesbenpolitik zur Vorbereitung der Präsenz der FDP bei den Christopher Street Days.

2003/2004 bildeten die Begleitung der rentenpolitischen Diskussion sowie die Positionierung zu den Chancen älterer Arbeitnehmer Schwerpunkte der Arbeit des BFA Soziales. Zu den Arbeitsmarktchancen älterer Menschen wurde gemeinsam mit den Jungen Liberalen und den Liberalen Senioren ein Antrag zum Bundesparteitag 2004 eingebracht. Dieser floss in einen Antrag der FDP-Bundestagsfraktion für den Deutschen Bundestag ein.





2004/2005 standen die Themen Generationengerechtigkeit, Familie und demographischer Wandel im Fokus. Der BFA legt zum Bundesparteitag 2005 einen Antrag zur Reform der Pflegeversicherung vor, der eine langfristige Privatisierung der Pflegeversicherung im Kapitaldeckungsverfahren zum Ziel hat. Weiter bringt der BFA einen Antrag zur Zuspitzung der familienpolitischen Aussagen ein, der das spezifisch Liberale an unserer Familienpolitik herausarbeitet und zugleich neue inhaltliche Akzente, etwa bei der finanziellen Familienförderung und der Elternzeit setzt.

Anregungen an die Bundestagsfraktion gab der BFA im Rahmen der Programmentwicklung sowohl zum sozialen Ausgleich bei der Privatisierung der Krankenversicherung,

zum konkretisierten Bürgergeldkonzept, zum Migrationspapier und zum Familienpapier der Fraktion sowie zum Antidiskriminierungsgesetz.

Vorarbeiten für die weitere Programmarbeit bis zur Bundestagswahl wurden geleistet im

Blick auf die Reform der Unfallversicherung, die Entbürokratisierung der Pflege sowie insgesamt zum Thema „Mehr Markt, weniger Bürokratie im Sozialmarkt“. Diese sollen dann vom neu einzusetzenden BFA Soziales für das Wahlprogramm weiter bearbeitet werden. ■

### Wussten Sie,

■ dass im Berichtszeitraum 45 Newsletter der Generalsekretärin auf elektronischem Wege verschickt wurden?

### II. 2.6. Gesundheitspolitik

**Vorsitz:** Dr. Elisabeth Pott  
**Stellvertreter:** Christian Weber

Die Sitzungen des BFA Gesundheitspolitik fanden am 1./2. Oktober 2004 statt. Die Mitglieder des BFA haben sich in vielfältiger Weise an Kommissionen, Tagungen und Kongressen der Partei oder Fraktion beteiligt.

Folgende gesundheits- und sozialpolitische Themen wurden diskutiert und teilweise auch als Anträge zur Beschlussfassung vorbereitet

- Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG)
- Reformkonzept für die Gesundheitspolitik der FDP
- Situation der Pflegeversicherung, Reformbedarf, neue Modelle
- Telematik im Gesundheitswesen
- Krankenversicherungsschutz zukunftssicher gestalten (Antragsformulierung)
- Stärkung der Prävention (Antragsformulierung)

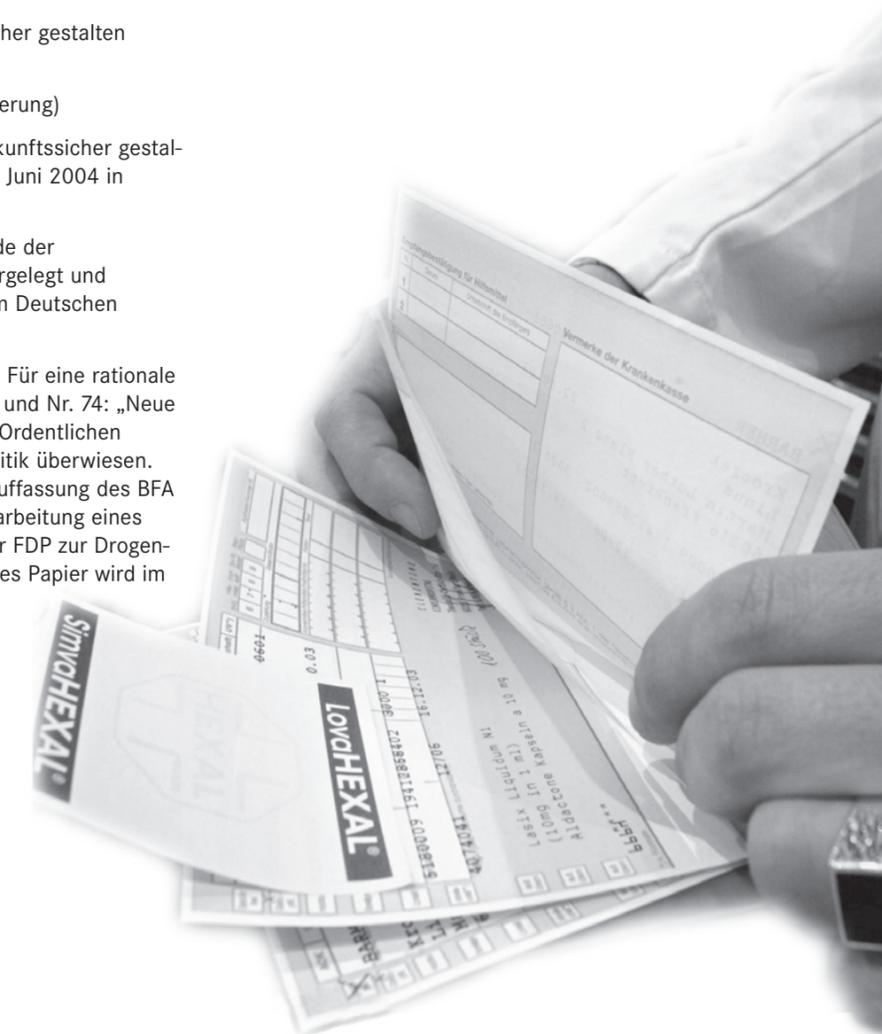
Der Antrag „Krankenversicherungsschutz zukunftssicher gestalten“ wurde in den Bundesparteitag am 5./6. Juni 2004 in Dresden eingebracht.

Der Antrag zur Stärkung der Prävention wurde der Bundestagsfraktion zur Beschlussfassung vorgelegt und ist inzwischen als Antrag der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag eingebracht worden.

Die Anträge Nr. 71: „Umgang mit Cannabis – Für eine rationale und verantwortungsbewusste Drogenpolitik“ und Nr. 74: „Neue Wege in der Drogenpolitik“ wurden vom 55. Ordentlichen Bundesparteitag an den BFA Gesundheitspolitik überwiesen. Die Beratung zu diesen Anträgen hat nach Auffassung des BFA Gesundheitspolitik die Notwendigkeit der Erarbeitung eines umfassenden aktuellen Grundsatzpapiers der FDP zur Drogen- und Suchtpolitik deutlich gemacht. Ein solches Papier wird im BFA z. Zt. erarbeitet. ■

### Wussten Sie,

■ dass die Dienstfahrzeuge des Bundesvorsitzenden und der Generalsekretärin allein im vergangenen Jahr jeweils über 70.000 Kilometer unterwegs waren?



## II. 2.7. Innen und Recht

**Vorsitz:** Corinna Werwig-Hertneck  
**Stellv. Vorsitz:** Dr. Max Stadler,  
Dr. Matthias Schulenberg

Der Bundesfachausschuss Innen und Recht hat seit dem Stabwechsel von Herrn Bundesminister a.D. Prof. Dr. Schmidt-Jortzig am 30. Juni 2003 den Vorsitz gewechselt. Nach wie vor tagt der Fachausschuss jedoch im Frühjahr und im Herbst eines jeden Jahres in Berlin, so in den Sitzungen am 24./25. Oktober 2003 und 5./6. März 2004 und 1./2. Oktober 2004 und 18./19. Februar 2005. An den Sitzungen nehmen regelmäßig etwa fünfzig bis sechzig liberale Rechtspolitikerinnen und Rechtspolitiker aus Bund und Ländern teil, so dass die umfangreichen Tagesordnungen in konzentrierter und straffer Weise abgearbeitet werden müssen.

Das hohe Niveau der juristischen wie politischen Arbeit, das nach wie vor beachtliche Ansehen des Ausschusses und das gute Miteinander in diesem Gremium sind besonders hervor zu heben.



In den zurück liegenden vier Sitzungen wurde heftig um Empfehlungen an die Bundestags- wie Landtagsfraktionen gerungen, die die Bereiche Zuwanderungsgesetz (Voraussetzungen, Härtefall-Kommissionen etc.) und die wieder einmal gescheiterte Föderalismusreform betrafen. Auch bei liberalen Fachleuten gehen die Meinungen auseinander, wenn Zentralisten und Föderalisten Vorschläge für Bildungseinrichtungen (Schulen, Hochschulen) oder für eine Dienstrechtsreform machen müssen.

Ursprünglich hatte sich der Fachausschuss zu einem Beschluss dahin gehend durchgerungen, den Wettbewerb unter den Ländern entscheidend zu stärken und eine klare Aufgabentrennung zwischen Bund und Ländern zu erreichen. Nun wird jedoch in Einzelfragen Konsens herzustellen sein.

Im innenpolitischen Arbeitsbereich wurden viele weitere Fragen erörtert wie zum Beispiel die Stellung der FDP zu Kopftuchverboten in den Ländern und zum Vorschlag eines Kinderwahlrechtes.

Im rechtspolitischen Arbeitsbereich wurden neben Fragen zur anonymen Geburt, zum Betreuungsrecht, der Sterbehilfe und Patientenverfügung, zur Strafbarkeit von Zwangsheirat und von heimlichen Vaterschaftstests sowie zum Folterverbot oder gar zur Pressefreiheit contra Persönlichkeitsschutz nach einem Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erörtert sowie Beschlüsse gefasst. Nachdem Länderregierungen mit FDP-Beteiligung („F-Länder“) trotz ablehnender Empfehlung des Fachausschusses unterschiedlich zur Frage präventiver Telefonüberwachung entschieden hatten, wurden engagierte Diskussionen innerhalb des Gremiums geführt. Ein Beschluss des Fachgremiums zur Reform der strafprozessualen Telefonüberwachung wurde auf dem Bundesparteitag 2004 in Dresden zum Bundesparteitag 2005 in Köln verwiesen und wird sicher zu engagierten weiteren Debatten führen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur akustischen Wohnraumüberwachung wurde in den daraus zu ziehenden gesetzgeberischen Folgerungen ebenfalls besprochen.

Zwei Arbeitsgruppen wurden eingesetzt zur Erarbeitung von Reformvorschlägen bezüglich der Altersversorgung von Abgeordneten (zusammen mit dem Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales) und zur Befassung mit Entwicklungen im Innen- und Rechtsbereich auf europäischer Ebene. Beschlüsse zum EU-Haftbefehl wurden ebenso gefasst wie zum europäischen Verfassungsvertrag und den rechtlichen Voraussetzungen für ein entsprechendes Referendum im Rahmen der immer wieder neu auftretenden Frage plebiszitärer Elemente.

Die Länderminister schilderten die Beschlüsse zu verschiedenen Justizreformen, die angesichts knapper werdender Kassen an Kernbereiche des Justizgewähranspruches der Bürgerinnen und Bürger reichen können aber nicht müssen, zum Beispiel die Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeiten, die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens oder Teile des Strafvollzuges. ■

## II. 2.8. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

**Vorsitz:** Ulrike Flach  
**Stellv. Vorsitz:** Eckhard Behrens,  
**Vorsitz:** Prof. Dr. Gunter Schaumann

Nachdem der Bundesvorstand Ulrike Flach, unmittelbar nach der Wahl des Bundesvorstandes auf dem 54. Bundesparteitag der FDP in Bremen, zur Vorsitzenden des Bundesfachausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ernannt hatte, konnte sich der BFA am 25. Oktober 2003 in Berlin neu konstituieren. Nach der konstituierenden Sitzung tagte der BFA BWFT im Berichtszeitraum am 6. März 2004, 4. Dezember 2004 und 19. März 2005.

Zur Vorbereitung der Tagungen des BFA führten der Unterausschuss Schulen/Berufliche Bildung unter Leitung von Ulf Andersen, der UA Wissenschaft und Hochschulen unter der Leitung von Eckhard Behrens und der UA Forschung und Technologie unter der Leitung von Prof. Dr. Gunter Schaumann gesonderte Arbeitssitzungen durch.

Die Vorsitzende, Ulrike Flach, unterbreitete den Mitgliedern des BFA Vorschläge für mögliche zu behandelnde Themenschwerpunkte, die zugleich die Arbeit der Unterausschüsse mit bestimmen.

**UA Schule und Berufsbildung:**  
Neue Wege der Lehrerausbildung, Schulrahmengesetz

**UA Hochschule:**  
Private und staatliche Hochschulen, Vernetzung von Fachhochschulen und Universitäten

**UA Weiterbildung – e-learning:**  
Lebenslanges Lernen – Weiterbildung, Duales System, Durchgängigkeit der Berufsausbildung im Bildungssystem



### UA Forschung und Technologie:

Anforderungen an ein künftiges 7. Europäisches Forschungsrahmenprogramm, Umsetzungen der Empfehlungen des „Forums Forschungsförderung“ des Wissenschaftsrates, Kerntechnische Sicherheitsforschung, Vorbereitung eines 5. Energieforschungsprogramms, Forschung und Entwicklung in KMU

In Vorbereitung des 55. Bundesparteitages in Dresden wurden folgende Anträge dem Bundesvorstand übermittelt:

- Frühkindliche Bildung – bestmögliche Förderung und Forderung für alle
- Thesen zur beruflichen Bildung
- Liberale Eckpunkte für eine Studienfinanzierung
- Fairer Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Hochschulen
- Zukunftsorientierte Energieforschung für eine nachhaltige Energieversorgung

Folgende Anträge wurden vom BFA im Plenum abschließend behandelt und dem Bundesvorstand in seiner Sitzung am 4. April 2005 mit der Bitte um Überweisung an den 56. Bundesparteitag in Köln übersandt:

- Fairer Wettbewerb für Schulen in freier Trägerschaft
- Den Elementarbereich der Bildung mit Vorrang verstärken
- Neuordnung der Lehrerbildung und Anstellung in Vielfalt und Wettbewerb. ■



## II. 2.9. Umwelt, Landesplanung und Raumordnung

**Vorsitz:** Birgit Homburger  
**Stellvertreter:** Hartmut Siekmann, Hartmut Stiller

Der Bundesfachausschuss Umwelt, Landesplanung und Raumordnung kam im Berichtszeitraum zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen. Er tagte in Berlin am 17./18. Oktober 2003 sowie am 2./3. April und 29./30. Oktober 2004, ferner am 14./15. Januar 2005 in Brüssel. Inhaltliche Schwerpunkte der Diskussion bildeten die Bereiche Klimaschutz, Chemikalienpolitik in der Europäischen Union im Eindruck des REACH-Entwurfs und die Abfallwirtschaft. Weiterführend wurden Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen Grundsätze der Umweltpolitik (Vorsitz: Frau Hatzmann), Europäische Umweltpolitik (Vorsitz: Prof. Dr. Oligmüller) und Wasserwirtschaft (Vorsitz: Frau Kühne) gebildet.

In der konstituierenden Sitzung am 17./18. Oktober 2003 wurden die politischen Eckpunkte für die weitere inhaltliche Befassung des BFA festgelegt. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Gastvorträge „Zukunftsfähigkeit der Kunststoffverwertung“ (Referent: Dr. Hermann Krähling, Geschäftsführer der Technologieentwicklungsgesellschaft für ökoefiziente Polymerverwertung mbH – Tecpol (Hannover)) sowie „Aktuelle Entwicklungen der europäischen Chemikalienpolitik“ (Referent: Norbert Theis, Verband der Chemischen Industrie – VCI (Verbindungsstelle Berlin)). Für den Bereich der Kunststoffverwertung wurde am konkreten unternehmerischen Beispiel deutlich, dass es entscheidend ist, dass die Politik und die abgeleiteten rechtlichen Vorgaben den Wirtschaftsakteuren die notwendigen Freiräume lassen, um die jeweils ökologisch und ökonomisch optimalen Verwertungskonzepte zum Einsatz zu bringen. Material- oder produktspezifische Vorgaben, das Erzwingen oder Diskriminieren spezifischer Verwertungswege sowie das Vorschreiben von Quoten behindern demgegenüber Innovationen und Kostensenkung. Das zweite Gastreferat widmete sich – im Eindruck des Antrags der FDP-Bundestagsfraktion „Leistungsfähigkeit der deutschen Chemiewirtschaft im europäischen Rahmen sichern“ vom 2. Juli 2003 – den Inhalten und Auswirkungen des Verordnungsentwurfs der EU-Kommission, mit dem die EU-Chemikalienpolitik neu geregelt werden soll (sog. REACH-Verordnung: Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals). Deutlich wurde, dass die Regelungen massive Auswirkungen nicht nur auf die Chemieindustrie, sondern auf die gesamte Wirtschaft haben werden. Darüber hinaus diskutierte der BFA den Themenbereich „Entsorgungssicherheit in den Ländern ab 2005“. Da sich ab dem 1. Juni 2005 die Rahmenbedingungen für die Abfallwirtschaft in Deutschland ändern, werden massive Investitionen in Anlagen zur Vorbehandlung von Abfällen erforderlich. Dies konfrontiert insbesondere die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger mit erheblichen Herausforderungen und verleiht den Vorstellungen der FDP zur marktwirtschaftlichen Reorganisation der deutschen Abfallwirtschaft besonderen Nachdruck und Aktualität.

Im Mittelpunkt der Sitzung vom 2./3. April 2004 standen die Themenbereiche „Abfalltrennung“ sowie „Erneuerbare Energien“ (unter Bezugnahme auf zugehörige Anträge sowie das energiepolitische Programm der FDP-Bundestagsfraktion). Ferner diskutierte der BFA die Themenbereiche Lärmschutz sowie Umwelthaftung unter Bezugnahme auf den FDP-Antrag „Haftungsregeln als eigenständiges Instrument europäischer Umweltpolitik“. In Fortführung und Weiterentwicklung der liberalen Konzepte zur Abfallwirtschaftspolitik der vergangenen Legislaturperiode stand der dem Bundestag vorgelegte FDP-Antrag „Mülltrennung vereinfachen, Haushalte entlasten“ im Mittelpunkt der Diskussion. Es wurde deutlich, dass das Thema herausragende Bedeutung aus Bundessicht sowie ein zunehmendes öffentliches Interesse findet. Der BFA diskutierte ferner die Programmatik und Arbeit der Föderalismus-Kommission, die sich im Zuge der angestrebten Neuordnung der Kompetenzverteilung zwischen Bund

und Ländern mit Blick auf das von der FDP seit langem geforderte Umweltgesetzbuch auch dem Bereich ökologischer Regelungskompetenzen gewidmet hat. Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildete eine Beschlussvorlage an den Bundestag zur Klimapolitik („Klimaschutz und Emissionshandel als zentrale Bestandteile liberaler Umweltpolitik“). Ausgangspunkt der Diskussion war die Feststellung, dass die FDP die Bundesregierung in den vergangenen Jahren wiederholt dazu aufgefordert hat, beizeiten Einfluss auf die Gestaltung des europäischen Emissionshandels zu nehmen, Deutschland rechtzeitig auf den Emissionshandel vorzubereiten, die damit verbundenen ökologischen und ökonomischen Chancen entschlossen zu nutzen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Deutschland die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls so schnell wie möglich nutzen kann. Die dazu gefassten Beschlüsse des BFA wurden von der FDP-Bundestagsfraktion in konkreten parlamentarischen Initiativen umgesetzt.

Nach Wiedereinzug der Liberalen in das Europaparlament erörterte der BFA auf seiner Sitzung am 29./30. Oktober 2004 aktuelle europäische Entwicklungen in den Themenbereichen REACH, europäische Bodenschutzstrategie, Revision der europäischen Recycling-Strategie sowie die anstehende Dienstleistungsrichtlinie im Zusammenhang mit den Aktivitäten zur Daseinsvorsorge. Auch im Eindruck eines Berichts über Bundestagsausschussanhörungen befasste sich der BFA ferner u. a. mit dem Hochwasserschutz, dem Umweltinformationsgesetz und dem Gesetz zur Strategischen Umweltpolitik. Darüber hinaus stand die Befassung mit planungsrechtlichen Fragen im Zusammenhang der Förderung Erneuerbarer Energien, hier: der Windenergie im Vordergrund. Die FDP-Bundestagsfraktion hat das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien stets kritisiert, weil es sich um eine ungerechtfertigte Vorgabe von Techniken und Preisen durch den Staat handelt. Außerdem ist die einseitige Festlegung auf eine Netzeinspeisung des gewonnenen Stroms kostspielig und kontraproduktiv. Die FDP hat wiederholt darauf hingewiesen, dass

die Förderung erneuerbarer Energien nicht einseitig auf die Netzeinspeisung des aus regenerativen Trägern gewonnenen Stroms abstellen darf. Stattdessen gilt es, verstärkt Möglichkeiten der Energiespeicherung weiterzuentwickeln und zu nutzen. In diesem Sinne viel versprechende Perspektiven eröffnet die Wasserstofftechnologie.

Die Sitzung vom 14./15. Januar 2005 fand auf Einladung von Herrn Holger Kraemer, Europaabgeordneter und Mitglied des Ausschusses für Umweltschutz, Volks-gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments und der ALDE-Fraktion, in den Räumlichkeiten der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union in Brüssel statt. Im Eindruck der Vorträge von Marianne Klingbeil (Die Zukunft der Europäischen Abfallpolitik) und Todor Müller/Matthias Oel (REACH – Entwicklung und Probleme des VO-Vorschlags) diskutierte der BFA aktuelle Fragestellungen und jüngste Entwicklungen der europäischen Umweltpolitik. Zum Themenbereich REACH wurde ein Antrag des BFA-Umwelt an den Bundestag erarbeitet und beschlossen.

Demnach wird die Notwendigkeit einer binnenmarktverträglichen und WTO-konformen Fortentwicklung der Stoffpolitik auf europäischer Ebene von der FDP anerkannt. Im Vordergrund steht dabei die Zielsetzung, Gesundheits- und Umweltschutz bei gleichzeitiger Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Der vorliegende Verordnungsentwurf der EU-Kommission wird dem nicht gerecht. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen werden mit dem bisher vorgesehenen Registrierungs- und Zulassungsverfahren überfordert. Die Ausgestaltung der europarechtlichen Vorgaben muss durch eine Abwägung zwischen dem Schutz der Gesundheit sowie der Erhaltung der Umwelt einerseits und den Belangen der Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Industrien andererseits geprägt sein. Das bedeutet, dass bei allen Maßnahmen im Rahmen von REACH der Aufwand für die Risikobewertung in angemessenem Verhältnis zum Risiko stehen muss (Risiko-proportionalität).

## II. 2.10. Wohnungspolitik und Städtebau

**Vorsitz:** Dr. Walter Hitschler

Der Bundesfachausschuss Wohnungspolitik und Städtebau tagte im Jahr 2004 insgesamt dreimal: Am 19./20. März in Berlin, am 25./26. Juni in Osnabrück sowie am 15./16. Oktober in Bochum. Auf seiner Sitzung in Berlin erfolgte die Endabstimmung über einen eigenen Gesetzentwurf zur Novellierung des Wohneigentum-Gesetzes (WEG), welcher der Bundespartei und der Bundestagsfraktion zugeleitet wurde. Die Novellierung des WEG ist nach der Auffassung des Bundesfachausschusses dringend erforderlich, um den Markt von Eigentumswohnungen für Anleger und Bauherren interessanter zu machen und um neue Wohnformen im Bestand leichter umsetzen zu können, aber insbesondere um mehr Rechtssicherheit bei der Wohnungsverwaltung zu schaffen. Die gegenwärtige Gesetzeslage führt in der Praxis dazu, dass wichtige Beschlüsse der Eigentümergemeinschaft nicht zustande kommen können, weshalb der Bundesfachausschuss hier bedeutsame Veränderungen vorschlägt, z. B. dass die Wohneigentümersammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wohnungseigentümer beschlussfähig sein soll und dass die Beschlüsse über bauliche Veränderungen durch einen neuen Abstimmungsmodus handhabbarer gemacht werden. Der Bundesfachausschuss beschäftigte sich mit dem Bericht der Unabhängigen Expertenkommission zur Novellierung des Baugesetzbuches auf Grund des Europarechtsanpassungsgesetzes, wobei sich der BFA eindeutig gegen die Einführung eines Baurechtes auf Zeit ausgesprochen hat, wie dies von verschiedenen Experten und Institutionen in die Diskussion gebracht wurde. Vorgeschlagen werden Erleichterungen im Bereich des §34 BauGB bei zweiter Bautiefe, was insbesondere im ländlichen Raum von Bedeutung ist, im Außenbereich bei der Umnutzung landwirtschaftlicher Nutzungen und bei der Unterbringung von Saisonarbeitskräften. Auf seiner Tagung in Osnabrück stand der Wandel in unseren Innenstädten im Mittelpunkt der Referate und der Aussprache. Darüber hinaus wurde die Frage erörtert, wie die Errichtung von Großeinkaufszentren wie zum Beispiel ECE's in den Innenstädten zu bewerten und rechtlich zu behandeln sein soll. Der Bundesfachausschuss sprach sich dabei gegen eine besondere gesetzliche Regulierung aus – wir fühlen uns in unserer Marktwirtschaft dem Grundsatz der Gewerbefreiheit verpflichtet – empfiehlt aber eine innerstädtische Leitbilddiskussion mit breiter Bürgerbeteiligung zu führen, um alle Aspekte des Für und Wider in die Überlegungen zur Bauleitplanung einfließen zu lassen. Das Baurecht sollte nicht gezielt als Instrument zur Regulierung des Wettbewerbs eingesetzt werden. Allerdings ist auch nicht zu leugnen, dass raumordnerische Überlegungen und Aspekte einer geordneten städtebaulichen Entwicklung wettbewerbliche Auswirkungen haben. Deshalb muss der Abwägungsprozess innerstädtischer

Entwicklungstendenzen und ihre Einbindung in die Bauleitplanung in den demokratisch gewählten kommunalen Gremien ganz intensiv diskutiert und entschieden werden. Ziel kann nicht sein, schöne und leere Innenstädte wie in Quedlinburg oder Görlitz zu schaffen. Deshalb sollte mit Rahmen der innerstädtischen Leitbilddiskussion ein Konzept vom öffentlichen Raum entwickelt werden, der mit kulturellem Leben gefüllt wird, der der Animation und Präsentation dient, Wohnen in der Innenstadt erstrebenswert macht und zeitgemäßes Geschäftsleben anzieht. Rechtliche Möglichkeiten für Eigeninitiativen sollten eingeräumt werden.

In Bochum verabschiedete der BFA eine Empfehlung zur raschen Implementierung eines Deutschen REIT (Real Estate Investment Trust), die von Jun. Prof. Dr. Ramon Sotelo vorgelegt worden war, weil diese neue Form eines Anlageproduktes für Deutschland als Finanzplatz wichtig ist, wenn wir nicht hinter andere Ländern zurückfallen wollen. Es gibt eine potentielle Nachfrage privater wie institutioneller Anleger, welche thematisch ausgerichtete indirekte Immobilienanlageprodukte nachfragen. Der BFA hat im übrigen auf dieser Sitzung den Vorschlag zur Grundsteuervereinfachung, wie er vom BFA Finanzen und Steuern entwickelt wurde, aus wohnungspolitischer Sicht begrüßt und unterstützt. Ansonsten widmete sich die Tagung in Bochum, die im Hause der Viterra AG, Deutschlands größtem privaten Immobilienanbieter, stattfand den Problemen, die an den Wohnungsmärkten im Zuge des demographischen Wandels wie der gesellschaftlichen Veränderungen wirksam werden. Diese Thematik wird noch längere Zeit im Mittelpunkt des wohnungspolitischen Interesses stehen, denn Patentrezepte für Problemlösung sind nicht in Sicht. Bei der Viterra AG ging es darum zu erkunden, wie sich ein Großanbieter in einer solchen Situation verhält. Die Strategie dieses Unternehmens, die sich mit dem Dreiklang der Aktionsmöglichkeiten zur Quartierssicherung „Modernisierung – Nachverdichtung – Privatisierung“ umschreiben lässt, stützt sich auf konkrete Quartiersuntersuchungen und wissenschaftliche Marktanalysen. Sie könnte auch für andere Kommunen und Regionen mit vergleichbaren Entwicklungen zunehmender sozialer Segregation als Vorbild dienen. Da es in der Volkswirtschaftslehre keine Theorie der Schrumpfung gibt, wird hier Neuland betreten und Erkenntnisgewinn eher aus der Praxiserfahrung gewonnen. Dieser Prozess wird die Wohnungspolitik mit ihren vielfältigen, differierten Teilmärkten in Zukunft noch längere Zeit begleiten. ■



## II. 2.11. Verkehr

**Vorsitz:** Dr. Tom Reinhold  
**Stellvertreter:** Prof. Dr. Stuchtey, Norbert Just

Der Bundesfachausschuss Verkehrspolitik hat im Berichtszeitraum vier Sitzungen durchgeführt:

### 11./12. April 2003 in Bremen

#### Hauptthemen:

Die Zukunft des Containerverkehrs und die Entwicklung Bremerhavens und Hamburgs sowie der Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven, Diskussion mit den Unternehmen BLG Logistics Group AG & Co. KG, BLG International Logistics GmbH & Co. KG sowie Deutsche Bahn AG (Niedersachsen und Bremen)

### Wussten Sie,

■ dass derzeit durchschnittlich 600.000 mal pro Monat die Seiten der Liberalen im Internet besucht werden?

### 24./25. Oktober 2003 in Wolfsburg

#### Hauptthemen:

Werksbesichtigung, die Antriebs- und Kraftstoffstrategie von Volkswagen, Telematik im Volkswagenkonzern, Emission, Emissionshandel, CO<sub>2</sub>; Neuordnung der Arbeitskreise des BFA

### 26./27. März 2004 in Mainz

#### Hauptthemen:

Verkehrspolitik des Landes Rheinland-Pfalz, Diskussion mit Minister Bauckhage, Toll Collect, liberale Grundsatzfragen zu Mobilität, Finanzierung und Wettbewerb, Bahnreform, Verkehrssicherheit, Infrastrukturfinanzierung, Internet-Plattform des BFA Verkehr

### 3./4. September 2004 in Leipzig

#### Hauptthemen:

Großflughafen Mitteldeutschland (mit Pressekonferenz mit der Generalsekretärin Cornelia Pieper), Diskussion mit dem Geschäftsführer des Airports Leipzig-Halle, Masterplan Flughäfen und Luftverkehrsprognose, Fluglärmsgesetz, Privatisierung der Flugsicherung, Verkehrssicherheit im Luft- und Straßenverkehr

Am 20. Februar 2004 und 25. Juni 2004 fanden zwei halbtägige Sitzungen mit dem Vorstand der Deutschen Bahn in Berlin statt. Hier ging es vor allem um die Fragen Börsengang/Privatisierung der DB, Auswertung des Morgan-Stanley-Gutachtens sowie Wettbewerb und

Trennung von Netz und Betrieb. Am 18. Februar 2005 gab es darüber hinaus ein Treffen mit Vertretern des Vorstandes des Bahngewerkschaft Transnet.

Neben den oben genannten Hauptthemen bildete in allen Sitzungen des BFA der Bericht aus der Bundestagsfraktion durch den verkehrspolitischen Sprecher, Horst Friedrich, einen weiteren Diskussionsschwerpunkt.

Der Bundesfachausschuss Verkehrspolitik hat zur besseren Strukturierung seiner Facharbeit mehrere Arbeitskreise gebildet. Im Berichtszeitraum waren folgende Arbeitskreise besonders aktiv:

#### AK Europa

Vorsitz: Prof. Rolf Stuchtey

#### AK Infrastruktur

Vorsitz: Dr. Carl-Friedrich Eckhardt

#### AK Luftverkehr

Vorsitz: Knut Henne

#### AK Verkehrssicherheit

Vorsitz: Prof. Hans-Helmut Grandjot

Von den Arbeitskreisen vorbereitet, wurden im Berichtszeitraum zahlreiche Anträge zu liberaler Verkehrspolitik verabschiedet: Slotvergabe (2003), Grundsätze liberaler Luftverkehrspolitik (2003), Bahnreform (2003), Liberale Politik für den ÖPNV (2003); Leitlinien für die Privatisierung der Deutschen Flugsicherung (2004); Flughafenkonzept für Deutschland (2004); Liberale EU-Verkehrspolitik (2004); Planungsbeschleunigung und mehr Rechtssicherheit – Novellierung des LuftVG (2004); Besteuerung des Luftverkehrs (2004); Bewertung des externen Risikos von Flughäfen (2004); Fluglärmsgesetz (2004); Luftsicherheitsgesetz (2004); Beachtung der Seveso II Richtlinie (2004).

Über eine eigene Homepage können die Mitglieder des Fachausschusses leicht miteinander kommunizieren und Arbeitspapiere einsehen und fortschreiben.  
(www.fdp-bfa-verkehr.de.tk Kennwort: 5582)

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik stand die Weiterentwicklung der umfangreichen liberalen Thesen zur Mobilität, auch zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2006.

Mobilität ist Ausdruck individueller Freiheit und Lebensqualität. Aufgabe der Politik und der Gesellschaft ist es, dieses Grundrecht der Bürger mit den Anforderungen der Umwelt und Verkehrssicherheit in Einklang zu bringen. Liberale Mobilitätspolitik orientiert sich am Leitbild des eigenverantwortlichen Menschen, der einerseits sich partnerschaftlich und sicherheitsbewusst im Verkehr bewegt und andererseits verantwortlich mit der Umwelt umgeht. Die Mobilität der Bürger im täglichen Leben wird aber oft durch staatliche Gängelung und überflüssige Schikanen behindert. Überflüssige Bevormundung beschränkt die Mobilität

der Menschen. Statt die Möglichkeit sicherzustellen, frei zwischen den Verkehrsträgern zu wählen, greift der Staat permanent durch Vorgaben und Beschränkungen in diesen Prozess ein.

Liberale Verkehrspolitik baut deshalb auf dem Grundsatz auf, dass die Bürger selbst besser als der Staat wissen, welche Mobilität am besten geeignet ist, und sich die Rolle des Staates vor allem darauf konzentrieren sollte, Wettbewerbsgleichheit zwischen den Verkehrsträgern sicherzustellen und für planbare Rahmenbedingungen und Kostentransparenz zu sorgen. Der Bundesfachausschuss Verkehr setzt sich deshalb konsequent für eine Privatisierung von Verkehrsunternehmen und Verkehrsinfrastrukturen ein.

Kurz gefasst: Weniger Staat ist mehr Mobilität! ■

### Wussten Sie,

■ dass die FDP zur programmatischen Arbeit 4 Foren, 11 Bundesfachausschüsse, 4 Kommissionen und 5 Arbeitsgruppen eingesetzt hat?



## II.3. Kommissionen

### II. 3.1. Kommission Internet und Medien

**Vorsitz:** Hans-Joachim Otto

Das Medienzeitalter ist in aller Munde, doch in allen Ländern zeigt es sich ein Stück anders. Dies liegt nicht zuletzt an den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, die durch den Gesetzgeber erzeugt werden. In den vergangenen Jahren haben die Bundesregierung als auch die Länder an einigen Stellschrauben gedreht bzw. Initiativen angestoßen. Die Kommission für Internet und Medien sah es hierbei als ihre Aufgabe, diese Prozesse kritisch zu begleiten, Alternativen zu entwickeln und dabei auch über aktuelle Gegebenheiten hinauszudenken. Es ist dabei von besonderem Wert für die Kommission, dass es ihr gelungen ist, neben den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Stefan Grüll und Antje-Karin Pieper eine Reihe unabhängiger Experten an sich zu binden. Hierzu gehören Ursula Adelt (VPRT), Dorothee Belz (Microsoft), Dr. Gunnar Bender (Time Warner), Dr. Hermann Eicher (SWR), Prof. Dr. Hubertus Gersdorf (Uni Rostock), Dr. Hans Hege (Landesmedienanstalt Berlin Brandenburg), Dr. Volker Schulze (BDVZ), Ulrike Seiler-Kapferer (Medusa Medienagentur) und Georgia Tornow (Film20) gewählt.

Um die politische Willensbildung innerhalb der FDP zu medien- und internetpolitischen Fragen zu unterstützen, wurden über den Berichtszeitraum hinweg verschiedene Themen eingehend beleuchtet. Einen ersten Schwerpunkt bildete hierbei der Komplex der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, deren Finanzierung, Struktur und die Tätigkeit der GEZ. Insbesondere auch im Vergleich mit der britischen BBC und der OFCOM, der dortigen Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Medien, wurde die Notwendigkeit von Strukturreformen erörtert. Es wurde die Frage der Mischfinanzierung (Gebühren und Werbeeinnahmen) diskutiert und auf das zunehmende Problem der Schleichwerbung und des Sponsorings auch im Programm der öffentlich-rechtlichen Sender sowie auf die Grenzen des Online-Angebots der Sender eingegangen.

Als weiteres Thema wurde die technische Infrastruktur für Hörfunk, Fernsehen und Internet behandelt. Es wurde das Nebeneinander verschiedener Übertragungswege, wie bspw. Antenne, Kabel, Satellit oder digitale Verbreitung untersucht. Ziel ist es, den Wettbewerb der Technik und eine technologieneutrale Regulierung zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang wurden auch die ersten Erfahrungen über die Einführung von DVB-T, dem sogenannten digitalen terrestrischen Fernsehen, ausgetauscht und bewertet.

Die Kommission für Internet und Medien beschäftigte sich ferner intensiv mit den vielfältigen Facetten der Reform des Telekommunikationsgesetzes (TKG). Zentral ist dabei ein realistisches Verhältnis zwischen den legitimen Forderungen des Verbraucherschutzes und den Interessen der betroffenen Wirtschaftszweige; Leitbild eines solchen Verhältnisses muss der mündige Bürger sein. Die Grundrichtung des TKG wurde insgesamt als positiv beurteilt, auch wenn es bei Einzelpunkten Kritik gab.

Auch die Novellierung des Zweiten Korbs des Urheberrechts war Ausgangspunkt unterschiedlicher Erörterungen. Die Stoßrichtung der Reform wird begrüßt, doch bleibt Klärungsbedarf bezüglich der Stellung der Privatkopie sowie des Einsatzes einer pauschalen Vergütung durch Geräteabgaben. Es wurde in diesem Zusammenhang der wirtschaftliche Schaden durch Raubkopien untersucht und neue bzw. alternative Verwertungswege verglichen.

Die Kommission für Medien und Internet griff in ihren Beratungen auch immer wieder kurzfristig Themen aus einer laufenden Debatte auf. So wurde bspw. über die sinnvollen Grenzen von Softwarepatenten diskutiert, die die wirtschaftlichen Interessen sowohl effektiv als auch effizient schützen sollen. Mit Blick auf das Internet wurde das Thema Spam, also der massenhafte, anonyme Versand von Werbeemails, problematisiert. Dabei wurde aus Sicht der Email-Anbieter dargelegt, welche negativen wirtschaftlichen Folgen durch den Einsatz dieser Werbemethode entstehen. Als weiterer großer Themenkomplex wurde der Zeitungsmarkt in Deutschland behandelt. Dabei wurde die Reform des sog. Pressefusionsrechts intensiv beraten. In diesem Zusammenhang wurde auf das Verhältnis des Kartellrechts zum Schutze des Wirtschaftspluralismus und der Wahrung des Meinungspluralismus eingegangen. Ferner wurde auch über die Chancen neuer Zeitungsformate und deren Wirkung auf den Wettbewerb debattiert.

Die Kommission für Internet und Medien hat insgesamt fünfmal getagt u. a. in Leipzig, Düsseldorf und Hamburg. Es ist ihr gelungen, die medien- und internetpolitische Meinungsbildung innerhalb der FDP als auch in der Bundestagsfraktion und den Landtagen zu stimulieren. Hierbei konnten unterschiedliche medienpolitische Vorstellungen miteinander abgeglichen und die Arbeit auf eine solide, gemeinsame Grundlage gestellt werden. Die Kommission arbeitet effektiv und für ihre Mitglieder attraktiv, wie sich bspw. durch die rege Teilnahme an Sitzungen auch außerhalb Berlins und selbst bei einer Sitzung in London zeigte. ■



**Hans-Dietrich Genscher engagierte sich für die Leipziger Olympiabewerbung.**

### II. 3.2. Sportkommission

**Vorsitz:** Detlef Parr

Die FDP-Sportkommission traf sich im November 2003. Leider musste ein geplanter Termin für Juni 2004 kurzfristig abgesagt und durch inhaltliche Abstimmungen auf anderen Kommunikationswegen ersetzt werden. Das letzte Treffen der Sportkommission in dieser Wahlperiode fand Ende April 2005 statt.

Das Jahr 2004 war von vielen Sportgroßereignissen geprägt: die Olympischen Spiele und die Paralympics in Athen, die Leipziger Bewerbung um die Sommerspiele 2012 und die Vorbereitungen für die Fußball-WM 2006. Gegen Ende des Jahres wurde die Diskussion um die Umstrukturierung im Deutschen Sport begonnen.

Die Sportkommission ist der Überzeugung, nach dem Europäischen Jahr der Erziehung durch Sport 2004 auch ein von der UNO ausgerufenes Jahr des Sports 2005 zu unterstützen, um den Stellenwert des Sports zu festigen. Wichtig bei allen Initiativen sei dabei die Nachhaltigkeit.

Das Thema Antidoping wurde innerhalb der Sportkommission intensiv diskutiert. Die Bekämpfung des Dopings

zählt heute mehr denn je zu den Herausforderungen des Sports weltweit. Die Gründung der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) und der Weltantidoping Agentur (WADA) sind in dieser Hinsicht Meilensteine gewesen. Die FDP setzt sich dabei mit dem von Rot-Grün geplanten Anti-Doping-Gesetz als Allheilmittel zur Dopingbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland kritisch auseinander. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion und mögliche Konsequenzen bestätigen in vielen Punkten die Haltung der Sportkommission.

Das Thema Prävention bestimmte die Jahre 2003-2005. Sport und Bewegung liefern einen direkten Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität, sie verbessern die gesundheitliche Situation jedes Einzelnen und führen langfristig auch zu Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen. In der Sitzung der Sportkommission im November 2003 wurde der Antrag der FDP-Bundestagsfraktion zum Thema Prävention diskutiert. Dieser erwies sich in den folgenden Monaten als wegweisend: 2004 fand im Bundestag eine Anhörung zum Thema Prävention statt. Vertreter der Krankenkassen, des DSB und Sportwissenschaftler diskutierten zusammen mit den Abgeordneten die Möglichkeiten und die Chancen der Prävention durch Sport. Bereits von Anfang an wurde innerhalb der Sportkommission gefordert, den Sport in geplante Präventionsaktivitäten einzubeziehen.

Die Sportkommission der FDP stellte sich voll hinter die Olympiabewerbung von Leipzig. Demonstrativ fand diese auch in Leipzig statt. Die sächsische Stadt hatte sich zuvor 2003 gegenüber den anderen deutschen Bewerberstädten Hamburg, Frankfurt, Stuttgart und Düsseldorf durchgesetzt. Leider entschied sich das IOC im Mai gegen Leipzig, das somit nicht in die Runde der letzten fünf offiziellen Kandidatenstädte kam. Jetzt lautet die Devise, nach vorne zu blicken. Die FDP hat die Bewerbung um die Ausrichtung anderer Sportgroßereignisse in Leipzig, wie die der Universiade, vorgeschlagen. Die studentischen Weltfestspiele erfreuen sich immer größerer öffentlicher Aufmerksamkeit und würden Leipzig und unser Land sicherlich bereichern.

Die Arbeit und der Blick des Sports waren im Jahr 2004 auf die Olympischen und Paralympischen Spiele gerichtet. Die Bilanzen nach olympischen Spielen ähneln sich: manche Erwartungshaltung war zu hoch und führte zu Enttäuschungen, manche Überraschung insbesondere von vermeintlichen Außenseitern führte zu Begeisterung. Erste Gespräche zur Auswertung innerhalb der Sportkommission fanden bereits statt, die Förderung des Hochleistungssports bei einer notwendigen Konzentration und Bündelung aller Kräfte bleibt auf der Tagesordnung der Sportkommission.



Die Vorbereitungen für die Fußball-WM 2006 laufen auf Hochtouren. Innerhalb der Sportkommission werden die unterschiedlichen Projekte und Vorbereitungen in den einzelnen Bundesländern diskutiert. Die Kommissionsmitglieder setzen sich dafür ein, neben dem sportlichen Event die Zeit um die WM auch zum kulturellen Highlight in Deutschland werden zu lassen. ■

### Lob für den Newsletter

Liebe Redaktion im Thomas-Dehler-Haus. Euren Freibrief lesen wir immer wieder gern.

Jürgen Robert Klein,  
Reutlingen

### II. 3. 3. Kirchenkommission

**Vorsitz:** Dieter Kleinmann

Die Kirchenkommission setzt sich zusammen aus 16 Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Landesverbände, die von diesen benannt werden, dem Vorsitzenden, der vom Bundesvorstand bestimmt wird, und bis zu acht weiteren Mitgliedern, die von der Kirchenkommission hinzu gewählt werden. In der Kirchenkommission vertreten sind Menschen christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens sowie Persönlichkeiten, die anderen Religionen bzw. Kirchen angehören.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Hans-Michael Goldmann, kirchenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, und Martin Kramer, Pfarrer i. R., als Vertreter der neuen Bundesländer.



Generalsekretärin Cornelia Pieper war eine gefragte Gesprächspartnerin auf dem Kirchentag in Berlin.

Schwerpunkte der Arbeit waren:

#### 1. Ökumenischer Kirchentag in Berlin

Die Kirchenkommission war auf dem 1. Ökumenischen Kirchentag im Mai 2003 in Berlin mit einem Stand auf der AGORA vertreten. Beteiligt waren außerdem die Liberalen Senioren, die Liberalen Frauen, die Jungen Liberalen sowie die Friedrich-Naumann-Stiftung.

#### 2. Mitgliedschaft im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken

Das Bemühen, nach langer Zeit der Vakanz (seit Josef Ertl) wieder ein Mitglied in das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken zu bekommen, führte nun bei der letzten Zuwahl zum Erfolg. Die FDP wird in Zukunft dort durch Hans-Michael Goldmann vertreten sein.

#### 3. Islamischer Religionsunterricht

Die Kirchenkommission befürwortet – einstimmig – die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an Schulen. Dieser sollte in deutscher Sprache angeboten und von dafür qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern gehalten werden.

#### 4. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht

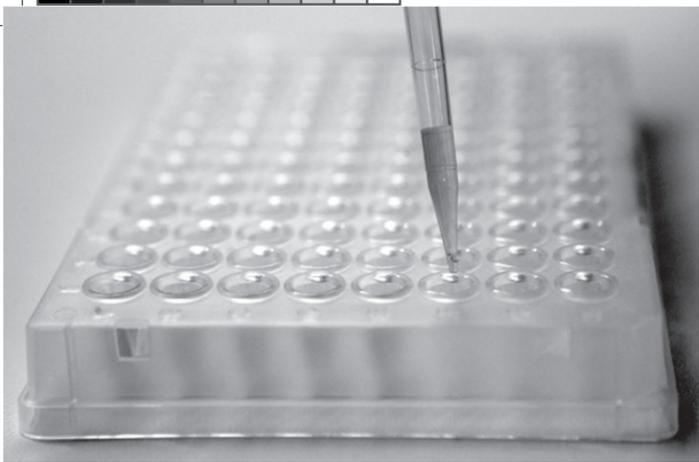
Einstimmig plädiert die Kommission für die Beibehaltung des Bekenntnisorientierten Religionsunterrichts. Das Fach Ethik sollte dagegen für all jene Schülerinnen und Schüler angeboten werden, die sich vom bekenntnisorientierten Religionsunterricht abmelden. Am bekenntnisorientierten Religionsunterricht festzuhalten, entspricht dem Artikel 4 GG. Ohnehin hat die „Liberalen Bewegung“ im 19. Jahrhundert des letzten Jahrtausends dafür gesorgt, dass das Recht der Religionsfreiheit durchgesetzt wird. Deshalb lehnt die Kirchenkommission eine einheitliche staatliche Regelung zugunsten eines „Religionskundeunterrichts“ ab. Nicht der Staat bestimmt die Festlegung religiöser Werte, sondern die einzelnen religiösen Gruppierungen selbst. Der Staat hat aus liberaler Sicht neutral zu sein. Diesen Grundsatz zu verletzen, wäre aus Sicht der Kirchenkommission ein Verstoß gegen die eigene Geschichte und die Zielsetzung des Liberalismus.

#### 5. Deutsche Buddhistische Union

Ein Antrag dieser religiösen Gemeinschaft, den Status „Körperschaft des Öffentlichen Rechts“ zu erhalten, wird derzeit noch immer geprüft.

#### 6. Präimplantationsdiagnostik

Die Kommission spricht sich für eine Präimplantationsdiagnostik aus, die Familien mit hohen genetischen Risikofaktoren die Möglichkeit bietet, ein Kind zu bekommen, das die Erbkrankheit nicht hat. Diese Chance darf man schwer belasteten Paaren nicht versagen bzw. sie nicht zwingen, Hilfe im Ausland zu suchen. Für Ärzte und Paare muss zudem Rechtssicherheit geschaffen werden. Der Umgang mit der Präimplantationsdiagnostik muss deshalb im Rahmen eines Präimplantationsdiagnostikgesetzes geregelt werden. Hierbei sind der Stand der medizinischen Wissenschaft und der ethischen



Diskussion zugrunde zu legen. Insbesondere ist die Möglichkeit zu würdigen, mit Hilfe der Präimplantationsdiagnostik zum frühestmöglichen Zeitpunkt schwer genetische Schäden von Kindern zu verhüten sowie genetisch schwer vorbelasteten Paaren mit Kinderwunsch diese Methode der Fortpflanzung in Deutschland zu eröffnen. Eine umfassende qualifizierte Beratung und Betreuung der betroffenen Paare, die auch über Gefahren und Belastungen unterrichtet worden sind, muss sichergestellt werden. Eine Kodifizierung strenger, medizinischer Zulassungskriterien sowie eine zivilrechtliche Würdigung und strafrechtliche Bewährung müssen ein hohes Schutzniveau und Rechtssicherheit für alle Beteiligten garantieren. Zu gewährleisten ist, dass der Respekt vor Menschen mit geistigen, seelischen und körperlichen Beeinträchtigungen in vollem Umfang erhalten bleibt.

#### 7. Aktive Sterbehilfe

Die Kommission lehnt eine „Aktive Sterbehilfe“ generell ab, gibt aber zu bedenken, die „Apparatemedizin“ nicht bis zum Letzten einzusetzen. Es gibt, so die Kommission, auch ein Recht auf ein würdiges Sterben. ■

#### Wussten Sie,

■ dass gegenwärtig 50 liberale Parteien in der ELDR organisiert sind?

#### II. 3.4. Kommission Freiheit und Ethik

**Vorsitz:** Alexander Pokorny

In der konstituierenden Sitzung wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Jorgo Chatzimarkakis (LV Saarland) und Joachim Stamp (LV NRW) gewählt.

Auf der konstituierenden Sitzung formulierten die Mitglieder der Kommission neben der Absicht, zu einer verstärkten Auseinandersetzung innerhalb der FDP zu Grundsatzfragen des Liberalismus beizutragen, folgendes Arbeitsprogramm für die Zeit bis April 2005:

- Wirtschaftsethik;
- Bioethik;
- ethische Grundlagen für Auslandseinsätze der Bundeswehr;
- Sterbehilfe/Patientenverfügung.

In Projekte umgesetzt befasste sich die Kommission in den folgenden Sitzungen deshalb z. B.

- mit Antworten auf die Frage: „Gibt es eine liberale Ethik?“ (Tagung in Berlin mit Vortrag von Prof. Dr. Wolfgang Deppert, Hamburg),
- mit Bewältigungsmöglichkeiten von moralischen Dilemmata für Soldaten und Bundeswehr (Seminar und Tagung in Kooperation mit der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg) sowie
- mit dem Thema „Globalisierung und Ethik“.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf einer Auseinandersetzung mit dem Thema Sterbehilfe/Patientenautonomie. Der von der Kommission dem Bundesparteitag 2004 erneut vorgelegte Antrag „Auch die Würde des sterbenden Menschen ist unantastbar“ wurde an die Bundestagsfraktion verwiesen, um eine entsprechende Anhörung inhaltlich zu fundieren. Zudem entwickelte die Kommission Eckpunkte für Patientenverfügungen, die einen aus liberaler Sicht verantwortlichen Umgang mit diesen zentralen Willensäußerungen gewährleisten helfen.

Die Kommission hat ihre Chance genutzt, frei von tagespolitischen Erfordernissen und vermeintlichen Sachzwängen nachzudenken, querzudenken und vorzudenken sowie selbstverständlich der Partei beratend zur Seite zu stehen. Ihre Mitglieder standen und stehen bereit, diese Aufgabe fortzuführen und auszuweiten. ■



#### II.4. Arbeitsgruppen

##### II. 4.1. Arbeitsgruppe Innen und Recht

**Vorsitz:** Angela Freimuth

Die Arbeitsgruppe „Innen und Recht“ ist auf Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 25. Oktober 2004 eingerichtet worden. Neben der Vorsitzenden, der nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Angela Freimuth, gehören ihr Jan Dittrich (für die Jungen Liberalen), Jörg van Essen, Rainer Funke, Jörg-Uwe Hahn, Dr. Burkhard Hirsch, Wolfgang Kubicki, Heinz Lanfermann, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Gisela Piltz, Alexander Pokorny, Dr. Max Stadler und Corinna Werwigk-Hertneck (für den BFA Innen und Recht), sowie Minister Herbert Mertin und Dr. Robert Orth (für die „Caesar“-Runde der Rechtspolitiker) und Horst Engel und Guido Kosmehl (für die „Innenrunde“

der Fraktionsvorsitzendenkonferenz) an. Diese breite Beteiligung und hochkarätige Besetzung war eine Garantie für die besondere Ausgewogenheit und Qualität der Ergebnisse. Die Arbeitsgruppe tagte insgesamt drei Mal (am 20. Dezember 2004 und 11. Januar 2005 in Düsseldorf sowie am 18. Februar 2005 in Berlin).

Auftrag und gemeinsames Ziel der Arbeitsgruppe war die Erarbeitung einer Positionsbestimmung der FDP zu insbesondere bürgerrechtsrelevanten Themen. Im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit haben wir die argumentative Auseinandersetzung mit allen politischen Wettbewerbern aufgenommen. Wir haben nicht nur die Ergebnisse eines Entscheidungsprozesses aufgezählt, sondern Chancen beschrieben, gegen Risiken abgewogen und die Grenzen aufgezeigt, z. B. beim Thema DNA-Analyse.

Ergebnis der Arbeit ist der vom Bundesvorstand zum Bundesparteitag 2005 vorgelegte Antrag „Liberale Innen- und Rechtspolitik sichert Bürgerrechte“ mit den Kapiteln

- Jeder hat ein Recht auf Privatheit – u. a. Schutz erbgutbezogener Daten, Telefonüberwachung, keine Kontenschnüffelei und Vorratsdatenspeicherung,
- die Freiheit des einen endet nicht in den Köpfen der anderen – u. a. objektive Sicherheit ist maßgebend, Videoüberwachung, Rasterfahndung,
- Offenheit der Gesellschaft bewahren – u. a. Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Informationsfreiheitsgesetz, Integration,
- zu viele und zu schlechte Gesetze – u. a. Gesetzesfolgenabschätzung,
- Recht und Gesetz durchsetzbar machen – u. a. angemessene Ausstattung der Justiz und Polizei, Opferrechte stärken,
- föderale Gewaltenteilung verteidigen – u. a. kein Einsatzrecht der Bundeswehr im Innern
- Rechtsfrieden durch Privatautonomie – u. a. mit Antidiskriminierungsgesetz,
- Grundrechtsschutz gegen hoheitliches Handeln der EU,
- Wettbewerb um mehr Freiheit – u. a. nur die FDP garantiert die Freiheit gegen den rot-grünen Interventions- und Überwachungsstaat.

Die Verteidigung der Bürgerrechte ist keine Frage von Links oder Rechts, sondern zur Wahrung der Freiheit und Sicherheit in unserer Gesellschaft unabdingbar. Unter diesem gemeinsamen Leitgedanken ein herzlicher Dank an alle Mitglieder der Arbeitsgruppe, für die engagierte und sachorientierte Zusammenarbeit, die sehr viel Freude gemacht hat. ■

## II. 4.2. Arbeitsgruppe Großstadtoffensive

**Vorsitz:** Gisela Piltz

Das Präsidium der FDP hat in seiner Sitzung am 20. September 2004 die Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Großstadtoffensive“ beschlossen. Die Arbeitsgruppe hat sich daraufhin am 27. Oktober 2004 in Berlin konstituiert. Zur Vorsitzenden wurde Gisela Piltz ernannt, ihr Stellvertreter ist Patrick Döring aus Hannover.

Die Arbeitsgruppe tagte im Berichtszeitraum insgesamt dreimal. Neben der konstituierenden Sitzung am 27. Oktober 2004 traf sich die Arbeitsgruppe am 24. Januar 2005 und am 20. April 2005 in Berlin.

Die Arbeit der Arbeitsgruppe zielt auf eine weitere Modernisierung der Partei, des Erscheinungsbildes und auf die programmatische Arbeit ab. Sie soll der Auftakt sein für eine lang angelegte und breite Initiative aus dem gesamten liberalen Umfeld, um eine Milieubildung in den Großstädten zu erzeugen. Die Arbeitsgruppe sieht es als eine Aufgabe an, neben der Erarbeitung grundsätzlicher programmatischer Aussagen auch konkrete Vorschläge zur praktischen Umsetzung zu machen.

Neben organisatorischen Grundlagen wurde in der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe im Thomas-Dehler-Haus am 27. Oktober 2004 diskutiert, wie sich die momentane Situation der FDP in den Großstädten darstellt. Dabei wurde im Ergebnis herausgestellt, dass in den Großstädten erhebliches liberales Wählerpotential besteht, das durch gezielte Kampagnen und liberale Vertreter zurück gewonnen werden müsse. Dementsprechend sollen durch verständliche, nachvollziehbare und bürgernahe Konzepte liberale Positionen deutlich gemacht werden. Ebenso ist wichtig, dass die FDP mit Personen und damit mit Köpfen präsent ist, die eine liberale Authentizität vermitteln. Die Arbeit der Arbeitsgruppe ist nach einhelliger Meinung aller Beteiligten eher langfristig anzulegen. Mit einer Wahlanalyse, die sich speziell auf das großstädtische Milieu bezieht, wurde am 20. April 2005 eine Bestandsaufnahme der liberalen Wählerschaft in der Großstadt gemacht.

In der Sitzung am 24. Januar 2005 in der Bundesgeschäftsstelle der FDP berichtete Ralf Welt, geschäftsführender Gesellschafter von dimap-communications, der Arbeitsgruppe über die Wählerpotentiale, das Kommunikationsverhalten und wahlentscheidende Faktoren in den Großstädten. Er erläuterte, dass nach den Potentialstudien 2002 und 2004 gerade in mittelgroßen Städten mit 50.000 – 100.000 Einwohnern die FDP höheren Zuspruch als die Grünen haben. In den Großstädten über 500.000 Einwohnern aber seien die Grünen deutlich stärker vertreten, insbesondere in der Altersgruppe der 18 bis 34-jährigen. Maßgeblich bei der Wahlentscheidung für die Wähler der FDP seien erstens die Parteiprogramme und zweitens die Kandidaten. Weiter sei auch festzustel-

len, dass bei der Anhängerschaft der Grünen die Loyalität höher sei als bei der FDP. Die Arbeitsgruppe regt an, für das entscheidende Wahljahr 2006 eine neue Potentialstudie in Auftrag zu geben, auf deren Grundlage gezielte Maßnahmen ergriffen werden können. Anschließend erläuterte Ulrich Breite, Geschäftsführer und Ratsmitglied der Liberalen in Köln, am Beispiel der Strategie der FDP in Köln zur Kommunalwahl, wie Maßnahmen zur Ansprache großstädtischer Wähler vorgenommen werden können. ■

## II. 4.3. Arbeitsgruppe Frauenoffensive

**Vorsitz:** Cornelia Pieper

Der Bundesvorstand hat in seinem Beschluss „Offensive für mehr Frauen in die FDP“ vom 7. April 2003 das Problem des zu geringen Frauenanteils innerhalb der Mitgliedschaft und der Wählerschaft der FDP aufgegriffen und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen. Unter anderem wurde die Einsetzung der Arbeitsgruppe „Frauenoffensive“ beschlossen mit dem Ziel, die Umsetzung der Zielvorgaben zu überprüfen, die Mitgliederentwicklung, Anzahl und Anteil der weiblichen Delegierten zum jeweiligen Parteitag und die Entwicklung des Frauenanteils auf aussichtsreichen Listenplätzen und in Vorständen verfolgen.

Mitglieder der Arbeitsgruppe waren Daniel Bahr, Andrea Beck, Olaf Bentlage, Dr. Rolf Berndt, Charlotta Esklison, Bärbel Freudenberg-Pilster, Christoph Hartmann, Susanna Itzerott, Horst Krumpen, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Katrin Matschke, Juliane Pilster, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Ann-Katrin Rothe, Dr. Thomas Schotten, Dr. Irmgard Schwaetzer, Jürgen Stindt, Sabine Staeck-Freytag, Simone Szurmant, Marion Terhalle und Robert Unkelhäusser

Die Arbeitsgruppe hat sich in insgesamt vier Sitzungen am 27. November 2003, 11. März 2004, 17. Januar 2005 und 14. Februar 2005 intensiv mit dem Arbeitsauftrag befasst. Dabei wurden auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse externer Experten genutzt.

Der Frauenanteil innerhalb der FDP ist in den vergangenen Jahren nicht gestiegen (vgl. Kapitel V. Statistik). Allerdings hat sich der negative Trend in der Entwicklung der vergangenen Jahre nicht weiter fortgesetzt. Inzwischen ist eine Stabilisierung des Frauenanteils auf freilich immer noch niedrigem Niveau (23,4% per 31. Dezember 2004) eingetreten.

### Lob für den Newsletter

Neuigkeiten aus erster Hand und das noch schnell. Genau richtig für eine moderne Partei.

*Fritz Reinskert, Erfurt*

Grundsätzlich ist zudem festzustellen, dass die Neigung von Frauen FDP zu wählen, bei den Wahlen in den vergangenen Jahren schwächer ausgeprägt war als die der Männer – bis auf einige Ausnahmen, z. B. bei den Landtagswahlen im Saarland und Sachsen. Demgegenüber steht die Tatsache, dass Frauen innerhalb der Wahlbevölkerung die Mehrheit stellen. Eine nähere Analyse der Wahlergebnisse zeigt aber, dass das Stimmverhalten der älteren Wähler für den Wahlerfolg der FDP in einem höheren Maß entscheidender ist als die Differenz in der Zustimmung weiblicher und männlicher Wähler. Gerade aber in der Zielgruppe der Frauen ab 35 und ganz besonders ab 60 geht die Neigung, FDP zu wählen, zurück – und auch in diesen Altersgruppen bilden Frauen die Mehrheit der Wählerschaft.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Arbeitsgruppe insbesondere mit Fragen der Gewinnung weiblicher Wähler und Mitglieder, der Förderung von weiblichen Talenten in der FDP, aber auch mit den für Frauen wahlentscheidenden Themen und Faktoren, der Art der Ansprache und mit den für Frauen charakteristischen Bedingungen für politisches Engagement, beschäftigt.

Ein von der Friedrich-Naumann-Stiftung im März 2005 durchgeführtes Kaminesgespräch, das ein Großteil der Arbeitsgruppe zum Erkenntnisgewinn

und Erfahrungsaustausch nutzte und in dem die oben genannten Problemlagen intensiv diskutiert wurden, machte weiteren notwendigen Handlungsbedarf über den im Jahr 2003 gefassten Beschluss und über die Legislaturperiode des noch amtierenden Bundesvorstandes hinaus deutlich. ■

### Wussten Sie,

■ dass Liberale in 28 Ländern weltweit in Regierungsverantwortung stehen?



Cornelia Pieper und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger starten den Frauenaktionstag der FDP.

#### II. 4.4. Arbeitsgruppe Liberale Gemeindefinanzreform

**Vorsitz:** Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Weitere Initiatoren: Bürgermeister Werner Becker-Blonigen, Wiehl, Bundesvorsitzender der VLK, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Minister der Finanzen in Sachsen-Anhalt, Stb Hermann Rind, Vorsitzender des Bundesfachausschuss Steuern und Finanzen

Die Kommission Liberale Gemeindefinanzreform (KoLiGe) wurde im Februar 2003 durch den Bundesvorstand der FDP eingesetzt. Zu ihr gehörten Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker der FDP sowie externer Sachverständiger aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden. Im Zentrum der Kommissionsarbeit stand die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für eine zukunftsfeste Neuordnung der Gemeindefinanzierung.

Hierzu wurden sechs Arbeitsgruppen zu den Themen Aufgabenkritik der Kommunen, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Umsatzsteuer, Kommunaler Finanzausgleich und Rechte der Gemeinden gebildet.

Kern der Liberalen Gemeindefinanzreform ist das Zwei-Säulen-Modell: Die Gewerbesteuer wird ersetzt durch einen deutlich erhöhten Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer und die Umwandlung des bisherigen Anteils der Kommunen an der Einkommensteuer in ein Zuschlagsrecht auf die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer. Dadurch wird zum einen das Band zwischen Wirtschaft und Kommune gestärkt und zum anderen die Finanzen der Städte und Gemeinden auf eine solide Grundlage gestellt. Zudem sollen die Rechte der Gemeinden durch die Aufnahme des sog. Konnexitätsprinzips in das Grundgesetz gestärkt werden. Zum Bundesparteitag im Mai 2003 wurde das Modell mit großer Mehrheit beschlossen und im Juli 2003 als Gesetzentwurf der FDP-Bundestagsfraktion (Drs. 15/3232) zur Abstimmung gestellt. Begleitend wurde eine bundesweite Kampagne durchgeführt. Mit Andreas Pinkwart, Gisela Piltz und Hermann Otto Solms gab es hierzu über 150 Veranstaltungen.

Kampagnenhomepage: [www.liberale-gemeindefinanzreform.de](http://www.liberale-gemeindefinanzreform.de)

#### Aktuelle Zahl:

■ 245

So oft wurde das Aktionspaket der Bundespartei zum Thema Bankgeheimnis von der Kampagnen-Homepage herunter geladen.

#### II. 4.5. Kommission Bürgergeld/Negative Einkommensteuer (KoBüNE)

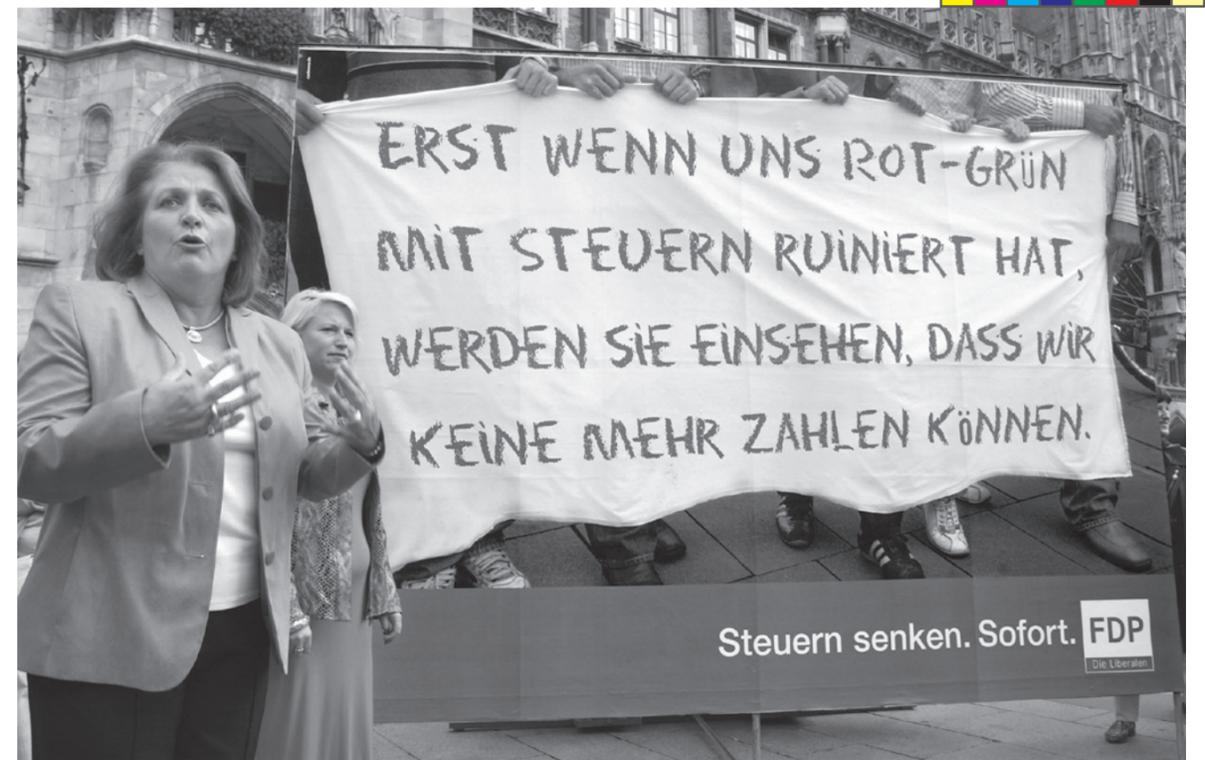
**Vorsitz:** Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Zu Beginn des Jahres 2004 wurde Andreas Pinkwart mit der Leitung der von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion eingesetzten Kommission zum Thema Bürgergeld (KoBüNE) beauftragt. Darin wirkten neben Mitgliedern aus der Bundestags- und den Landtagsfraktionen auch Kommunalpolitiker und mehrere externe Experten in der Kommission mit, u.a. Prof. Dr. Joachim Mitschke.

Ziel war es, das Konzept Bürgergeld auf Grundlage neuer Entwicklungen im In- und Ausland fortzuentwickeln. Es wurden drei Arbeitsgruppen zu den Schnittstellen des Bürgergeldes mit Fragen der Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Steuerpolitik eingerichtet. Am 28. Januar 2005 wurde der Ergebnisbericht mit dem Titel „Liberales Bürgergeld: aktivierend, einfach und gerecht“ durch die Kommission beschlossen. Nach der Beratung in den Gremien der Partei wurde das Bürgergeld im Mai 2005 in einer Antragsinitiative für den Bundesparteitag in Köln zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt.

Das Liberale Bürgergeld ist ein Steuer-Transfer-System aus einem Guss und damit der zentrale Lösungsansatz für ein einfaches, transparentes und dadurch gerechtes Sozialsystem. Es ist darüber hinaus der entscheidende Reformschritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich durch eine Hilfe zur Arbeit in Form einer Negativen Einkommensteuer, die einen gleitenden und lohnenden Übergang in die Erwerbstätigkeit ermöglicht. Das Liberale Bürgergeld schließt die programmatische Lücke zwischen der Liberalen Steuerreform, den liberalen Vorschlägen für die Neugestaltung der Kranken- und Pflegeversicherung und den liberalen Arbeitsmarktreformen.

Kampagnenhomepage: [www.bürgergeld.de](http://www.bürgergeld.de) oder [www.andreas-pinkwart.de](http://www.andreas-pinkwart.de)



#### II. 4.6. Arbeitsgruppe Programmkommission

Der Bundesparteitag 2004 in Dresden hatte den Bundesvorstand beauftragt, eine Programmkommission einzusetzen, die das Positionspapier des Bundesvorsitzenden „Für die freie und faire Gesellschaft“ weiterentwickelt. Mit Beschluß vom 20. September 2004 setzte der Bundesvorstand die Programmkommission in folgender Zusammensetzung ein:

**Vorsitz:**  
Cornelia Pieper

**Präsidiumsmitglieder:**  
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Andreas Pinkwart, Rainer Brüderle und Birgit Homburger

**Weitere Mitglieder:**  
Daniel Bahr, Ulrike Flach, Otto Fricke, Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann, Werner Hoyer, Michael Kauch, Alexander Graf Lambsdorff, Martin Lindner, Jürgen Martens, Margarita Mathiopoulos, Dirk Niebel, Philip Rösler, Dieter Thomae, Corinna Werwigk-Hertneck, Volker Wissing

**Externe Experten:**  
Hans D. Barbier, Arnulf Baring, Hergard Rohwedder

In insgesamt sechs Beratungen, davon zwei 2-tägigen Klausursitzungen, setzte sich die Programmkommission mit dem Auftrag auseinander und erarbeitete das Papier „Die Chancen der Freiheit“, das dem Bundesparteitag vorgelegt wird.

Die konstituierende Sitzung am 19. Oktober 2004 diente ebenso einer Standort- und Zielbestimmung der Kommission wie einer ersten Diskussion über die inhaltliche Grundausrichtung des Papiers. Davon ausgehend

konnte in der Klausursitzung Anfang Dezember 2004 nach eingehender Diskussion Übereinstimmung zur inhaltlichen Zielsetzung erzielt werden. Als ein neuer Ansatzpunkt in der programmatischen Arbeit sollten im Ergebnis ausgehend von den Fragen und Ängsten der Bürger die Positionen und Antworten der FDP auf die drängenden Probleme der Zeit aufgezeigt werden. Mit der Darstellung der liberalen Positionen sollte die Vision einer liberalen Bürgergesellschaft beschrieben werden. Dieser Grundkonsens bildete den Ausgangspunkt für die Bildung von Arbeitsgruppen zu den von der Kommission identifizierten relevanten Schwerpunktthemen. Erste Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden in der Beratung am 19. Januar 2005 diskutiert. Diese Diskussion wurde auch in der zweiten Klausursitzung der Kommission am 25. bis 26. Februar 2005 fortgeführt und vertieft. Dabei wurden die Papiere der Arbeitsgruppen auch zu einer ersten Fassung zusammengeführt, die dann in der Sitzung am 14. März 2003 als Arbeitsgrundlage für die Beratung der Redaktionskommission am 29. März 2005 diente. Die dort erarbeiteten Hinweise wurden in das Papier eingearbeitet und das Ergebnis dem Präsidium vorgelegt. Die dort diskutierte Fassung wurde dem Bundesvorstand mit der Bitte um advokatorische Übernahme als Antrag zum Bundesparteitag in Köln zugeleitet. ■

#### Wussten Sie,

■ dass die FDP insgesamt 22.500 Neumitglieder im Berichtszeitraum gewonnen hat?

### III. Liberales Vorfeld



Kampagne gegen die Pläne, eine Radioquote für deutschsprachige Titel einzuführen, vor einem Konzert der Gruppe R.E.M. in Berlin.

#### III. 1. Liberales Vorfeld

In den vergangenen zwei Jahren wurde die Vorfelddarbeit der Bundespartei weiter intensiviert. Sie bietet wichtige zusätzliche Mitwirkungsangebote für viele Zielgruppen, deshalb leistet die Bundespartei in vielen Bereichen Unterstützung für Aktivitäten der Vorfeldorganisationen. ■

##### III. 1.1. Bundesverband Junge Liberale (JuLis)

**Vorsitz:** Johannes Vogel

Schon Juli? Diese Frage stellt die neue Mitgliederkampagne der JuLis. Bilder von sonnigen Urlaubsstränden spielen auf den Gleichklang des Juli-Kürzels mit dem Namen des Sommermonats an. Die Kampagne setzt auf liberales Lebensgefühl. Denn junge Politik gehört nicht in dunkle, muffige Hinterzimmer. Sie muss Spaß machen! Im Oktober 2004 wurde die Kampagne auf der Jugendmesse „YOU“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Seitdem stehen den Gliederungen umfangreiche Werbemittel zur Verfügung.

Als inhaltliche Schwerpunktthemen der politischen Arbeit im Jahr 2004 wählte der Bundesvorstand: Demographischer Wandel, Bürgerrechte, Umweltpolitik und Bildung. Der JuLi-Bundeskongress in Lübeck fasste im Herbst 2004 den Beschluss „Deutschland fit machen für den demographischen Wandel“, in dem sich die JuLis für eine moderne Familienpolitik, gesteuerte Zuwanderung und eine Reform der sozialen Sicherungssysteme aussprechen. Am Nikolaustag 2004 demonstrierten die JuLis auf dem CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf für ein generationengerechtes Gesundheitssystem.

Unter dem Motto „Schluss mit dieser Schweinerei!“ zogen die JuLis 2004 außerdem in den Europawahlkampf. JuLi-Spitzenkandidat Alexander Alvaro tourte durch beinahe 60 Städte und machte überall in Deutschland die Misere der Tiertransporte zum Thema. Mit Dr. Silvana Koch-Mehrin, Alexander Alvaro und Holger Kraemer zogen drei Mitglieder der JuLis ins Europaparlament ein. Sie gesellen sich zu 20 Bundestags- und Landtagsabgeordneten, sowie zahlreichen kommunalen Mandatsträger aus JuLi-Reihen. ■

#### III. 1.2. Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand

**Vorsitz:** Dr. Heinrich L. Kolb

Seit ihrer Gründung am 9. November 2001 in Berlin hat sich die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e.V. kontinuierlich weiterentwickelt. Sie versteht sich als Interessenvertretung von mittelständischen Unternehmern, Handwerkern, Freiberuflern und Angestellten aus diesen Bereichen, die sich dem liberalen Gedankengut verpflichtet fühlen und dem Mittelstand eine politische Stimme geben wollen.

Mittlerweile existieren Landesverbände in 12 Bundesländern, nämlich in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die einzelnen Landesverbände sind vor Ort äußerst aktiv und rücken die Interessen des Mittelstandes bei zahlreichen Veranstaltungen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Integration der mitgliederstarken VLM (Verband Liberaler Mittelstand Bayern) ist noch in diesem Jahr zu erwarten.

Schon auf der zweiten ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz am 14. November 2003 wurde das Grundsatzzprogramm „Ein Programm für den Mittelstand“ verabschiedet. Es wurden darüber hinaus zwei Projektgruppen eingesetzt, die Projektgruppe Programmatik mit der Unterarbeitsgruppe Insolvenz/Zwangsvollstreckung und die Projektgruppe Marketing.

Während der dritten ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz am 26. November 2004 hatten die 170 Delegierten über 40 Anträge zu beraten. Als Gastredner konnte Dr. Wolf Klinz gewonnen werden.

Für dieses Jahr ist die Durchführung eines weiteren Mittelstandstages in Verbindung mit der ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover geplant. Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e.V. strebt außerdem die Anerkennung als Berufsverband noch in 2005 an. ■

#### Lob für die FDP

Ganz herzliches Dankeschön für ihren persönlichen Einsatz und den ihrer Mitarbeiter zur rechtzeitigen Fertigstellung des Berichtes. Ganz ehrlich, ich hatte nicht mehr damit gerechnet, weil ich doch hörte, an welchem großen Rad Sie mit LIPS derzeit drehen müssen. Ich nehme dies gern zum Anlass, um ein Lob auszusprechen.

*Manfred Witthus*

### III. 1.3. Bundesvereinigung Liberale Frauen

**Vorsitz:** Ina Lenke

Die Bundesvereinigung Liberale Frauen e.V. (LIF) hat sich in den letzten zwei Jahren zielorientiert erfolgreich weiterentwickelt. Innerhalb der Landesverbände der LIF kam es zur Gründung von Bezirks- und Kreisverbänden.

Den Zielen der LIF, u.a. Frauen für Politik zu aktivieren, Fraueninteressen in der FDP und in der Öffentlichkeit zu vertreten und Netzwerke aufzubauen, dienen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene durchgeführte Fachtage, Strategieseminare und themenbezogene Veranstaltungen. In Köln fand 2004 das erste programmatische Wochenende statt. Bei der Europawahl und den Landtagswahlen wurden FDP-Kandidatinnen durch die LIF unterstützt, u. a. durch Aktionen mit Zielgruppenansprache.

Auf dem FDP-Bundesparteitag in Mannheim 2002 wurde der LIF- Antrag „Die FDP muss weiblicher werden“ verabschiedet. Der FDP-Bundesvorstand will die Umsetzung mit der „Offensive für mehr Frauen in der FDP“ mit einem 7-Punkte-Programm erreichen. Die Liberalen Frauen arbeiten an der Verwirklichung dieses Parteibeschlusses aktiv mit, um die ersten entscheidenden Schritte bis 2005 zu erreichen.

Die Mitgliederzeitung „Libera“ erscheint mehrmals im Jahr. Internetadresse: [www.liberale-frauen.de](http://www.liberale-frauen.de). Durch die Intensivierung der Pressearbeit hat sich auch die öffentliche Wahrnehmung der LIF verbessert.

Der „Förderverein Liberale Frauen e.V.“ gründete sich 2003. Als Vorsitzende fungiert Nora Jordan-Weinberg. Der Verein will mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen u.a. das politische Engagement von Frauen unterstützen. Internetadresse: [www.foerdereverein-liberale-frauen.de](http://www.foerdereverein-liberale-frauen.de) ■



### III. 1.4. Bundesverband der Liberalen Senioren

**Vorsitz:** Bertold Bahner

Auf dem Bundesparteitag der FDP im Mai 2003 wurde die satzungsmäßige Gleichstellung der Liberalen Senioren (LiS@) mit den Jungen Liberalen und den Liberalen Frauen beschlossen. Seit 2004 verfügt LiS@ über Landesverbände in allen 16 Bundesländern.

Die Liberalen Senioren sehen es einerseits als ihre Aufgabe an, aktive ältere Menschen mit liberaler Geisteshaltung für den politischen Liberalismus zu gewinnen. Dies nicht nur durch Beteiligung an Wahlkämpfen sondern auch durch Präsenz auf bundesweiten Großveranstaltungen wie „Ökumenischer Kirchentag“ oder „Deutscher Seniorentag“.

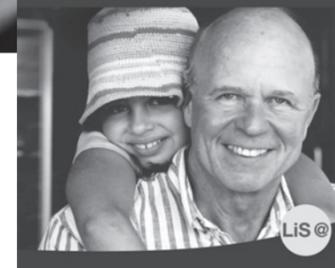
Andererseits haben die Liberalen Senioren sich zum Ziel gesetzt, das programmatische Profil der FDP zu schärfen durch Einbeziehung der vierten Dimension, der Zeit: Seniorenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die Rückblick und Weitsicht verbindet.

Da die Liberalen Senioren sich nicht nur als Interessenvertreter einer Generation verstehen, kann es keine Themenbegrenzung geben. So ist Kleinkinderbetreuung ebenso ein Thema wie Bildungsfragen – das ergibt sich schon aus der Perspektive von Eltern und Großeltern. Auch politische Problemlösungen in den Bereichen Tarifvertrag und Arbeitsrecht haben Folgen und Wechselwirkungen für ältere wie für jüngere Arbeitnehmer.

Im Zentrum der programmatischen Arbeit von LiS@ stand in den letzten beiden Jahren die „Erwerbstätigkeit im Alter“, mit Berührungspunkten zu Arbeitsmarkt, beruflicher Weiterbildung, Rentenversicherung und Generationenvertrag. Dazu fanden mehrere Seminare in der Theodor-Heuss-Akademie statt, sowie Veranstaltungen mit den jungen Liberalen in verschiedenen Bundesländern. Höhepunkt dieser Veranstaltungsreihen war das Forum „Ältere



→ Generationenübergreifend  
**POLITIK FÜR EINE  
GESELLSCHAFT  
OHNE ALTERSGRENZEN**  
Bundesverband Liberale Senioren (LiS@)



Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – eine Chance für jedes Unternehmen“, in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung, November 2003 in Berlin.

Das Ergebnis dieser zweijährigen programmatischen Arbeit wurde zusammengefasst in einem Antrag zum Bundesparteitag der FDP 2004 in Dresden unter dem Titel „Die Potenziale des Alters nutzen“. Im Frühjahr 2005 schließlich wurde von der FDP gemeinsam mit den Liberalen Senioren ein Generationenkongress in Berlin veranstaltet, der außerordentliche Beachtung fand. ■

### III. 1.5. Bundesverband Liberale Hochschulgruppen LHG

**Vorsitz:** Martin Hörig

Die programmatischen Schwerpunkte der Arbeit des LHG lagen in den Jahren 2003 bis 2005 auf zwei zentralen Aspekten der Bildungs- und Hochschulpolitik, der Finanzierung von Hochschule und Studium sowie der Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland.

Die Bundesmitgliederversammlung hat im Juni 2004 in Berlin unter dem Titel „Neue Wege für die Hochschulen“ ein umfassender Beschluss zur Neuordnung des ordnungspolitischen Rahmens der Hochschulen und

der Strukturierung der Finanzierung gefasst. Zentrale Forderungen des LHG sind seitdem die Autonomie der Hochschulen, gestaltet durch freie Trägerschaft, Reduzierung von gesetzlichen Verordnungen sowie der Betonung der Gleichwertigkeit der Abschlüsse statt der bisherigen Gleichartigkeit. Auch die Finanzierung ist auf neue Grundlagen zu stellen.

Die Begleitung der Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland bildete den zweiten Schwerpunkt der programmatischen Arbeit. Unter den Titeln „Bachelor und Master richtig machen“ (Berlin 2004) und „Pluralität der Abschlüsse“ (Essen 2005) wurden zwei grundlegende Positionen zu deutschen Abschlüssen und den Chancen der Umstellung verabschiedet. Dabei wurde ausdrücklich vor einer aufgezwungenen Reform von oben gewarnt. Die Hochschulen müssen die neue Situation als Chance begreifen, die Vorteile des deutschen Systems mit denen der zunehmenden Internationalisierung – auch der Hochschullandschaft – zu kombinieren, alte Fehler zu beseitigen und flexible und innovative Studiengänge hervorzubringen.

Neben den beiden Schwerpunktthemen wurden Seminare zu weiteren Gebieten der Hochschul- und Bildungspolitik durchgeführt. Unter anderem wurden dabei die Aufgaben eines modernen Studentenwerks (Köln 2004), die Notwendigkeit politischer Aktivitäten in der studentischen Mitbestimmung (Bonn 2005) thematisiert. ■

## IV. Bundesgeschäftsstelle



### Lob für die FDP

Vielen Dank für Ihre schnelle Antwort. Die FDP hat in Bezug auf die Bearbeitungsgeschwindigkeit die anderen Parteien wohl bereits überholt.

*Josef Glaß*

## IV. 1. Struktur des Thomas-Dehler-Hauses

**Bundesgeschäftsführer:** Hans-Jürgen Beerfeltz

Die FDP-Bundesgeschäftsstelle versteht sich als Kampagnenzentrale der FDP mit hoher Serviceorientierung für Bürger und Parteimitglieder. Die Bundesgeschäftsstelle muss mit ihrer gesamten Struktur aber auch dazu beitragen, die FDP als Freiheitspartei für Deutschland darzustellen und wahrnehmbar zu machen.

Eine Reihe schmerzhafter Sparmaßnahmen hat dazu geführt, dass die Zahl der Mitarbeiter trotz wachsender Aufgaben auf nunmehr 26 Mitarbeiter (von früher 54) weiter reduziert werden musste. Der Konsolidierungskurs der letzten Jahre musste aber konsequent fortgesetzt werden.

Die Ausgaben der Bundespartei liegen inzwischen nur noch auf der Hälfte des Niveaus des Jahres 1994. In der Bundesgeschäftsstelle wurden die Ausgaben mehrfach in großen Einschnitten gesenkt. Neben dem Personalabbau wurde auch die Gehaltsstruktur weiter abgesenkt, tarifliche Gehaltserhöhungen wurden nicht übernommen, auf vertragliche Zusatzleistungen freiwillig verzichtet, die Gebäudekosten durch Aufgabe weiterer Räumlichkeiten gesenkt, die Arbeit auf die Pflichten nach Parteiengesetz und Satzung sowie die wichtigsten politischen Schwerpunktthemen der Partei reduziert.

Teil der mittelfristigen Finanzplanung sind die auf dem Stand von 2001 eingefrorenen Ausgabenansätze für die Bundesgeschäftsstelle. Seit 2001 hat es also keine Erhöhung der Ausgaben gegeben. Die reduzierten Ansätze wurden im Gegenteil durch extreme Kontrolle und extreme Mehrarbeit der noch vorhandenen Mitarbeiter sogar unterschritten. Das hat zum Überschuss im Jahr 2004 beigetragen. Gleichwohl wird der Haushalt jetzt nochmals gekürzt.

Das hat natürlich Konsequenzen für die Arbeitsorganisation des Thomas-Dehler-Hauses: Neben der äußerst sparsamen Haushaltsführung war und ist eine weitere Verschlingung der Organisationsstruktur, die bestmögliche Zusammenarbeit mit den anderen Institutionen der liberalen Familie und die Aktivierung neuer Potentiale für zusätzliche Einnahmen von Nöten.

Vor diesem Hintergrund blieben die Parteibüros des Bundesvorsitzenden und der Generalsekretärin in die Leitungsstruktur integriert und der in Zeiten des Bundestagswahlkampfes externe FDP-Bürgerfonds blieb Teil des Büros des Bundesschatzmeisters. Die Bereichsleitungen für die wichtigen Aufgabenbereiche „Interne Kommunikation“ und „Programmarbeit“ blieben bestehen. All dies hat zu einer weiteren Konzentration der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle – gerade auch unter Kostengesichtspunkten – geführt. Diesen Weg werden und müssen wir fortsetzen. Gleichwohl sind wir durchaus stolz darauf, die Partei heute stärker als früher mit Kampagnenmaterial, mit Werbemitteln, mit Wahlkampfhilfe unterstützen zu können. ■

## IV. 2. Abteilung Strategie und Kampagnen

**Leitung:** Helmut Metzner

In den Jahren 2003 und 2004 hat sich die Abteilung besonders der Vorbereitung der Europawahl gewidmet. Die Entwicklung des Wahlprogramms, die Beobachtung der politischen Mitbewerber, die Zusammenarbeit mit den Werbeagenturen und insbesondere die interne Kommunikation der Wahlkampfmaßnahmen fielen in ihren Aufgabenbereich.

Durch die Gestaltung von Zielgruppenbriefen und die Bearbeitung von Wahlprüfsteinen wirkte die Abteilung insbesondere in den zurückliegenden Wahlkämpfen in Verbände und Interessenorganisationen hinein und förderte so den Austausch mit den Zielgruppen liberaler Politik. Im Vorfeld der Landtagswahlen in den neuen Ländern hat die Abteilung drei Ostgipfel inhaltlich vorbereitet. Für die Kongresse zur Gesundheitspolitik und zu den Auswirkungen des demographischen Wandels zeichnete die Abteilung konzeptionell verantwortlich.

Die thematischen Schwerpunkte der Abteilung ergeben sich dabei aus den programmatischen Beschlüssen und Initiativen der Liberalen in den Parlamenten und Parteigremien. Die Abteilung arbeitet den Gremien der Partei programmatisch zu, erstellt Reden für die Parteiführung und betreut die vom Bundesvorstand eingesetzten Liberalen Foren und Kommissionen. Auch die Arbeit der Programmkommission unter Leitung der Generalsekretärin hat die Abteilung inhaltlich und organisatorisch begleitet.

Die Abteilung Strategie und Kampagne sieht sich als serviceorientierte Arbeitseinheit der Bundesgeschäftsstelle. Ihre Argumentationshilfen und Aktionsanregungen der

Bundesgeschäftsstelle unterstützen die Gliederungen in ihrer Arbeit vor Ort und stärken sie für den Dialog mit Wählern, Sympathisanten und Kritikern. Die auf Kampagnen ausgerichtete Arbeit wurde durch Maßnahmen zur Steuerpolitik und zur Volksabstimmung über den europäischen Verfassungsvertrag fortgesetzt. Sie findet breite Resonanz innerhalb und außerhalb der Partei: Allein auf das Aktionspaket zum Erhalt des Bankgeheimnisses griffen 245 der rund 400 Kreisverbände zu.

In den vergangenen beiden Jahren sind insgesamt 45 Ausgaben des von der Generalsekretärin herausgegebenen „Frei-Briefes“ erschienen. Dieses aktuelle elektronische Informationsmedium erreicht inzwischen nahezu ein Drittel der Mitglieder und informiert sie über die wichtigsten Entscheidungen, Aktivitäten und Argumente der Partei. Damit hat die Abteilung den innerparteilichen Informationsfluß weiter verstärkt. Beiträge zum Parteimagazin *elde* und für den Internetauftritt der Partei sind wichtige Instrumente der Abteilungsarbeit.

Zu den ständigen Aufgaben der Abteilung gehört daneben die Bearbeitung von Bürgerzuschriften und Anfragen. Aus ihnen gewinnt die Abteilung Erkenntnisse, die sie im Licht aktueller Meinungsforschung in die strategische Planung und Maßnahmen zu weiteren Bindung von Sympathisanten einfließen läßt. Die Abteilung betreut darüber hinaus die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker und wirkt durch die inhaltliche Begleitung der Großstadtoffensive und der Arbeitsgruppe Frauen daran mit, neue Wege zu bisher schwer erreichbaren Wählergruppen zu entwickeln.

Die Abteilung hat trotz eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten dazu beigetragen, attraktive Werbemittel etwa zur Mitgliederwerbung bereit zu stellen. ■



Die Bundestagsabgeordneten Gisela Piltz, Markus Löning und Abteilungsleiter Helmut Metzner während der Aktion gegen die Abschaffung des Bankgeheimnisses vor dem Bundesfinanzministerium.

## IV. 3. Abteilung Organisation und Finanzen

**Leitung:** Gabriele Renatus (seit 1. Februar 2004)  
Jörg Paschedag (bis 31. Dezember 2003)

Die Abteilung Organisation und Finanzen versteht sich als die zentrale Dienstleistungseinheit der Partei. Sie arbeitet daher sehr eng mit dem Dienstleistungsumfeld der FDP, dem Liberalen Parteiservice (LiPS), der liberal-Verlag GmbH, der universum-online GmbH und der Comdok GmbH zusammen.

Die Arbeitsschwerpunkte der Abteilung liegen in der organisatorischen Planung und Durchführung von Parteitag, Kongressen und Sonderveranstaltungen. Auch die internen Organisationsabläufe der Geschäftsstelle, das gesamte Beschaffungswesen, die Rechnungsprüfung und die Vertragsadministration werden von der Abteilung betreut.

Besondere Aufgaben übernimmt die Abteilung in Wahlkampfzeiten mit der Planung und Steuerung der Wahlkampfeinsätze der Spitzenpolitiker

der Partei in enger Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsstellen und den Gliederungen vor Ort. In den Landtagswahlkämpfen 2003 und 2004 sowie im Europawahlkampf betreute der Zentrale Rednereinsatz beispielsweise mehrere hundert Veranstaltungen bundesweit durch Rednervermittlung, Veranstaltungsberatung sowie Veranstaltungsankündigungen.

Die Abteilung war organisatorisch verantwortlich bzw. unterstützend tätig für:

- den 54. Ord. Bundesparteitag in Bremen (2003),
- den 55. Ord. Bundesparteitag in Dresden (2004),
- den Europatag in Saarbrücken (2004)
- den Europatag in Bonn mit angeschlossener Kreisvorsitzendenkonferenz (2004)
- die Politischen Aschermittwochsveranstaltungen in Passau (2004 und 2005)

### Wussten Sie,

- dass in der Bundesgeschäftsstelle in der Regel im Jahr weit mehr als 2 Millionen Kopien produziert werden? In einem Bundestagswahljahr sogar bis zu 3 Millionen?



Plakataktion mit Guido Westerwelle, Cornelia Pieper, Günter Rexrodt und Birgit Homburger anlässlich des Tages der Arbeit und des Neumitgliederkongresses am 1. Mai 2003 in Berlin.

- die Ostgipfel in Erfurt (2003) und Leipzig (2004)
- den Gesundheitskongress des FDP-Bürgerfonds (2004)
- den Generationenkongress des FDP-Bürgerfonds (2005)
- die Verleihung des Freiheitspreises der LI (2004)
- die VLK Bundesdelegiertenversammlung (2003 und 2004),
- den Empfang anlässlich des 85. Geburtstags von Werner Maihofer (2003)

- Get together „Weihnachten in Europa“ (2003)
- den Empfang anlässlich des 85. Geburtstags von Walter Scheel (2004)
- Journalistenadvent (2004)
- den Empfang anlässlich des 70. Geburtstags von Cornelia Schmalz-Jacobsen (2005)

sowie die regelmäßigen Sitzungen des Bundesvorstandes, des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführer bzw. des Beirats des Liberalen Parteiservices.

In besonderer Weise zeichnete die Abteilung Organisation für das Neumitgliedertreffen am 1. Mai 2004 in Berlin und im Europawahlkampf für die Zentralveranstaltungen in Köln, Mainz, Frankfurt, Hannover, Erfurt und Karlsruhe verantwortlich. ■

### Wussten Sie,

- dass in den vergangenen zwei Jahren von der Bundespartei 382 Pakete mit einem Gesamtgewicht von über 1,2 Tonnen verschickt wurden?



Meeting des Bundesgeschäftsführers mit den Abteilungsleitern im Thomas-Dehler-Haus.

## IV. 4. Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit

**Leitung:** Robert von Rimscha

Die Medien für Themen und Personal der FDP zu öffnen, und die FDP kontrolliert für die Vertreter der Presse zugänglich zu machen: Diese Doppelfunktion steht im Kern der Aufgaben der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Die Leitung der Abteilung ging im August 2004 auf Robert von Rimscha über, nachdem Martin Kothé als Sprecher von Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler ins Präsidialamt wechselte. Von Rimscha war zuvor Leiter der Parlamentsredaktion des „Tagesspiegel“ und außenpolitischer Sachbuch-Autor.

Die Pressestelle der Bundespartei ist für die Herausgabe der Pressemitteilungen („freie demokratische Korrespondenz“, „fdk“) zuständig. 2004 wurden 496 fdk geschrieben, 2003 wurden 471 Erklärungen den Redaktionen zur Verfügung gestellt. Hinzu kamen 2004 nochmals 320 Terminankündigungen, 2003 waren es 267 Hinweise auf Veranstaltungen und sonstige presseöffentliche

Auftritte der FDP-Spitze. Die Pressestelle bringt nicht nur schriftliche Erklärungen in Umlauf. Was die führenden Polit-Talkshows im Fernsehen betrifft, so war die FDP 2004 bei Sabine Christiansen 16 mal vertreten (Grüne: 18), im Jahr 2003 waren es 14 Auftritte. Bei Maybrit Illner war die FDP 2004 insgesamt 9 mal vertreten (Grüne: 9), 2003 waren es ebenfalls 9 Auftritte von FDP-Spitzenpolitikern.



Der Bundesvorsitzende Dr. Guido Westerwelle hat 2004 insgesamt 59 Zeitungs-Interviews gegeben (2003: 57). Hinzu kommen Statements gegenüber einzelnen Blättern. Auch hier liegt die organisatorische und inhaltliche Planung bei Pressestelle und persönlichem Büro. Die Abwicklung, vor allem die Abstimmung des Texts und dessen Autorisierung, liegt bei der Pressestelle. Für den Parteivorsitzenden und die Generalsekretärin nutzt die Pressestelle auch die Instrumente des Presse-Statements und des Gesprächs in Hintergrundkreisen.

Darüber werden die Pressekonferenzen nach den Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand sowie jederzeit zu aktuellen politischen Entwicklungen organisiert. Zuletzt werden Namensbeiträge des Bundesvorsitzenden, der Generalsekretärin sowie weiterer Präsidiumsmitglieder zu Themen vom Adoptionsrecht über die Betriebsverfassung bis hin zur US-Wahl und zu Grundsätzen eines modernen Liberalismus platziert.



Verstärkt wurde zuletzt die Ansprache internationaler Medien. Dass die FDP laufende EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Falle einer Regierungsbeteiligung nicht abbrechen würde – ein wichtiges Thema für „Hürriyet“. Der Beitrag des Liberalismus zum Erfolg Deutschlands während der 60jährigen Nachkriegsgeschichte – das spanische Fernsehen fragt an. Strategien gegen den Ausfall Deutschlands als Wirtschaftsmotor Europas – nicht nur für die deutschen Medien von Bedeutung, sondern auch für die Leser von „Newsweek“. Ein weiteres Arbeitsgebiet ist die Zuarbeit für sonstige öffentliche Auftritte und Reden – sei es ein Podiumsgespräch in der Katholischen Akademie in Berlin, ein Besuch bei Airbus in Hamburg oder ein Grußwort vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer.

Neben der externen Kommunikation steht die interne. Ein Instrument ist die neugestaltete Mitgliederzeitschrift „elde“. Im Berichtszeitraum erschienen vier Ausgaben der FDP-Zeitung „Die Liberale Depesche“ und sechs Ausgaben des Magazins der Liberalen „elde“. Voraussetzung für jede koordinierte Aktion ist die interne Abstimmung. Hierzu wurde der „Kieler Kreis“ im Dezember 2004 in Magdeburg wiederbelebt. In ihm treffen sich die Sprecher der Landesparteien, der Landtagsfraktionen, der Bundespartei, der Bundestagsfraktion, der liberalen Vorfeldorganisationen und liberalen Landesministerien/Landesregierungen sowie der liberalen Fraktion im Europaparlament. Halbjährliche Treffen sind geplant. Der Kontaktpflege diente ein erstmals veranstalteter „Journalisten-Advents-Cocktail“, zu dem knapp 200 Medienvertreter Ende November 2004 ins Thomas-Dehler-Haus kamen. ■

### Lob für den Newsletter

Danke für den wie immer sehr interessanten Freibrief.

Gabriele Müller, Griesheim

## IV. 5. FDP-point

**Leitung:** Gabriele Renatus

Dienstleistung steht bei uns im Vordergrund. Von früh 8:00 Uhr bis abends 20:00 Uhr. Für die Gliederungen der Partei, aber auch für alle an der Arbeit der FDP interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Der FDP-point ist Bürgerbüro, Informationszentrum, Internetcafé, Telefonzentrale und Interessentenservice zugleich. Eine Studentin und vier Studenten sorgen derzeit sehr engagiert dafür, dass in dieser für eine Parteizentrale bisher einmaligen Einrichtung, hunderte Anfragen per Telefon oder via mail pro Tag beantwortet werden. Für Neumitglieder in der Partei werden im point die Willkommenspakete zusammengestellt und verschickt. Vielfältige Autogrammwünsche zu unseren Spitzenpolitikern, Anfragen nach interessanten Daten der Partei für die unterschiedlichsten Vorträge werden ebenfalls im point bearbeitet. So mancher Schüler verdankt seine gute Note für eine sehr kurzfristige Hausaufgabe der engagierten und schnellen Hilfe von Kathrin, Tommy, Sebastian, Rocco und Christopher.

Der point ist gleichzeitig auch Kampagnenbüro. Während des Europawahlkampfes arbeiteten die point-Mitarbeiter eng mit den Betreuern der Silvana-Lounge zusammen, organisierten gemeinsame Veranstaltungen, waren an verschiedenen Infoständen vor der Bundesgeschäftsstelle aber auch in der Stadt unterwegs.

Bürgerbefragungen, Verteilaktionen vor dem Thomas-Dehler-Haus, Live-Chats mit Persönlichkeiten der FDP-Spitze, Führungen von Besuchergruppen – all das macht die Arbeit im point abwechslungsreich und spannend. ■

### Wussten Sie,

■ dass das Antragsbuch zum Bundesparteitag in Köln 219 Seiten stark ist? Bei 1.000 Exemplaren entspricht das einem Papieraufwand von 219.000 Blatt und 438.000 Kopien. Allein die Materialkosten ohne Arbeitszeit betragen 4,90 € pro Exemplar.

## IV. 6. Galerie im Thomas-Dehler-Haus

**Koordination:** Gabriele Renatus

Auch in den zurückliegenden zwei Jahren präsentierten namhafte Künstlerinnen und Künstler aus dem In- und Ausland ihre Werke in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle. Und auch unter den Berliner Galerien hat es sich herum gesprochen, dass die Ausstellungen bei den Liberalen zu einer festen Größe geworden sind.

Mit einer kombinierten Ausstellung von Malerei und Glaskunst startete die Thomas-Dehler-Haus-Galerie in das Jahr 2003. Marion Stephan brachte in zahlreichen Aquarellen die Landschaft Sachsen-Anhalts näher und Marita Voigt begeisterte mit interessanten gläsernen Ausstellungsstücken.

Wie bei den anderen Ausstellungen auch, ließen es sich die Generalsekretärin und der Bundesgeschäftsführer nicht nehmen, die Künstlerinnen und Künstler persönlich in der Bundesgeschäftsstelle zu begrüßen.



Viel Beifall erhielten die nächsten beiden Künstlerinnen, Renate Jung und Hilde Würtheim. Den Werken von Renate Jung ist die elementare Mallust anzumerken. Originalität, Vielseitigkeit und auch Humor zeichneten die Skulpturen von Hilde Würtheim aus.

In 2004, zur Zeit der MoMA-Ausstellung in Berlin, hatte auch die Galerie in der Bundesgeschäftsstelle etwas Besonderes zu bieten: Gian Reto Mayer, ohne Zweifel einer der bekanntesten Maler der Schweiz, konnte Dank der Zusammenarbeit mit dem Universum Verlag für eine Ausstellung gewonnen werden.

In die Ausstellungen mit großem Namen reihten sich ebenfalls ein die Ausstellung von Werken von Prof. Karl Oppermann in Zusammenarbeit mit International Art Management Berlin und eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Galerie Dr. Stelzer und Zaglmaier aus Halle mit Werken von Uwe Pfeifer. Besonderer Höhepunkt dieser Ausstellung, die durch Hans-Dietrich Genscher eröffnet worden ist, war die Übergabe eines von Uwe Pfeifer gemalten Porträts „Hans-Dietrich Genscher“ an die FDP-Bundesgeschäftsstelle.

Beendet wurde der Ausstellungsreigen in 2004 durch eine Ausstellung der Gruppe „Kunst intern“. Hinter dieser Gruppe verbergen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Bundestages, die unabhängig von ihrer Tätigkeit und über Parteigrenzen hinweg alle einem künstlerischen Hobby nachgehen. Der ein oder andere Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle wurde dadurch ermuntert und angeregt, selbst einmal (wieder) zu Pinsel und Farbe zu greifen. ■

### Wussten Sie,

■ dass allein während eines Bundesparteitages der FDP bis zu 350.000 Blatt Papier bedruckt werden?



## V. Statistik

### Mitgliederbestand zum 31.12.2004 und Veränderungen gegenüber den Vorjahren

Land	31.12.2000	%	31.12.2001	%	31.12.2002	%	31.12.2003	%	31.12.2004	%
Baden-Württemberg	6.622	100	6.858	103,6	7.113	107,4	7.046	106,4	7.095	107,1
Bayern	4.193	100	4.473	106,7	4.806	114,6	4.680	111,6	4.529	108,0
Berlin	2.847	100	2.835	99,6	2.893	101,6	2.781	97,7	2.701	94,9
Brandenburg	1.758	100	1.665	94,7	1.693	96,3	1.674	95,2	1.612	91,7
Bremen	395	100	382	96,7	402	101,8	400	101,3	377	95,4
Hamburg	1.133	100	1.228	108,4	1.315	116,1	1.343	118,5	1.324	116,9
Hessen	5.938	100	6.116	103,0	6.372	107,3	6.339	106,8	6.264	105,5
Mecklenburg-Vorpommern	1.354	100	1.266	93,5	1.239	91,5	1.159	85,6	1.121	82,8
Niedersachsen	5.994	100	6.501	108,5	6.687	111,6	6.725	112,2	6.463	107,8
Nordrhein-Westfalen	15.448	100	15.844	102,6	16.911	109,5	16.438	106,4	16.337	105,8
Rheinland-Pfalz	5.082	100	5.137	101,1	5.245	103,2	5.118	100,7	5.124	100,8
Saarland	1.254	100	1.207	96,3	1.272	101,4	1.296	103,4	1.323	105,5
Sachsen	2.851	100	2.782	97,6	2.746	96,3	2.579	90,5	2.483	87,1
Sachsen-Anhalt	2.520	100	2.498	99,1	2.496	99,1	2.405	95,4	2.343	93,0
Schleswig-Holstein	2.438	100	2.478	101,6	2.645	108,5	2.587	106,1	2.506	102,8
Thüringen	2.639	100	2.517	95,4	2.414	91,5	2.298	87,1	2.208	83,7
Ausland/bundesunmittelbar	255	100	276	108,2	311	122,0	324	127,1	336	131,8
<b>Gesamt-Partei</b>	<b>62.721</b>	<b>100</b>	<b>64.063</b>	<b>102,1</b>	<b>66.560</b>	<b>106,1</b>	<b>65.192</b>	<b>103,9</b>	<b>64.146</b>	<b>102,3</b>

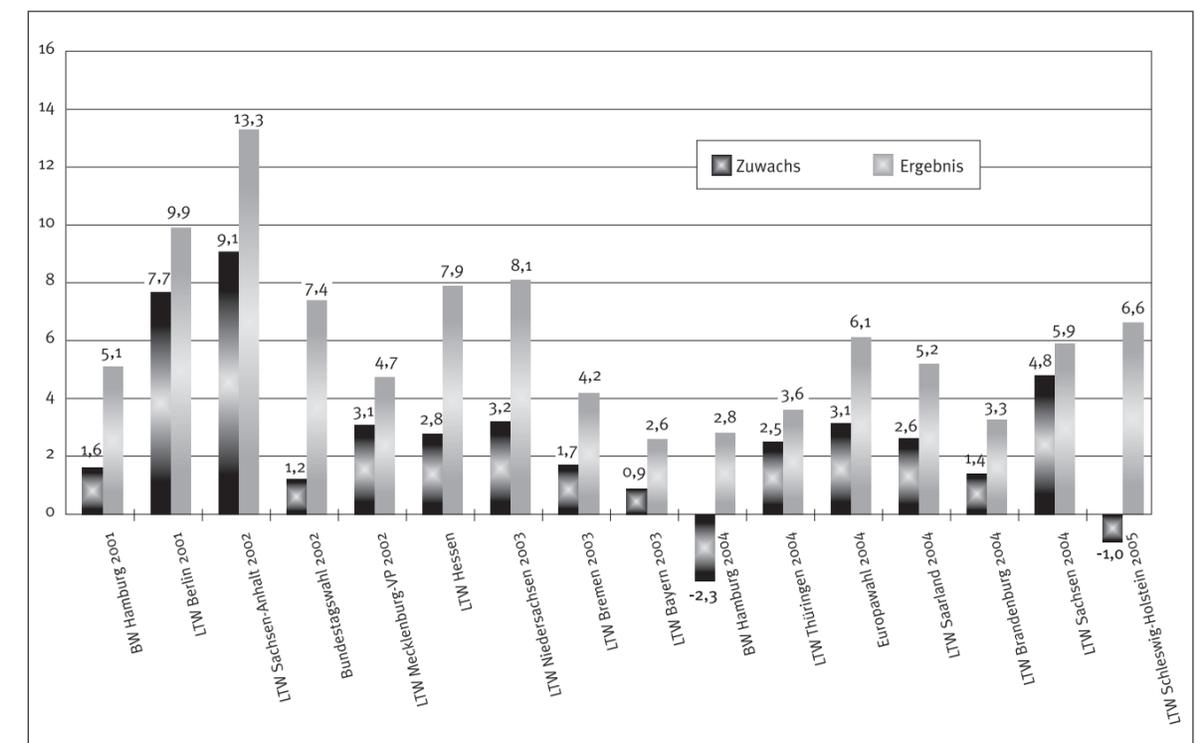
### Wahlergebnisse 2003 bis 2005

Wahl	Datum	%	vorherige Wahl	Veränderung in %
Bremen und Bremerhaven, Bürgerschaftswahl	25.05.2003	4,2	2,5	+ 1,7
Bremen, Wahl zur Stadtverordnetenversammlung	25.05.2003	4,3	2,6	+ 1,7
Bayern, Landtagswahl	21.09.2003	2,6	1,7	+ 0,9
Bremerhaven, Wahl zur Stadtverordnetenversammlung	28.09.2003	7,4	3,0	+ 4,4
Brandenburg, Kommunalwahl	26.10.2003	6,3	4,1	+ 2,2
Hamburg, Bürgerschaftswahl	29.04.2004	2,8	5,1	- 2,3
Hamburg, Wahl zu den Bezirksversammlungen	29.04.2004	3,3	4,5	- 1,2
Europawahl	13.06.2004	6,1	3,1	+ 3,0
Baden-Württemberg, Kommunalwahl	13.06.2004	5,5	4,0	+ 1,5
Mecklenburg-Vorpommern, Kommunalwahl	13.06.2004	6,1	4,1	+ 2,0
Rheinland-Pfalz, Kommunalwahl	13.06.2004	5,9	4,1	+ 1,8
Saarland, Kommunalwahl	13.06.2004	4,3	2,6	+ 1,7
Sachsen, Kommunalwahl	13.06.2004	7,2	5,2	+ 2,0
Sachsen-Anhalt, Kommunalwahl	13.06.2004	8,0	5,6	+ 2,4
Thüringen, Landtagswahl	13.06.2004	3,6	1,1	+ 2,5
Thüringen, Kommunalwahl	27.06.2004	4,7	4,3	+ 0,4
Saarland, Landtagswahl	05.09.2004	5,2	2,6	+ 2,6
Brandenburg, Landtagswahl	19.09.2004	3,3	1,9	+ 1,4
Sachsen, Landtagswahl	19.09.2004	5,9	1,1	+ 4,8
Nordrhein-Westfalen, Kommunalwahl	26.09.2004	6,8	4,3	+ 2,5
Schleswig-Holstein, Landtagswahl	20.02.2005	6,6	7,6	- 1,0

### Frauenanteil bei den FDP-Mitgliedern

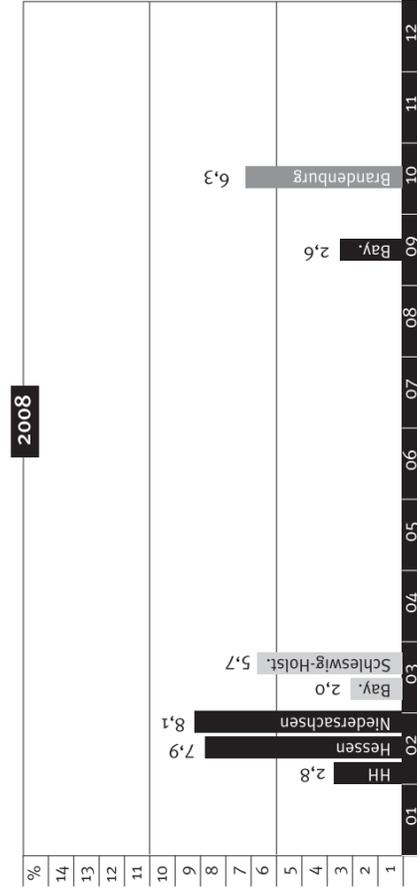
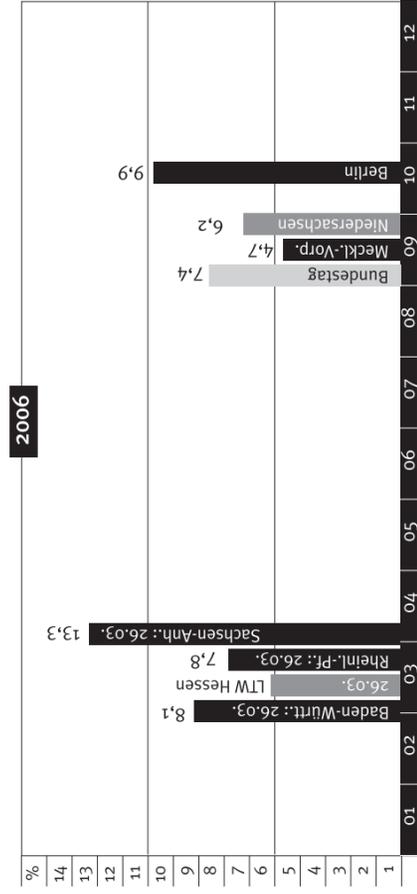
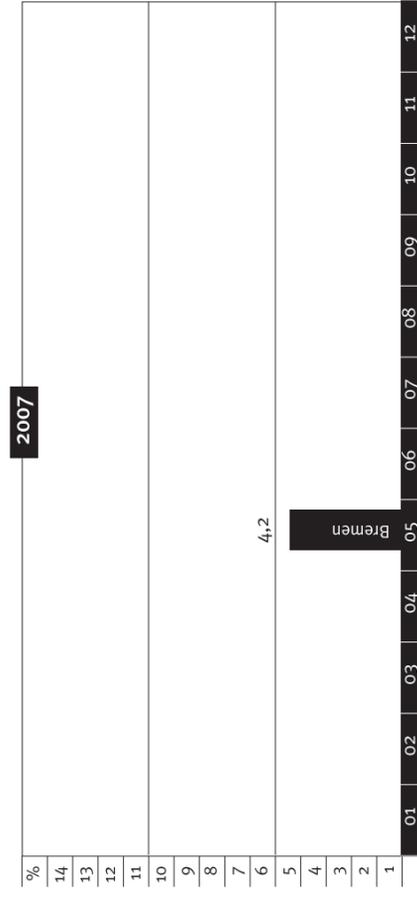
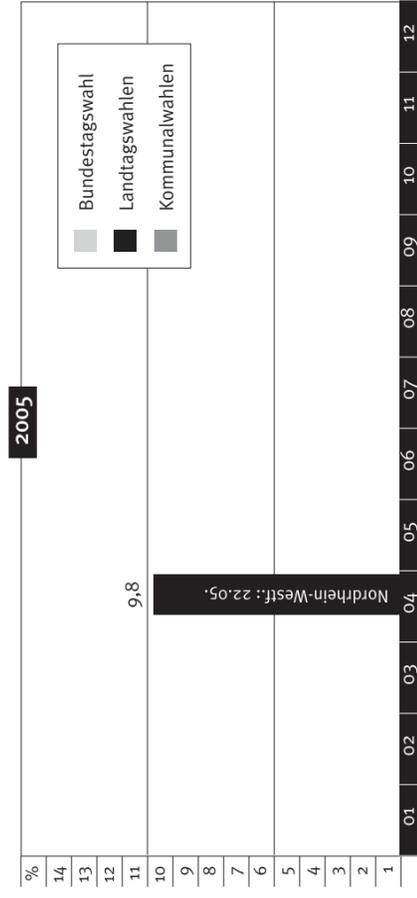
Landesverband	männlich	% männlich	weiblich	% weiblich	Summe
Baden-Württemberg	5.531	78,0	1.564	22,0	7.095
Bayern	3.452	76,2	1.077	23,8	4.529
Berlin	2.115	78,3	586	21,7	2.701
Brandenburg	1.268	78,7	344	21,3	1.612
Bremen	296	78,5	81	21,5	377
Hamburg	1.029	77,7	295	22,3	1.324
Hessen	4.823	77,0	1.441	23,0	6.264
Mecklenburg-Vorpommern	873	77,9	248	22,1	1.121
Niedersachsen	4.949	76,6	1.514	23,4	6.463
Nordrhein-Westfalen	12.335	75,5	4.002	24,5	16.337
Rheinland-Pfalz	3.912	76,3	1.212	23,7	5.124
Saarland	986	74,5	337	25,5	1.323
Sachsen	1.950	78,5	533	21,5	2.483
Sachsen-Anhalt	1.784	76,1	559	23,9	2.343
Schleswig-Holstein	1.856	74,1	650	25,9	2.506
Thüringen	1.702	77,1	506	22,9	2.208
Ausland/bundesunmittelbar	278	82,7	58	17,3	336
<b>Gesamt-Partei</b>	<b>49.139</b>	<b>76,6</b>	<b>15.007</b>	<b>23,4</b>	<b>64.146</b>

### Wahlergebnisse der FDP seit September 2001 mit Zuwachs im Vergleich zu den Vorwahlen



# Wahlkalender 2005 bis 2008

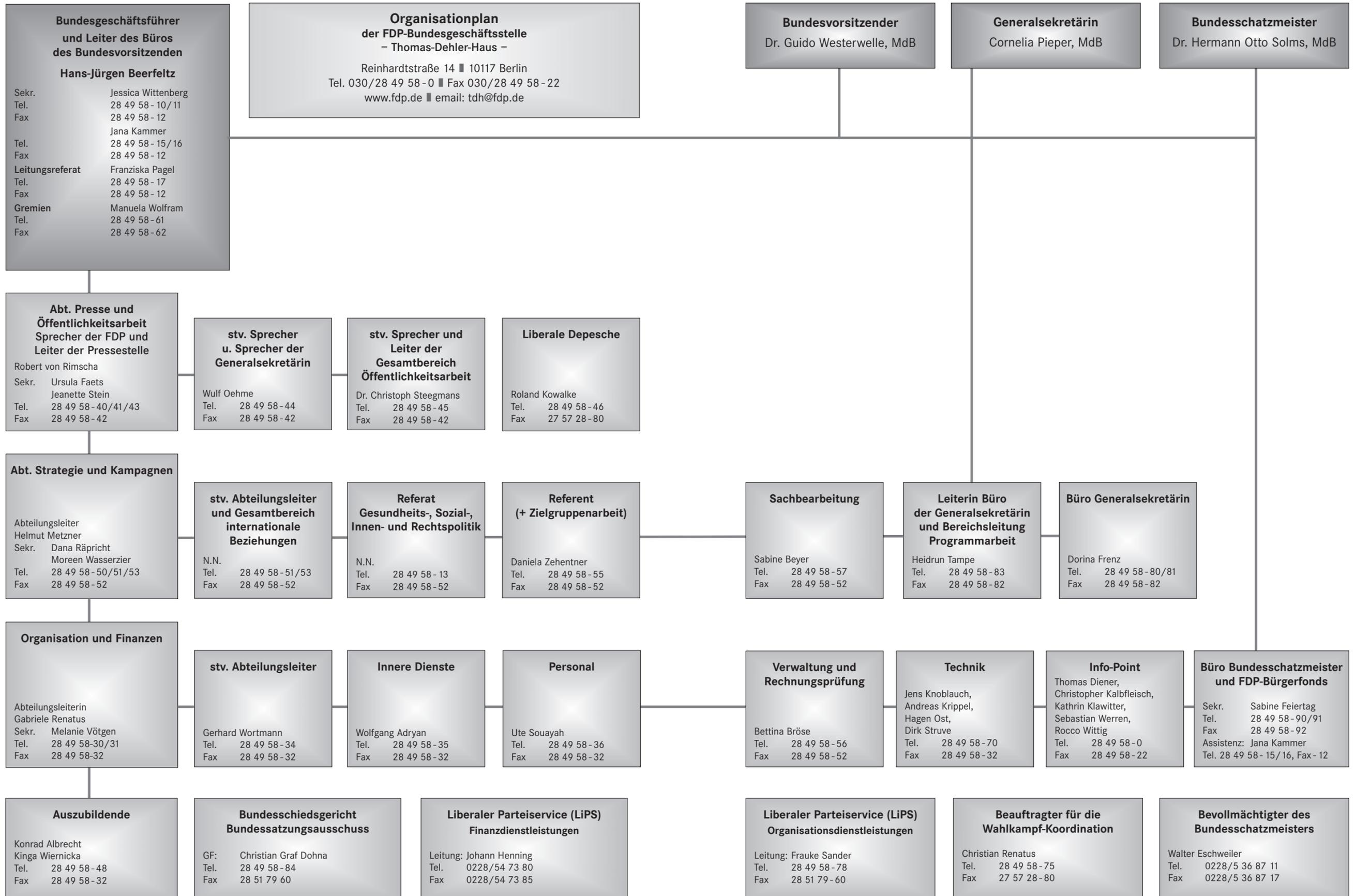
Die Höhe der jeweiligen Säule veranschaulicht das letzte Wahlergebnis



SATZ und GRAFIK GmbH  
 Wilhelminenhofstr. 83-85  
 12459 Berlin  
 Tel.: 030/53 78 18 30



# Thomas-Dehler-Haus - Berlin





## IMPRESSUM

### ■ **Verantwortlich:**

FDP-Bundesgeschäftsstelle  
Franziska Pagel  
Reinhardtstr. 14  
10117 Berlin  
Telefon 030 / 28 49 58 17  
Fax 030 / 28 49 58 12  
Internet: <http://www.fdp.de>  
e-Mail: [tdh@fdp.de](mailto:tdh@fdp.de)

### ■ **Gesamtherstellung:**

altmann-druck GmbH,  
Mahlsdorfer Str. 13-14, 12555 Berlin

### ■ **Satz:**

ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin

### ■ **Abbildungen**

mit freundlicher Genehmigung von Picture-Alliance, ddp,  
vario-press, Getty-image, Roland Kowalke u. a.

